

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großlich behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringertohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M.— Durch die Post bezogen 2.— M.— ohne Briefporto. Telephon Samm... ammer 72206. Postkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72203

Inseratenpreise: Die Wöchentl. Kolonelzeile 35 Pf., bei Wochenvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten
die Wöch. Kolonelzeile mit 100% Nachdruck. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.:
die 10 Gelp. Kolonelzeile 40 Pf. bei Wochenvorricht. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Amtsagentur und alle Buchhändler entgegen

Die Streikwelle steigt

Der Werkstreik voll im Gange

WTB Hamburg, 1. Oktober.

Die Werksarbeiter in Hamburg sind der Streikparole der Gewerkschaften heute allgemein gefolgt. Die wenigen heute zur Arbeit erschienenen legten sich aus Mitleid, Vorarbeiter, Lehrlingen und über 60 Jahre alten Leuten zusammen. Verstärkte Polizeipatrouillen sorgen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

* WTB Kiel, 1. Oktober.

In Verfolg der von den Gewerkschaften ausgegebenen Parole ist nach dem Scheitern aller Verhandlungsmöglichkeiten die Arbeit heute schließlich auf allen Kieler Schiffswerften eingestellt worden. Von dem Streik werden allein in Kiel rund 13 000 Arbeiter betroffen. Die Rostandsarbeiten werden verzögert.

* WTB Bremen, 1. Oktober.

Nach gescheiterten Lohnverhandlungen ist auch hier und in den Unterwerftorten die Arbeiterschaft auf den Schiffswerften der Streikparole vollständig gefolgt. Sämtliche Werksbetriebe wurden heute morgen stillgelegt. Die wenigen Kriegsbeschädigten und älteren Leute, die heute morgen zur Arbeit angetreten waren, verließen bald wieder ihre Arbeitsstätte. Dem Streik schlossen sich hier und in den Unterwerftorten etwa 15 000 Mann an.

* WTB Stettin, 1. Oktober.

Die Stettiner Werksarbeiter sind infolge Lohnstreitigkeiten heute in den Streik getreten. Es dürfte sich um ungefähr 1200 Arbeiter handeln, von denen 1100 auf die Hütte-Werft, 400 auf die Ostseewerft und 300 auf die Stettiner Oberwerft entfallen.

* TU Lübeck, 1. Oktober.

Auf den beiden Lübecker Schiffswerften Hütte Koch u. C. und dem Flenderwerk streiken über 1000 Werksarbeiter. Nur eine kleine Anzahl Arbeitswilliger geht der Arbeit nach. Die Rostandsarbeiten werden verzögert.

* TU Hamburg, 1. Oktober.

Von dem Werksarbeiterstreik werden in Hamburg rund 18 000, in Bremen rund 12 000 und in Kiel über 11 000 Arbeiter betroffen. Damit haben rund 90 Prozent aller Werksarbeiter dieser drei Städte die Arbeit niedergelegt. An vielen Stellen stehen Streikposten. Verstärkte Polizeiposten patrouillieren in der Hafengegend. Zur Auslösung ist es nirgends gekommen. Es hatten sich bei den verschiedenen hiesigen Werken zwar manche Arbeitswillige eingefunden, wobei es sich um Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge und ältere Arbeiter handelte; sie mußten jedoch alle wieder nach Hause geschickt werden.

10000 tschechische Bergarbeiter im Streik

SPD Prag, 1. Oktober.

Auf einer Konferenz der freien Bergarbeiterorganisation wurde das Angebot der Unternehmer, das eine 2prozentige Lohnzehrung vor sieht, dafür aber erhöhte Leistungen und die Beseitigung verschiedener Vorteile des alten Kollektivvertrages verlangt, einmütig als ungültig abgelehnt und beschlossen, die Arbeit einzustellen. Die Arbeitsaufstellung wurde sofort in 31 öffentlichen Bergarbeiterversammlungen proklamiert. Der Streik hat am Montag begonnen und umfaßt mehr als 10 000 Bergarbeiter.

Streikbeschluß im niederschlesischen Bergbau

1. Seit Wochen befinden sich die niederschlesischen Bergarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Lage der Bergarbeiter, die die schlechten Lohnhöhen ganz Deutschland sind, wird in der breitesten Öffentlichkeit anerkannt. Selbst der Reichspräsident Hindenburg, der anlässlich der schlesischen Reichswehrmanöver das Waldenburger Steinkohlenrevier besuchte, war erheitert über das soziale und kulturelle Elend der Bergbau-bevölkerung.

„So kann es nicht weitergehen!“, äußerte sich der Reichspräsident. Auch der Reichsinnenminister Seehausen bestätigte, die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichsregierung. Er stellte den Bau von reichseigenen Häusern mit 600 Bergarbeiterwohnungen in Aussicht, um die einzige Wohnungsnot im Revier nur eingeschränkt zu mildern.

Trotz allem sehen die Grubenunternehmer allen Forderungen der Bergarbeiter auf Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage seit Jahren den schärfsten Widerstand entgegen. Aus der Statistik ergibt sich, daß die Leistungen in den letzten Jahren trotz Belegschaftsaufbaus gestiegen sind. Die Bergarbeiter forderten daher mit Recht eine

Lohnzehrung von 15 Prozent.

Aber auch diesmal waren die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband vollständig ergebnislos. Nach wie vor begründen die Unternehmer ihre Weigerung mit der angeblichen Unrentabilität des Waldenburger Kohlenbergbaues. Eine am Sonntag abgehaltene Konferenz der Bergarbeiterfunktionäre beschloß daher mit 247 Stimmen gegen 1 Stimmenthaltung, am Dienstag, dem 2. Oktober, im ganzen Revier in den Streik zu treten.

Damit sind die Würfel für das niederschlesische Steinkohlenrevier gefallen. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß

am 2. Oktober 27 000 Bergarbeiter sich im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen befinden werden.

Der ukrainische Brandherd

Von M. Smilg-Benario.

In den letzten einundhalb Jahren beschäftigte man sich jedes mit dem Wilna-Problem und dem daraus resultierenden polnisch-litauischen Konflikt, daß man mit der Zeit den für den Frieden mindestens ebenso gefährlichen osteuropäischen Brandherd — die Ukraine — vergessen hat. In diesen Tagen wurde man aber wieder durch einen Zwischenfall an dieses Problem erinnert, wenn auch bedauerlicherweise die große europäische Presse von diesem Zwischenfall nur wenig Notiz genommen hat. Der polnische Wołodzienko in Wolhynien, Jurowski, ein Anhänger Piłsudski, hielt auf einer Konferenz der Sejm- und Senatsabgeordneten der Piłsudski-Partei eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit der gewaltamischen Loslösung der Sowjet-Ukraine von der Sowjetunion hinwies. Der Vertreter der Sowjetregierung in Polen, Kozyubinski, legte gegen diese Rede des polnischen Wołodzienko einen förmlichen Protest ein und bezog sich dabei auf den Paragraph 5 des Rigaiischen Friedensvertrages, wonach sich die beiden Länder verpflichtet haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes einzumischen. Das polnische Auswärtige Amt gab auf den russischen Protest hin die Erklärung ab, nach welcher Jusufskij die ihm zur Last gelegten Worte nicht gesprochen habe. Der Zwischenfall wurde zwar damit aus der Welt geschafft, aber bezeichnend für die nervöse Stimmung in Osteuropa ist die Rede des Kriegsministers Woroschilow. Anlässlich der Manöver der Roten Armee in der Ukraine hielt er vor dem Kiewer Sowjet eine scharfe Rede gegen die polnischen Aspirationen bezüglich der Ukraine. Woroschilow erklärte, daß gerade die soeben abgehaltenen Manöver den Beweis erbracht hätten, daß im Ernstfalle ein polnischer Vorstoß mit noch größerer Wucht als im Sommer 1920 zurückgeschlagen werde. Es fragt sich nun, warum die Sowjetunion so energisch gegen die Rote Jusufskys aufgetreten ist?

Die tiefere Ursache der russischen Nervosität liegt darin, daß die ukrainische Frage nach der russischen Revolution und nach dem Weltkrieg aus einer innerrussischen Angelegenheit zu einem europäischen Problem, das in sich große Gefahren birgt, geworden ist. Im Jahre 1918 kämpften in der heutigen Sowjet-Ukraine die Anhänger Petljuras vergeblich für die Unabhängigkeit ihres Landes. Moskau war es bald gelungen, die Ukraine zu erobern. Ebenso vergeblich verlor der Kampf der Ukraine in Ostgalizien gegen die Polen und in Bessarabien und der Bułowina gegen die Rumänen. Wie einst Polen, so ist nun heute die Ukraine unter vier Mächten aufgeteilt. Die Sowjetunion ist im Besitz des größten Teiles der Ukraine, wobei diese eine selbständige Republik innerhalb der Union bildet; Polen hat Wolhynien, Ostgalizien und das Cholm-Gebiet an sich gerissen, Rumänien — Bessarabien und die Bułowina und im Besitz der Tschechoslowakei befindet sich Karpatien-Rußland, dessen Bevölkerung ebenfalls zu den Ukrainern zählt.

Auf der kürzlich in Genf abgehaltenen Tagung der europäischen Minderheitsnationalitäten haben die Vertreter der ukrainischen Minderheit in Polen eine Erklärung abgegeben, in der treffend die politische Lage der aufgeteilten ukrainischen Gebiete geschildert wird. In der Deklaration der Ukraine hieß es u. a.:

„Wir, die Vertreter des ukrainischen Volkes erklären, daß das ukrainische Volk mit der Tatsache seiner Eingliederung in fremde Staatskörper nicht einverstanden ist. In keinem der Staaten, in denen augenscheinlich das ukrainische Volk gegen seinen Willen lebt, ist es nationale Minderheit, sondern es bildet in den von ihnen geschlossen bewohnten Gebieten überall die absolute Mehrheit.“

Wenn schon an sich die Aufteilung der Ukraine eine Gefahr für den Frieden bildet, so findet die Lage auch noch dadurch eine Verschärfung, daß die ukrainische Frage eng mit dem russisch-polnischen Gegensatz verknüpft ist. In Polen vertreten bestimmte Kreise die Ansicht, daß Aukland, ganz gleich, ob es zaristisch, polschewillisch oder demokratisch sei, der „Feind“ Polens sei. Zur Wahrung der Unabhängigkeit der polnischen Republik müßte Aukland möglichst weit nach dem Osten zurückgedrängt werden. Diese Ansicht stand z. T. ihren Ausdruck in dem Friedensvertrag von Riga, der aus strategischen Gründen die Einverleibung eines Teiles Weißrusslands und der Ukraine zu Polen vorsah. Die Aspirationen gewisser polnischer Kreise gehen jedoch noch weiter, und sie streben, aus den schon ausgeführten Gründen, die völlige Lösung der Ukraine von Sowjetrußland. Wesentlich ist die Tatsache, daß diese Ansicht nicht etwa von politisch völlig unbedeutenden Gruppen, sondern von den Anhängern Piłsudski's, also von denen, die heute in Polen das Heft in der Hand haben, vertreten wird. Dies kam auch in der sicherlich ursprünglich wiedergegebenen Rede des polnischen Wołodzienko zum Ausdruck. Noch wichtiger ist die Tatsache, daß Piłsudski selbst der Träger dieses Gedankens ist. Im Jahre 1920 verlor er im Einvernehmen mit Petljura, die Ukraine zu erobern. Dieser Versuch schlug bekanntlich fehl.

Beide Seiten betrachten den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden und glauben, daß die Lösung

Erhöhte Spannung in Österreich

Seipel verbietet den Arbeiteraufmarsch

SPD Wien, 1. Oktober.

Der Leiter der Bundespolizei in Wien hat am Montag den Sozialdemokratischen Arbeitertag, der für den 7. Oktober als Antwort auf die Provokationen der Heimwehrleute in Wiener-Neustadt vorgesehen war, verboten. Die Nachricht von dem Verbot hat in den Kreisen der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen.

In der Volksversammlung der Arbeiterkammer erklärte deren Sekretär Dr. Palla am Schlusse seines Geschäftsbüchters am Montag, daß die Einberufung der Heimwehrtagung als schwere Herausforderung der Arbeiterschaft empfunden werden müsse. Es wäre Pflicht der Regierung, den Heimwehraufmarsch ebenfalls zu verbieten. Das liegt erlassene Verbot des Arbeitertags zeigt aber die parteiliche Einstellung der Regierung und ihren mangelnden Willen zur Wahrung des inneren Friedens. Jedenfalls trage die Regierung die Verantwortung für die weiteren Ereignisse.

*

Dazu teilt das WTB noch weiter mit:

Die Sozialdemokraten erklären, daß sie keinesfalls zulassen werden, daß am Sonntag nur der Heimwehraufmarsch stattfindet. Wenn ihnen auch verboten werde, geordnet und organisiert in Wiener-Neustadt zu erscheinen, würden sie sich doch in den Straßen einfinden und sie sperren, um den Heimwehraufmarsch unmöglich zu machen. Die Arbeiter von Wiener-Neustadt wollen sich sogar schon

am Sonnabend auf die Straßen begeben, um eine Art Blockade gegen den Heimwehraufmarsch durchzuführen. Für Mittwoch ist eine große Versammlung des republikanischen Schutzbundes einberufen, in der zu der neuen Lage Besluß gefaßt werden soll.

Über die Sicherheitsvorkehrungen, die die Regierung bzw. die Wiener Stadtschörde für den 7. Oktober zu treffen gedachten, ist noch nichts bekannt. Dagegen weiß man, daß die Garnison von Wiener-Neustadt morgen aus der Stadt abziehen und durch Wiener Militär ersetzt werden wird. In einigen Familien von Wiener-Neustadt werden bereits Vorkehrungen getroffen, um die Frauen und Kinder während der kritischen Tage nach auswärts zu bringen.

*

In Wiener-Neustadt stand am Sonnabend eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter der Industriegebiete auf dem Steinfeld statt, an der über tausend Delegierte, die 72 000 Arbeiter und Angestellte vertreten, teilnahmen. Nach dem Bericht aus Wiener-Neustadt sprach auf der Konferenz Landeshauptmannstellvertreter Helmut namens der sozialdemokratischen Parteileitung über den 7. Oktober. Er nahm auf das Schärfste gegen den geplanten Aufmarsch der Heimwehr Stellung und erklärte, am 7. Oktober werde sich die gesamte Arbeiterschaft dieses Gebietes in Wiener-Neustadt einstellen. Wenn man glaube, den Gegenmarsch verbieten zu können, so könne man wohl dieses Verbot aussprechen, aber man werde nicht verhindern können, daß die Arbeiter am 7. Oktober trotzdem nach Neustadt kommen.

Es wurde eine Entschließung angenommen, die fordert, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft des Bezirks am 7. Oktober am Arbeiteritag teilnehmen darf. Nach Schlusse der Konferenz zogen die Delegierten in geschlossenem Demonstrationszuge durch die Stadt.

SLUB Dresden
Wir führen Wissen.

In der „Befreiung“ der Ukrainer bestehen. Die Russen verstehen darunter die Einnahme von Wolhynien und Ossigaliens zu der Sowjet-Ukraine, die Polen die Schaffung aus der heutigen Sowjet-Ukraine zu einer ukrainischen Volksrepublik, die unter polnischer Einfluss steht. Die Pilsudski-Anhänger stützen sich bei ihren Bestrebungen auf die ukrainischen Volkssozialisten, die heute von dem Nachfolger Petrusas, Andrei Lewitski, geführt werden.

Es ist sehr fraglich, ob der in der ukrainischen Frage bestehende Gegensatz sich auf friedlichen Wege beheben lassen wird. Die Gegenseite sind viel zu schroff, wobei die Gefahr — dies muß offen gestanden werden — eher von polnischer Seite droht, weil diese unter Führung Pilsudskis eine stärkere Aktivität ausübt. Zwar werben die Kommunisten in den polnischen Gebieten der Ukraine um Anhänger, aber Sowjetrussland ist sicher mit seinem inneren Aufbau beschäftigt, daß es augenblicklich nicht in der Lage ist, eine aggressive Politik in der ukrainischen Frage zu betreiben. Wie sehr man im Osten mit kriegerischen Verwicklungen rechnet, geht nicht allein aus der jüngsten Rede Witoschows, sondern auch aus der Tatsache des Aufenthaltes des Marschalls Pilsudski in Rumänien hervor. Nach den offiziellen Ausschreibungen hält sich der Marschall in Rumänien zur Kur auf. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß er seinen „Kurauenthal“ dazu benutzt hat, um eingehende Besprechungen mit den Offizieren des rumänischen Generalstabes zu führen. Da zwischen Polen und Rumänien ein Militärbündnis besteht, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diese Besprechungen dem Eventualfall eines Krieges mit Russland galten.

Es ist höchste Zeit, daß sich die europäische Oberschicht eingehend mit der ukrainischen Frage beschäftigt. Es ist unbedingt notwendig, daß alles getan wird, um die bestehenden Gegenseite im Osten, in bezug auf die ukrainische Frage, soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, zu mildern. Die Ukraine ist heute — darüber muß man sich im Klaren sein — zu einer Gefahrenquelle für den europäischen Frieden geworden. Der Völkerbund hat von sich aus bisher nichts zur Beseitigung dieser Gefahrenquelle getan. Es ist aber kaum zu erwarten, daß er in dieser Sache etwas tun wird, weil einige seiner bedeutendsten Mitglieder an der Sanierung der jetzigen, unerträglichen Zustände die Schuld tragen. Um so notwendiger ist es, die Wissensamkeit der europäischen Völker auf die ukrainische Frage hinzuwenden.

Die blutige Wahlchlacht in Geesthacht

Der Wahlkampf muß wiederholt werden

Ull Geesthacht, 1. Oktober.

Zu den blutigen Wahlkämpfen, die sich am Sonntag zwischen Reichsbannerleuten und Roten Frontkämpfern hier abspielten, ist noch folgendes zu berichten:

Der Polizeidezernent hatte nach dem ruhigen Verlauf der Wahlpropaganda am Sonnabend mit keiner Unruhe gerechnet und daher die Wahlpropaganda am Sonntag nicht verboten. Nachdem bis Mitternacht alles ruhig verlaufen war, entpann sich kurz darauf, in einem Lokal eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten. Nach einem Augenzeugebericht, versuchten die Kommunisten das Lokal, in dem einige Reichsbannerleute beim Mittagessen lagen, zu stürmen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der es 2 Schwerverletzte auf Seiten der Kommunisten und etwa 20 Leichtverletzte auf beiden Seiten gab. Die verständlichen Polizeimannschaften griffen sofort ein und konnten die Ruhe wiederherstellen. Später kam es in der Hegerbergstraße bei Umlingen zu einem neuen Zusammenstoß, der in eine regelrechte Schlacht ausartete, an der schwangere Weise je 1500 Mann teilnahmen. Röhricht stellte mehrere Schüsse. Immer neue Sturmtruppen mischten sich in die Schlacht ein. Die Polizei war bei der Unübersehbarkeit des Kampfes völlig machtlos.

Bei den blutigen Kämpfen, die ungefähr eine Stunde andauerten, wurde ein Kommunist durch einen Brustschuß getötet, während 6 Schwerverletzte und etwa 80 Leichtverletzte am Platz blieben. Die meisten Verletzungen rührten von Stich- und Schlagwaffen her, manche hatten aber auch Schußwunden davongetragen. Die Polizei, die inzwischen verstärkt worden war, feuerte erst eine Salve in die Luft ab und ging dann härter vor. Gegen 17 Uhr transportierten die Roten Frontkämpfer ihre Leute auf Lastwagen ab. Bald darauf verzehrten auch die Reichsbannerleute mit ihren Lastwagen den Kampfplatz. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten des Tages wird von anderer Seite auch mit 200 angegeben. Die Wahllokale muhten geschlossen werden. Die Stadtkordnetenwahl muß durch den Vorfall nochmals wiederholt werden. Die Schulstraßen kourte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

*

Nach einer Meldung des Hamburger Fremdenblattes beträgt die Zahl der bei dem blutigen Wahlkampf in Geesthacht schwer verletzten Personen 16 und die Zahl der Leichtverletzten etwa 80. Die Schwerverletzten sind in den Hamburger und Bergedorfer Krankenhäusern untergebracht. Keiner von ihnen soll in Lebensgefahr schweben. — Ein Beschluß über den nächsten Wahltermin ist noch nicht gefaßt, doch dürfte die Wahl am kommenden oder übernächsten Sonntag stattfinden.

Weitere Überfälle durch Kommunisten

Hamburg, 1. Oktober.

Wie das Hamburger Echo meldet, kam es im Laufe des Montagsvormittags an verschiedenen Stellen der Stadt zu kommunistischen Überfällen auf Reichsbannerleute, die Flugblätter über die blutigen Vorfälle in Geesthacht verteilten. Die Überfälle wurden zum Teil schwer mishandelt.

„Kein Fluchtverdacht“

Oberleutnant Reim freigelassen

Ull Berlin, 1. Oktober.

Auf Antrag der Verteidigung ist durch Beschluß des Strafsenates I des Landgerichts III der Haftbefehl gegen den Oberleutnant a. D. Nikolai Reim aufgehoben worden, weil ein Fluchtverdacht nicht mehr besteht. Reim ist wegen Verschiffen zum Mord durch Urteil des Schwurgerichts des Landgerichts III Berlin zu drei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von zwei Jahren fünf Wochen erlittener Unterforschungshaft verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft, die gegen das Urteil Revision eingeleitet hat, hält der Haftstrafe Haftung wegen fortduernden Fluchtverdachtes wider sprach und hat nunmehr gegen den Beschluß des Gerichts Beschwerde eingeleitet.

*

SPD Berlin, 2. Oktober. (Radio)

Die hamburgische Staatsanwaltschaft hat gegen den Freispruch im Falle des Nationalisten Gerhold, der am 20. Mai den Reichsbannermann Heldorn erschossen hat, Revision beim Reichsgericht eingeleitet.

Gruß von Deutschland anerkannt

Der deutsche Gesäßtäuber in Tirana, Busse, begab sich am Sonntag zum albanischen Ministerpräsidenten Kotta und teilte ihm mit, daß die deutsche Regierung das albanische Königreich anerkenne.

Aus dem Korruptionsfall der RPD

Thälmann droht

„Erbauliches“ aus der Sitzung des ZR!

SPD. Die kommunistische Presse hatte behauptet, daß der Beschuß der Zentrale über die Funktionseinheitung von Thälmann einstimmig gefaßt worden wäre. Das Organ des Lenin-Bundes drückt nun zum Beweis des Gegenteils in seiner letzten Ausgabe zwei Dokumente aus der fraglichen Sitzung ab. Danach haben die Rechten unter Führung von Hansen, politischer Sekretär in Breslau, und Baseler-Halle, den Antrag auf Ausschluß Thälmanns gestellt mit der Begründung, daß Thälmann seit Mai von den Unterlagen seines Freunds Witosch gewußt und dies dem Zentralkomitee verschwiegen habe. Die Rechten seien weiter nach der Richtung vorgestanden, daß sie außer dem Ausschluß Thälmanns den Kampf gegen alle Korruptionsercheinungen in dem führenden Funktionärkörper der Partei verlangten; darüber hinaus forderten sie die Verhandlung des Falles Thälmann in voller Offenlichkeit, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages und Neuwahl der Zentrale. Schließlich wurde laufende Diskussion und Kritik der Tätigkeit der Partei, Wählbarkeit und Abkehrbarkeit der Parteifunktionäre durch die Mitglieder, Rückgangsgemachung aller in letzter Zeit erfolgten politischen Maßregelungen und die Herausziehung von Brandner und Thälheimer zur Parteiarbeit in Deutschland verlangt. Dieser Antrag bzw. diese Erklärung, die von dem Organ des Lenin-Bundes veröffentlicht wird, ist der kommunistischen Mitgliedschaft von der kommunistischen Parteipresse vorerhalten worden.

Das Organ des Lenin-Bundes behauptet ferner, daß Stalin in den deutschen Kommunisten Remmels im Flugzeug aus Moskau nach Berlin geflogen sei, um die Angelegenheit Thälmanns zu verhindern. Remmel sei jedoch 24 Stunden zu spät eingetroffen. Genau so sei es einem Vertreter des Exekutivkomitees ergangen, der den bisherigen Vertreter abgelöst habe. Der neue Vertreter gehöre im Gegenlauf zu dem bisherigen der Stalin-Nominierung an. Aber auch das hätte Thälmann nicht mehr retten können. Darauf sei Moskau Befehl gekommen, sofort eine AA-Deklaration nach dort zu entsenden. Die Zentrale führt auch diesen Befehl willig aus: Thälmann, Ewert, Dengel, Eberlein und Remmel befinden sich bereits auf dem Wege nach Moskau. Das linkskommunistische Blatt Blau hat diesen Feststellungen hinzu, daß Stalin Thälmann unter allen Umständen halten wolle und darüber in der RPD eine offene Rebellion ausbrechen sei. Thälmann — so schlägt das Blatt — hat sich von der Bevölkerung bereits erholt, er schnaubt Nasen und droht mit Gegenthüllungen über seine bisherigen Freunde.

Buchdruckerstreit im Saargebiet

SPD Berlin, 2. Oktober.

Im Saargebiet sind am 1. Oktober wegen des Buchdruckerstreits außer der sozialdemokratischen Volksstimme und der kommunistischen Arbeiterzeitung keine Zeitungen erschienen.

Nach Thälmann — Osterloh

SUD Bremen, 1. Oktober.

Der frühere Vorsitzende der kommunistischen Bürgerschaftsaktion und bisherige Sekretär der Kommunistischen Partei in Bremen, Hermann Osterloh, ist wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus der RPD ausgeschlossen worden. Osterloh wird der Unterschlagung von Parteigeldern beschuldigt. Er spielt in der Kommunistischen Partei des Bremischen Bezirks eine große Rolle.

SUD

Die Internationale Arbeiterhilfe — ein Anhänger der Kommunistischen Partei — beschließt, die nächsten Wochen im Ruhrgebiet „mit allen Kräften zur Werbung“ zu betonen. In einem Kundschreiben dieser Institution werden die Funktionäre aufgefordert, die sozialdemokratischen Arbeiter unter Hinweis auf den Panzerkreuzer A zu fördern und „bürgerliche Vereine“ durch den Ansehen der Überparteilichkeit zum Anschluß an die Arbeiterhilfe zu gewinnen. Der Funktionär der bei dieser Vorstellung falscher Tatsachen den Vogel abschießt, soll als Lohn freie Fahrt im Flugzeug noch Moskau erhalten.

Moskau

räuselt die tschechischen Kommunisten Kein Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

TU Prag, 1. Oktober.

Der kommunistische Rude Pravo, der am Sonntag nach vielen Wochen zum ersten Male nicht konfisziert wurde, veröffentlicht ein offenes Schreiben des Moskauer Volkszugsausschusses an die Mitglieder der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei. Der Brief ist eine Folge des Vertrags der Parteileitung bei den Aktionen im letzten Jahre und enthält eine scharfe und unangenehme Kritik der gegenwärtigen Parteileitung. So führt Moskau Klage darüber, daß die Leitung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei bei dem Roten Tag vollkommen versagt habe, daß sie bei den Kundgebungen gegen die Sozialversicherungsvorlage mit den außerparlamentarischen Massenaktionen ebenso versagt habe, weil die Arbeiterschaft keinen Unterschied in der Taktik zwischen der Sozialdemokratischen Partei und denjenigen der Kommunistischen Partei gesehen habe. Desgleichen habe die Partei bei den letzten Lohnkämpfen eine Passivität gezeigt, die z. B. bei dem Kampf der Metallarbeiter zu einer schweren Niederlage geführt habe.

Was Dr. Gröner sagen wird

Mohrenwäsche an Admiral Raeder

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Über eine Woche schon wartet man darauf, daß Herr Gröner sich zu den schweren Anklagen äußern wird, die gegen den neuen Chef der Reichsmarine, Herrn Admiral Raeder erhoben werden sind. Herr Gröner hat in Aussicht gestellt, daß er nächstens die Presse zusammenruft und ihr sein Urteil über Herrn Raeders Persönlichkeit darlegen werde.

Aber schon heute sieht man klar, wohin die Reise gehen soll, wie man sich aus der Affäre zu ziehen gedenkt.

Sogar als Auftakt für das kommende Dementi sind in verschiedenen Berliner Blättern Mitteilungen verbreitet worden, die offenkundig ihre Quellen in der Bendlerstraße haben. Der Zweck dieser Auskünfte ist kein anderer als den Toibesstand jetzt schon so zurecht zu rücken, damit er bei Gröners Pressekonferenz hübsch

dimentiergerecht vorliegt. Man kennt diese Technik der Reichswehrdementien aus früherer Zeit.

Wir sind gespannt darauf, ob Herr Gröner es wagen wird, die Tatsache der persönlichen Verabschiedung Lieders in Gegenwart von drei Stabsoffizieren der Ostseeestation von Raeder abzustreiten. Wenn Herr Raeder wirklich, so wie man es jetzt zu schildern versteht, den Rittmeister Lieder hinausgeworfen hätte — warum denn ausgerechnet dann am 1. Mai 1928? Warum ist dann monatelang über die Nachfolgewahl von Lieder diskutiert worden? Diese und andere Vorzeichen machen den Versuch, Lieders Entlassung als ein Verdienst Raeders erscheinen zu lassen, aufs höchste unglaublich.

Dafür spricht auch die Anstellung des Leutnants Klimisch als Nachfolger des Rittmeisters Lieder. Will Herr Gröner am Ende auch behaupten, daß Herr Raeder nicht gewußt habe, wer Leutnant a. D. J. S. Klimisch ist? Will er behaupten, daß Klimisch kein DC-Mann, kein prominenter Witlinger, den jeder in der nationalen Bewegung aus seinen Landesknechttagen unter Hitler als hervorragenden aktiven Geschworenen kennt, gewesen sei? Die Anstellung dieses Klimisch durch Herrn Raeder ist Tatsache, wer Herr Klimisch ist, steht ebenfalls fest. Aber auch hier steht bereits schon fest, daß der Dreh gemacht werden soll, um Herrn Raeder aus der Affäre zu ziehen. Es wird behauptet werden, daß er nach den bestehenden grundlegenden Besitzungen gehalten war, in seiner Tätigkeit als zivile Hilfskraft etwaige Beziehungen zu politischen Verbänden gleichviel welcher Art zu lösen. Mit dieser wunderbaren „Erklärung“ ist nämlich schon Herr Gehler gekommen. In der Tat: Für diese Aufgabe konnte ein würdigerer nicht gefunden werden. Klimisch für diese Aufgabe bestimmten, hielt wahrhaftig den Bod zum Grüner machen. Das Reichswehrministerium wird sich doch hoffentlich nicht der Auffassung hingeben, daß eine solche Begründung, der die Unwahrhaftigkeit im Gesicht geschildert steht, geglaubt wird. Auch die Umstände, wie Klimisch dann entlassen worden ist, stellen diese Darstellung Gehlers, die wahrscheinlich von Gröner übernommen werden wird, in Frage. Klimisch ist fast ein ganzes Jahr in dieser Stellung gewesen. Als er entlassen wurde, gelang es nicht, weil seine Aufgabe erfüllt war, sondern aus Angst vor der Öffentlichkeit. Das Reichswehrministerium sah, daß man ihm auf die Schliche kam. Die Entlassungen über die Wirtschaftsamt der Marine in Kiel, die durch Scheidemann im Dezember 1928 gemacht worden sind, waren das Alarmignal, um sich zurückzuziehen. Deshalb ist auch Herr Klimisch entlassen worden. Diese Tatsache ist von ihm selbst bestätigt worden in einem Schreiben vom 26. März 1927, in dem es heißt:

„Wo wichtigstes: Ich bin aus meiner Stellung geflogen (!) Scheidemann und Konkurrent haben es tatsächlich fertiggebracht, daß das Reichswehrministerium Rota macht.“

Wiederum ein Umstand, der nicht darauf schließen läßt, daß die Initiative für die Säuberung bei dem Chef der Ostseeestation, Viceadmiral Raeder, gelegen hat.

Dies noch einmal mit alter Deutlichkeit festzustellen, scheint uns von Wichtigkeit, bevor Herr Gröner das Wort zur Verteidigung vor der Presse ergreift.

Herabsetzung des Reichszuschusses für die Zeno

Wie das Berliner Tageblatt erläutert, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß der von seinem Ministerium ausgearbeitete Haushaltssatz für das nächste Finanzjahr den für die Technische Not hilfe ausgewiesenen Betrag sehr weit herabgesetzt. Es werden nur soweit Gelder angefordert, als sie zur Liquidation der Technischen Not hilfe notwendig sind.



„...alter Sachen Reiter bei mir da Arktis — ö — über unsere revolutionäre Jesin... una aufzutragen. Hält mich jetzt für befähigt, weil ich im Krieg U-Boot-Berichte redigirt habe.“

Griechenland schließt Verträge

Venizelos' Mission in Rom

(Von unserem griechischen Mitarbeiter.)

Athen, Ende September 1928.

Venizelos, der gegenwärtige Herrscher Griechenlands, ist nach Rom gefahren. Er hat mit Mussolini einen italienisch-griechischen "Freundschafts"- und "Nichtangriffsvertrag" abgeschlossen. Dieser Vertrag soll ähnlich wie der italienisch-jugoslavische von 1924 verfasst worden sein. Der italienisch-griechische Balkt trägt einen durchaus "pazifistischen" Charakter. Er ist gegen keinen Nachbarstaat gerichtet. Über wir wissen es alle nur zu gut, wie aufrichtig diese blutgeröteten Verträge sind. Die ganze Vergangenheit, besonders die, die von Wilson mit seinen pazifistischen Punkten an datiert, beweist die Werlosigkeit und Kindlichkeit dieser Verträge. Letzten Endes werden alle Politiker, selbst die ehrlichen, von wirtschaftlichen Machtsgruppen, Waffenlieferanten und sonstigen Spekulanten dirigiert.

Der italienisch-griechische Vertrag ist also durchaus nicht zu dem Zwecke, den er angibt, geschlossen worden. Zwischen dem Italiens Mussolini und dem Griechenland Venizelos kann es nicht eher einen dauernden Frieden geben, ehe die italienischen Mächte nicht die griechischen Inseln des Dodekanes geräumt haben. Venizelos weiß dies besser als wir, da er es war, der damals in Paris und Lausanne die Verträge, die diese Inseln Griechenland zugesprochen, selbst verfasste und unterzeichnete. Wenn er jetzt noch zu Mussolini ging, so hat er andere Ziele ins Auge gefasst. Dieser alte Diplomat vereinigt die Eigenschaften des Odysseus mit den machiavellistischen Verfolgungen des Fuchses. Ueber Rom zieht er nach Belgrad.

Mit der Unterzeichnung des italienisch-griechischen Vertrages will er auf Jugoslawien einen Druck ausüben, um die Bosnienfrage von Saloni und die Gewehrl-Saloni-Eisenbahnangelegenheit für sich günstig zu regeln. Im Grunde genommen ist er für die Annäherung an Jugoslawien, in der Hoffnung, eine Politik zu begründen, die sich gegen jede fremde Einmischung auf dem Balkan richtet.

Mussolini steht dem zur Macht gelangten Venizelos als ebenso machiavellistischer Fuchs gegenüber. Er ist bemüht, ein wachsame Augen auf den alten Bundesgenossen der Serben zu bewahren. Darum verhinderte Mussolini der griechischen Regierung als erster, dass er bereit sei, mit Griechenland einen Freundschafts- und Friedenspakt zu schließen. Venizelos beeilte sich, ihn anzunehmen, um auf seine Art für sich daraus Nutzen zu ziehen.

Im Falle eines Konfliktes zwischen Italien und Jugoslawien würde dieser italienisch-griechische Friedenspakt Venizelos keineswegs verhindern, etwa die Balkanbundesgenossen Italiens, die es wagen sollten, gegen Belgrad zu marschieren, anzugreifen. Die jugoslawischen Führer begreifen dies sehr gut und werden zweifellos damit einverstanden sein, die zwischen Jugoslawien und Griechenland schwedenden Fragen in Güte zu lösen, um als Gegen gewicht zum italienisch-griechischen Bündnis ein griechisch-serbisches zu erlangen.

Zu diesem Zweck wird Venizelos in den ersten Tagen des Oktober in Belgrad sein. Er hat erst Paris besucht, wo er mit Italien, dem „Spezialisten“ in Friedensangelegenheiten, eine Unterredung hatte. Sie werden sich über die „Pazifisierung“ der balkanischen Halbinsel“ unterhalten haben, über ein „Freundschaftsband mit allen Balkanstaaten“, und dann wird ein Regen von neuen Verträgen auf die armen Balkanvölker, die nach Frieden abfeiern, herabprasseln.

Für die, welche zu hören verstehen, ist die leichte Reise von Venizelos ein Beweis mehr für den Willen der Außenpolitik Griechenlands und Jugoslawiens, den Nationalitäten zu folgen, die von den französischen politischen und Finanzkreisen gebilligt werden. Daraus ergibt sich der moralische, das heißt unmoralische und doppelseitige Charakter der Verträge, die Venizelos schließt. Die Politiker des Balkans sind nur die Nachahmer des Diplomaten der Großstaaten. Im Grunde genommen steht der Nationalismus der Balkanstaaten seinen alten Kurs fort, der den kleinen nationalen Interessen zum Siege verhelfen soll. — U. Hannios.

*
TU Paris, 30. September.

Der gegenwärtig in Paris weilende jugoslawische Außenminister Marinovitch erklärte dem Pariser Vertreter der Politik zu den Verhandlungen mit Venizelos unter anderem: „Wir haben uns über die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und über die Regelung der zwischen Griechenland und Jugoslawien schwedenden Fragen, besonders der Frage der Saloni-Zone und der Eisenbahnverbindungen unterhalten. Wir haben den beiderseitig bestehenden Wunsch und guten Willen festgestellt, zu einer Verständigung zu kommen und haben uns geeinigt, zwischen den beiden Regierungen eine Verständigungskommission zu schaffen, damit wir so bald als möglich die Regelung der Einzelheiten den Spezialisten anvertrauen können.“

TU Paris, 30. September.

Sitzung des Reichskabinetts

Amtlich wird mitgeteilt: Das Kabinett nahm in seiner Montagssitzung den Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Schubert, über die Arbeiten der Völkerbundskonferenz und des Völkerbundsrates in der Zeit nach der Abreise des Reichskanzlers von Genf entgegen.

Ferner beschloß das Reichskabinett die Ernennung eines Nachfolgers im vorläufigen Reichswirtschaftsrat für den ausgeschiedenen Reichsfinanzminister Dr. Hilsberg. In der Person des Leiters der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, des früheren Redakteurs des Handelsblatt der Frankfurter Zeitung, Naphalai. Des Weiteren wurde als Termin für die Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform die Zeit vom 22. bis 24. Oktober festgelegt.

Gegen Vollstreckung von Todesurteilen

Amtlich wird mitgeteilt: In der Presse finden sich Angriffe gegen ein Schreiben, das der Reichsminister der Justiz an die Landesregierungen gerichtet hat und das sich mit der Vollstreckung von Todesurteilen beschäftigt. Hierzu ist zu bemerken:

Der Reichskanzler hat am 3. Juli d. J. in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen werde, bis zur gesetzgeberischen Entscheidung über die Frage der Befreiung der Todesstrafe das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Diese Stellungnahme der Reichsregierung hat der Reichsjustizminister am 10. Juli zur Kenntnis der Landesregierungen gebracht.

Das Schreiben des Reichsjustizministers ist keineswegs, wie in einem rechtsextremen Blatte behauptet wird, ein Vorstoß gegen die Justizhöheit der Länder. Es hatte lediglich den Zweck, in Ausführung der erwähnten Erklärung der Reichsregierung bei den Ländern anzuregen, bei Ausübung des ihnen zuliegenden Gnadenrechts den möglichen Wegfall der Todesstrafe in dem neuen Strafgesetzbuch zu berücksichtigen.

Lansbury über die kommenden Wahlen

Labour Party schließt die Kommunisten aus

WTB Birmingham, 1. Oktober.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei hat mit überwältigender Mehrheit eine vom Vorsitzenden der Partei empfohlene Entschließung angenommen, die bestimmt, daß Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen werden.

*
SPD Birmingham, 1. Oktober.

In Anwesenheit von annähernd 1000 Delegierten wurde am Montag der diesjährige Parteitag der Arbeiterpartei, der der Vorbereitung der kommenden Neuwahlen gewidmet ist und der Partei einen Wahl- und Aktionsprogramm geben soll, eröffnet.

Der Vorsitzende der Partei, George Lansbury, eröffnete seine große pregrammatische Rede mit einem Überblick über die von der Arbeiterpartei gemachten Fortschritte und mit einem Appell zur Unterstützung des Wahlfonds, der durch die Klaukeln des Antikriegsvereinigungsgegners der konservativen Regierung in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Lansbury setzte sich dann mit den Beziehungen der Kommunisten zur Arbeiterpartei auseinander und erklärte im Namen der Partei, er würde es nur begrüßen, wenn ausgeschlossene Kommunisten ihren Weg zur Arbeiterpartei zu rückspringen würden; das sei jedoch nur auf der Basis der Anerkennung des Prinzips der Demokratie möglich und keinesfalls, solange die Kommunisten die Führer der Arbeiterpartei für Scharlatane, Heuchler und Feiglinge erklärten. Eine doppelte

Loyalität gegenüber der sozialistischen und der kommunistischen Bewegung sei unmöglich. Der Redner wandte sich hierauf den Innenhöfen der Partei im Vordergrunde der Erörterungen stehenden Fragen der Koalitionspolitik zu und erklärte, daß der Verzug eines Zusammenganges mit den in Versetzung befindlichen Überbleibseln des Liberalismus zum Scheitern verurteilt sei. Die Arbeiterpartei sei für den Sozialismus, dem alle übrigen feindlich gegenüberstünden. Daher sei zwischen den bürgerlichen Parteien und der Arbeiterpartei eine Zusammenarbeit oder Koalition unmöglich. Die Arbeiterpartei, so stellte Lansbury fest, sei in einem bestimmten Sinne keine Klassenpartei. Sie nehme in ihren Reihen Männer und Frauen aus allen Klassen der Gesellschaft auf, und ihre Politik hätte zum Ziel, der Gemeinschaft als Gesamtheit zu dienen. Der Geist des Klassenkampfes herrsche auf der Gegenseite, bei den Bankiers, Monopolbesitzern und Kapitalisten, zu deren Werkzeug sich Baldwin in seiner sozial-reaktionären Gesetzgebung gemacht habe.

Lansbury sprach dann noch die Mittel und Wege zur Behebung der Arbeitslosigkeit, zur Reform der Agrargesetzgebung, zur Reorganisation des Wohnungswesens und schließlich das Verhältnis Englands zu Asien. Er drückte zum Schluss die Hoffnung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sei, in der Vertreter der indischen Nation in London an dem Entwurf eines Gesetzes mitarbeiten würden, das Indien zum Dominium machen werde. Die Mission der Arbeiterpartei gegenüber den unterdrückten Völkern Indiens, Afrikas und Asiens werde darin bestehen, zerstörerische Explosionen zu vermeiden und durch eine Behandlung der brutal unterworfenen Rassen als Gleisbremse das imperialistische Britische Reich in eine Gemeinschaft freier Nationen umzuwandeln.

Fremdmorde im Ruhrgebiet

Den Franzosen vor die Gewehre gesetzt

Wie wir seinerzeit berichteten, hat Rechtsanwalt Professor Grimm aus Essen als Verteidiger im Fremdmordprozeß Reim von „Tötungen“ ohne Gerichtsverfahren in der Franzosenzeit 1923 in Ruhrgebiet gekämpft.

Die Zeit-Polizei geben jetzt einige konkrete, allerdings bis jetzt noch nicht aufgelöste Fälle von Ermordungen eigener Deute durch Mitglieder sogenannter Sabotagegruppen, also Fremde mordete im engeren Sinne.

Im Sommer 1923 wurde in einem Kornfeld bei Bochum-Grimme die bereits stark in Verwirrung übergegangene Leiche eines jungen Mannes namens Hennig gefunden, der in Jugenduniform gekleidet war. Er war durch einen Gewehrschuß in den Hinterkopf getötet worden, und die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß er von anderen Reichsradikalen „als Verräter“ ermordet worden war. Eine Aufklärung über die individuellen Täter ist bisher nicht erfolgt.

In der gleichen Zeit wurde ein Mitglied der Schlägergruppe — die, wie der fürlich verhandelte Prozeß gegen Göte erwies, zum großen Teil aus Doppelagenten bestand — namens Sander in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums in Essen von seinen Kameraden, weil sie ihn für einen „Verräte“ hielten, auf grausame Weise erschlagen, so daß sein Halsgeschrei weit hin vernehmbar war. Seine entsetzlich zugesetzte Leiche wurde später von der Polizei geborgen. Weder die Täter ist nicht bekannt geworden.

Eine besondere Hemmatakt zur Umlegung von „Verrätern“ aus den eigenen Reihen hatte der Bund Oberland, der sich schon in den Kämpfen in Oberschlesien durch seine Hemmatake hervorgetan hatte, und der gemeinsam mit dem Bund Bayern und Reich im Ruhrgebiet eine eigene Sabotagegruppe unterhielt. Man bediente sich zur Exekution der Hilfe der französischen Sicherheitspolizei.

Hinter dem besetzten Güterbahnhof der Stadion Böhnenkell bei Eversberg ging ein Waldweg ins unbelebte Gebiet, der von den Franzosen schief bewacht und beschossen wurde. Viele Oberlandfleute, die als aus Bayern zugereiste Sabotage nicht konnten, wurden von ihren Vorgesetzten mit irgendeinem Befehl auf diesen „sicheren“ Todesweg geschickt und in Ausübung des ihnen geworbenen Auftrages von den französischen Posten erschossen.

Eine weitere von der Oberlandgruppenleitung zur Exekution Mitgliediger häufig benutzte Menschenfalle war die bekannte Ruhrkurt bei Hattingen, die ebenfalls von den Franzosen bewacht und bestritten wurde, und die gegenüber dem Waldweg bei Böhnenkell nach den Vorteil hat, daß die so getöteten weite Strecken fortgeschwemmt, teilweise niemals aufgefunden wurden.

Es hat damals immer Erstaunen und Aufsehen erregt, daß Nacht um Nacht dort Leute den französischen Angeln zum Opfer fielen, obwohl die Gefährlichkeit gerade dieser beiden Übergänge in der ganzen Umgebung allen Leuten seit langem bekannt war. So ist es auch zu erklären, weshalb damals so viele Leichen von Unbekannten aufgefunden wurden, um die sich niemand kümmerte.

Verhandlungen über das Flottenkompromiß

WTB London, 1. Oktober.

Wie verlautet, hat sowohl die britische als auch die französische Regierung der amerikanischen Regierung zu ihrer Information alle Dokumente unterbreitet, die mit den englisch-französischen Flottenvorschlägen zusammenhängen.

*

WTB. Toledo, 1. Oktober.

Wie verlautet, ist die japanische Regierung an die französische und an die britische Regierung mit dem Vorstoß herangegangen, den Wortlaut des englisch-französischen Flottenabkommen zu veröffentlichen. Anscheinend ist jedoch noch keine Antwort auf diese Anregung erfolgt.

*

SPD. Paris, 2. Oktober. (Radio.)

Die Pariser Regierung, allen voran die französische Sozialistische Partei, verlangt immer gebieterischer, daß der Test des französisch-englischen Marineabkommen nun endlich veröffentlicht werde. Eine längere Scheinhaltung müsse, so erklärt heute Leon Blum, nur immer mehr Unruhe hervorrufen, zumal das Abkommen, wie nicht mehr geleugnet werden könne, auch gewisse Bestimmungen über die Landstreitungen enthält. Vertreter zeigt heute im Echo de Paris mitzuteilen, daß den Vereinten Staaten anfänglich nur die erste Hälfte des Abkommens zur Kenntnis gebracht worden sei, diejenige nämlich, die sich auf die Seeerüstungen bezieht. Das Staatsdepartement in Washington habe aber dagegen protestiert und so habe man ihm nocheinmal auch den zweiten Teil, den über die Landstreitungen, mitgeteilt. Durch diese ungünstige Taktik aber sei in Washington der Eindruck entstanden, als hätten Frankreich und England wirklich etwas zu verheimlichen.

Reichsfinanzministerium und Anleihebetrieb

Das Reichsfinanzministerium stellt gegenüber den

Gerichten, das Reich sei im großen Umfang bei der Anmeldung von Anleihebetrug betrügerisch geschädigt worden, folgendes fest:

„Zum Umtausch im Anleiheablösungsverfahren kamen Marktanteile des Reichs im Gesamtwert von nahezu 75 Milliarden Mark in Betracht. Als Altbesitz sind hieron rund 39½ Milliarden anerkannt worden, so daß Auslosungsrechte von nicht ganz 1 Milliarde Mark gewährt worden sind, eine Summe, die sich auf etwa 4½ Milliarden Gläubiger verteilt. Bei dem Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes sind von den Altbesitzanmeldungen im Inland etwa 7 Prozent, im Ausland etwa 10 Prozent der Anträge abgelehnt worden. Unter diesen abgelehnten Anträgen befinden sich auch diejenigen, bei denen Stinnes, Kuhner, Böls, Salmon, Rothmann, v. Waldbott u. w. beteiligt sind und bezüglich deren das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I Berlin geführt wird. Nach den bisherigen Ermittlungen ist also dem Reich in diesem Falle kein Schaden entstanden. Es stehen vielmehr vorläufig nur Fälle versucht, nicht vollendeten Betruges zur Untersuchung. In einem mit der großen Betrugslast nicht im Zusammenhang stehenden Falle, bei dem Auslosungsrechte in einem Gesamtwert von rund 128 000 Mark Auslosungsrechte bereits gewährt waren, ist schließlich wortet, daß die Zuverlässigkeit der Auslosungsrechte zu Unrecht erfolgt ist. Die Auslosungsrechte sind zurückgefordert und bereits zu einem großen Teil, zum Beispiel in einem Falle im Betrage von 55 075 Mark, dem Reich zurückgegeben worden.“

Unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters hat das Finanzministerium eine Überprüfung der Altbesitzanmeldungen eingeleitet. Sollten sich dabei irgendwelche Spuren, die einen hinterehrenden Anhalt für eine Strafverfolgung bieten, ergänzen, so wird sofort mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung getreten werden.

Schneid wird in Paris vernommen

Der Sonderkommissar des Reichskommissars für die Ablösung der Reichsanleihe alten Besitzes, Direktor Heinemann, ist im Auftrage des Untersuchungsrichters nach Paris gefahren, um dort den von den Pariser Polizeibehörden verhafteten Finanzagenten Joseph Schneid, den früheren Direktor des Delphipflosses in Berlin, zu vernehmen.

Die neue Regierung in Schweden

Ein „gemäßigtes“ Reichskabinett

TU Stockholm, 1. Oktober.

Das neue schwedische Kabinett ist am Montag gebildet worden und wird am Dienstag vom König ernannt werden. Es handelt sich um eine gemäßigte Regierung. Ministerpräsident ist der frühere Ministerpräsident Lindman. Außenminister ist der Universitätsprofessor Ernst Trägåger, der ebenfalls schon einmal das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet hat.

Verstaatlichung der Oelsfelder

Das argentinische Parlament hat mit erheblicher Mehrheit einen Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt, der die staatliche Beteiligung sämtlicher Oelsfelder vorsieht. Die argentinische Regierung besitzt jetzt vier Fünftel der gesamten Ölproduktion des Landes.

Verantwortlich für den redaktionellen Test:

Hermann Liebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Interviewtext:

Hugo Schnapka in Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.



Die Rote Presse umfaßt 14 Seiten.

Die Deutschlandfahrt des Zeppelin

Der Zeppelin fliegt Richtung England

U. Friedrichshafen, 2. Oktober.

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist heute morgen punt 7 Uhr zu seiner Dauerfahrt nach Norddeutschland aufgestiegen. Bereits in den frühen Morgenstunden herrschte auf der Werft ein reges Leben und Treiben. Seit gestern abend lag das Luftschiff startbereit in der Halle. Nachdem es heute früh abgewogen und genügend Wasserballast abgeworfen worden war, eröntete kurz vor 7 Uhr das Kommando „Luftschiff matat“ und, von den Mannschaften gehalten, bewegte sich das Luftschiff langsam aus der Halle. Draußen wurde es, während die Motoren einleiteten, nach Norden gewendet und wenige Minuten später fielen bereits die Haltebretter. Leicht stieg das Luftschiff auf, zog noch eine Schleife über dem Platz und schlug dann sofort die Richtung nach Uml ein.

WTB Berlin, 2. Oktober, 12 Uhr 15 Min.

Wie hier an Bord des Grafen Zeppelin befindliche Berichterstatter des Lokalangelegers, Rolf Brandt, mitteilte, bestichtigt das Luftschiff, das 10 Uhr 2 Minuten über Bamberg erschienen war, weiter über Würzburg nach Frankfurt a. Main zu steigen. Wegen des schlechten Wetters in Norddeutschland werde Graf Zeppelin vermutlich nicht nach Berlin kommen.

Eine weitere Meldung der Flugleitung besagt: Wir nehmen den Weg von Frankfurt in Richtung Amsterdam, nachts über den Nordsee und England, Mittwoch über Helgoland und Hamburg nach Berlin. Die endgültige Entschließung über den Ausr wird später erfolgen.

Arthur Reil wieder vor den Richtern

SPD Berlin, 1. Oktober.

Amt Montag begann vor der großen Berufungsstamm der Landgerichts I in Berlin die für mehrere Tage berechnete Berufungsverhandlung gegen den Kaufmann Arthur Reil, der wegen Veranstaltung betrügerischer Rennveranstaltungen vom Schössengericht Berlin-Mitte zu 2 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war. Der mehrfach vorbestrafe Angeklagte, ein Mann mit einer abenteuerlichen Vergangenheit, fasste nach Verhöhung seiner letzten Zuchtausstrafe wegen Rauhianschwindels den „genialen“ Plan, eine „Geldfabrik“ aufzumachen, die ihn in einer Saison zum Millionär machen sollte. Reil erstand zu diesem Zweck ein Rennwettstystem, das betrüchtliches Aufsehen erregte.

„Wer will Geld haben?“ — unter diesem Motto forderte er durch Rennanzeigentexte zur Einzahlung von Geldern auf, damit jeder ohne Arbeit und Risiko täglich 10 Prozent Zinsen und 65 Prozent Gewinnbeteiligung monatlich verdienen könne. Das System Reils bestand darin, dass er sogenannte „Siegkreise“ und von „erfolgreichen“ Jodens gerittene Pferde in Serien weite und die Einfälle stoffelte. In der Verhandlung vor dem Schössengericht bezeichnete der gerichtliche Sachverständige das Reilsche System als praktisch wertlos, da es auf dem Tief keine „Todssicherheit“ gebe. Verdienstvollen seien ein reines Glücksspiel. Das Schössengericht hatte sich dieser auch vom Reichsgericht verstreute Auffassung angeschlossen und Reil zu einer besonders schweren Strafe verurteilt, weil Tausende kleiner Leute durch ihn um ihre gesamten Ersparnisse gekommen seien. Die Verteidiger des Angeklagten haben für die Berufungsverhandlung die Ladung zahlreicher Weitsachverständiger beantragt. Wahrscheinlich wird auch in der heutigen Verhandlung das Reilsche System den Richtern praktisch vorgesetzt werden.

Der Prozeß gegen Rudolf Larm

Heins Komplize

SPD Weimar, 1. Oktober.

In dem kriminalpsychologisch interessanten Prozeß gegen den zum Tode verurteilten Johann Hein in Coburg erregte die Befürchtung seines Komplizen Rudolf Larm besondere Sensation. Ihm wurde die geistige Urheberschaft der von Hein verübten Verbrechen zugedichtet. Zu keinen Gunsten sprach, daß er Hein nach Möglichkeit zu entlasten versuchte und alle Taten, nur keine Mordabsichten zugab.

Am Montag hatten sich Larm und sein Komplize Salzmann aus Jena vor dem Schwurgericht in Weimar zu vertreten. Die 18 Seiten starke Anklageschrift legt den Angeklagten 33 Straftaten zur Last, darunter der Postraub in Klosteranthoni, der Sprengstoffeinbruch in das Kontor des Kohlenhändlers Siegmund in Weimar, sowie der Einbruch in die Postagentur Jena-Zwönitz. Außerdem stehen zahlreiche Fälle von Schleier, Einbrüche und unbefugter Besitz von Schußwaffen und Munition zur Verhandlung. Verteidiger des Angeklagten Larm ist Reichsanwalt Dr. Klopffleisch, Weimar. Verteidiger des Angeklagten Salzmann Reichsanwalt Wergesheimer.

Das Vorleben der Angeklagten gibt einen Blick in die Abgründe des Lebens, wie sie sich aus den sozialen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit entwickelt haben. Larm, am 18. März 1904 in Salzungen (Ostpreußen) geboren, wuchs in Gesellschaft von 9 Geschwistern heran. Die Eltern zogen nach Düsseldorf. Seine Eltern, ein Handwerk zu erlernen, wurde von der Mutter unter dem Hin-

weis vereitelt, „daß die anderen auch nichts gelernt hätten“. In die Unruhen in Düsseldorf 1923 verwirkt, erhielt er 1 Jahr 9 Monate Gefängnis wegen Diebstahls und Banditenschärfen. Dann ist er als Gutsarbeiter in Mecklenburg beschäftigt, später wandert er wieder herum. Beischäftigung zu finden ist ihm unmöglich, da „seine Papiere nicht in Ordnung sind“. Schließlich geriet er auf die Bahre des Verbrechens, wobei er Taten beging, die die Bevölkerung Mittelsachsen wochenlang in Aufregung versetzten.

Der Angeklagte Salzmann, am 21. April 1900 geboren, besuchte die Schule in Zwönitz bei Jena, wo er wegen eines hartnäckigen Augenleidens zurückblieb und ein Jahr länger verweilen musste. Infolge dieses Leidens verlor er später die Stellung bei einem Reichsanwalt, arbeitete dann zwei Jahre in der Papierfabrik Vorstendorf bei Jena an der Maschine, bis ihn seine Kraft, auch zur Aufgabe dieser Stellung zwang. Die Zeitverhältnisse verurteilten ihn zur Erwerbslosigkeit. Unterstützung wurde ihm verweigert, da er „nicht kriegsbeschädigt“ ist. So gerät er in die Gesellschaft Larms und damit auf die schiefe Ebene, die ihn vor die Schranken des Schwurgerichts führt. Seine erste Berufteilung im Jahre 1919 erfolgte zu 5 Tagen Gefängnis wegen Entwendung von Stachelspeeren.

Der Prozeß trägt nicht die geringste sensationelle Ausmachung. Die Angeklagten haben ihre Schuld größtenteils zugegeben. Anhängerin müßte geworden durch die Unterforschungshaft, machen beide wenige Anstrengungen, ihre Taten zu verschönigen. Die sichere und humane Art der Verhandlungsführung durch Landgerichtspräsident Dr. Sichardt gibt dem Prozeß ein ruhiges Gepräge.

Der Banskrach

SPD Kopenhagen, 1. Oktober.

Als Folge des Zusammenbruchs der Privatbank ist nunmehr auch die Hauptbank in Skive (nördliches Jütland) geschlossen worden. Die Bank hat ihr gesamtes Aktientkapital und die Reserven verloren.

SPD Kopenhagen, 1. Oktober.

Die zusammengebrochene Bank in Skive ist nach den neuesten Nachrichten nicht einmal mehr liquide. Es handelt sich dabei um Einlagen in Höhe von nahezu neun Millionen Kronen. Die Bank arbeitete an und für sich gesund, war aber nach der letzten Jahresbilanz neuer Kapitalzufuhr bedürftig und diese hat sich nicht vollziehen lassen. Kritisch wurde die Lage, als die Privatbank ihre Schalter schloß. Die Bank von Skive, die seit 50 Jahren ihren Aktionären Dividenden von 8 bis zu 10 Prozent zahlen konnte, gehörte zu den bedeutenderen Banken der dänischen Provinzen. Daß sie noch zu retten sei, scheint ausgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Privatbankkrise stehen auch die Schwierigkeiten der Handels- und Landwirtschaftsbank in Rudkøbing. Die kleine Bank, deren Kapital nur 250 000 Kronen betrug, hat die letzten Jahre mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und die Liquidation scheint unvermeidlich zu sein.

Die Rekonstruktionsverhandlungen über die Privatbank nähern sich nunmehr ihrem Abschluß und von besonders optimistischer Seite

wird die Gründung am Dienstag in Aussicht gestellt. Vermutlich dürfte diese jedoch erst am Mittwoch stattfinden. Die Beteiligung einer schwedischen Finanzgruppe wird sich auf 10 bis 15 Millionen Kronen angeben. Diese werden nicht dem Aktienkapital einverlebt, sondern der Bank als kurzfristige Unleih zu Unterhaltung der Liquidität zur Verfügung gestellt werden.

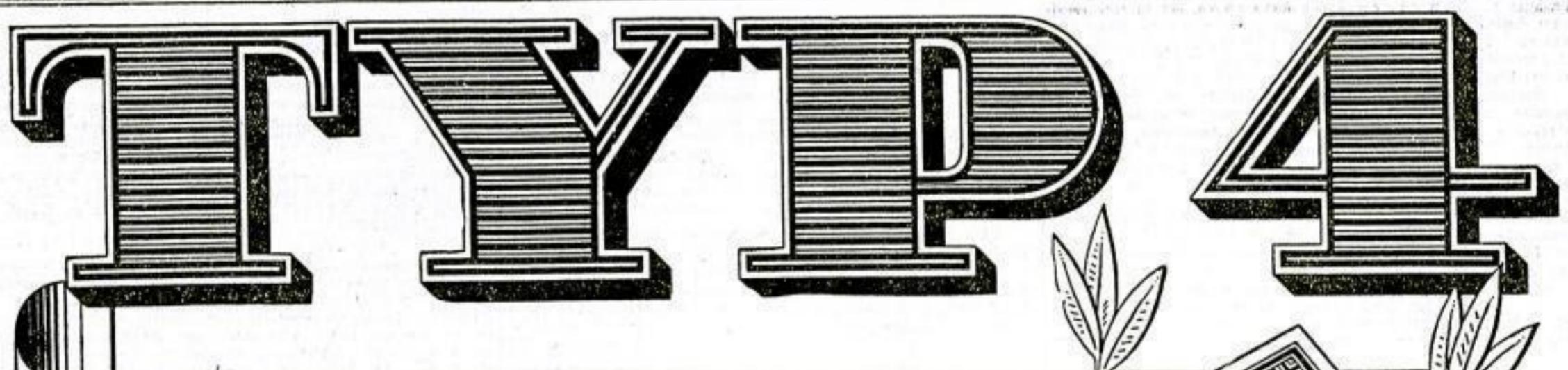
Überschwemmungen in Flandern

SPD Brüssel, 1. Oktober.

Ein Unglück, das an die ersten Kriegstage erinnert, als ein Teil des flandrischen Küstengebiets künstlich überflutet wurde, um den deutschen Vormarsch aufzuhalten, hat sich in der Nähe von Nieuport ereignet.

Infolge schwerer Stürme in der Nordsee zerbrach eine Schleuse am Kanal zwischen Nieuport und Furnes, außerdem wurde ein Deich durchbrochen. Die ganze Ebene zwischen Nieuport und Ramspapelle ist überflutet.

Das auf den Feldern und in den Städten weilende Vieh ist entflohen. Die Bevölkerung hat fluchtartig das Überschwemmungsgebiet verlassen. Das herbeigeholt Militär hat bisher vergeblich versucht, den Deich wieder aufzubauen. Die Überschwemmung breite sich immer mehr nach allen Richtungen aus. In Seebrügge hat der Sturm die Eisenbahnschienen vom Wehrdamm weggerissen.



Typ 4, die neue 4-Pfennig-Zigarette, nimmt eine Sonderstellung unter den Zigaretten dieser Preislage ein. Ausgesuchte Xanthi-Samsoun-Tabake wurden zu einer ganz hervorragenden Mischung vereint. Die Milde und das Aroma dieser Zigarette überraschen. Bedeutungsvoll ist, daß diese Zigarette auch mit dem neuen, gesetzlich geschützten Edelweiß-Mundstück geliefert wird, das bisher nur den Greiling-Zigaretten höherer Preislage vorbehalten war. Diese außergewöhnliche Leistung ist nur durch den ständig steigenden Umsatz und durch die Einführung immer besserer Arbeitsmethoden möglich. Keine Zigarettenfabrik in Deutschland kann diese Zigarette nachahmen.

GREILING

AfA-Kongress Hamburg

Der erste Tag

J. K. Hamburg, 1. Oktober 1928.

Es ist eine eigenständige Sache um die Vertreter der Gewerkschaftskongresse erschienen sind, auch in besonders großer Zahl heute dem 3. AfA-Gewerkschaftskongress bewohnen. Man registriert die Tatsache ihres Erscheinens an sich nicht ohne eine gewisse Genugtuung. Und zwar deshalb, weil man längst nicht von allen Kongressbesuchern dieser Art annehmen darf, daß sie etwa freiwillig aus Sympathie gekommen wären. Diese erweisen nur der stärker gewordenen gewerkschaftlichen und der politischen Konstellation ihre Reverenz. Sie wirken trotz dieser höflichen Geste an ihrem Teile mit aller Macht und Schläge gegen die Gewerkschaften — im Interesse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ja, man wird zu der Überlegung gedrängt, wo mindestens ein erheblicher Teil dieser Kongressteilnehmer stehen wird, wenn es den Machthabern des kapitalistischen Systems einmal gelingen sollte, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung härtere Seiten auszuzeichnen.

Man merkt auf diesem AfA-Kongress besonders deutlich, daß die Delegierten der Gewerkschaften aus ähnlichen Gedankengängen aller „Ehre“ gegenüber fühlbare Reserve beobachten. Die Namensmachung der hier vertretenen Gäste und Behörden durch den Vorsitzenden Aufhäuser in seiner Begrüßungsansprache handelt nur dann ein Echo, wenn unsre Freunde genannt wurden. So Sassenbach als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Smits von der Angestellten-Internationale, Graumann vom ADGB, Falkenberg vom AfA-Bund, Reichstagspräsident Löbe, Reichsverkehrsminister Wissell.

Genosse Wissell verwies auf das Streben nach Nationalisierung — in diesem Falle, um Arbeitszeit des Kongresses zu sparen —, das ihm veranlaßte, gleichzeitig im Namen einer ganzen Anzahl von Bevölkerungen zu sprechen und sich dabei kurz zu fassen. Er verwies auf die besondere

Not der älteren Angestellten

und sagte zu, insbesondere alle die Vorschläge und Anregungen des Kongresses, die darauf abzielen, den älteren Angestellten den Arbeitsplatz zu erhalten oder ihnen in ihrer Notlage zu helfen, sorgfältig zu prüfen. Es sei zwar in dieser Beziehung schon einiges geschehen, aber es sei zweifellos, daß noch mehr getan werden könne. Genosse Wissell wird im Verlauf des Kongresses genügend Gelegenheit haben, Neuerungen dieser Angestelltennot zu vernichten. Bis doch das Schicksal der älteren Angestellten (sie gelten sehr oft schon mit 40 Jahren als „zu alt“) geradezu die zentrale der vielen sozialpolitischen Angestelltenfragen.

Auch die Eröffnungsrede des Genossen Aufhäuser war von dem Streben nach Nationalisierung der Kongressarbeit beherrscht. Kurz stieß er die gesellschaftliche Bedeutung Hamburgs für die freie Angestelltenbewegung und die Arbeit der beiden ersten AfA-Kongresse, um dann die Aufgaben des gegenwärtigen Kongresses knapp und kurz zu umreißen. Es kommt vor allem darauf an,

die wachsende Bedeutung des Faktors „Angestellte“ im Wirtschaftsleben und damit auch für die Arbeiterbewegung nachzuweisen und der Öffentlichkeit zu demonstrieren. In dieser Beziehung sollte der Kongress bald nach Beginn einen Erfolg buchen: Sassenbach als Vertreter des IGB brachte dem Kongress als Morgenabgabe die Mitteilung, daß die leichte Ausschüttung des IGB gegen starke Widerstände beschlossen habe, zukünftig zu allen IGB-Sitzungen, in denen Angestelltenfragen behandelt werden, einen Vertreter der Angestellten-Internationale zu juziehen. Sassenbach meinte, damit sei zwar eigentlich den Angestellten eine Extra-Wurst gutiert worden, aber diese Freigebigkeit des IGB liege im Interesse auch der Arbeiterchaft. Woraus Smits, Amsterdam, schlagfertig, in drolligem Deutsch replizierte: wenn schon Wurst, so doch nicht groß, wie wir sie beanspruchen. Wir haben vom IGB mehr verlangt, noch mehr ist uns allerdings das Internationale Arbeitsamt schuldig.

In die friedlich plätschernde Reihe der üblichen Begrüßungsreden brachte Professor Hende von der Gesellschaft für soziale Reform eine Sensation. Er befaßte sich mit dem Verhältnis von

Gewerkschaften und Kommunisten

einem für einen außenstehenden Geschichtenerkenntnis eigentlich etwas fernliegenden Thema. Herr Heyde warnte davor, die kommunistische Bewegung weiterhin neben der Gewerkschaftsbewegung verlaufen zu lassen, entstat den Versuch zu machen, sie einzugegliedern. Es sei alles zu bequem, die Kommunisten in den Gewerkschaften an die Wand zu drücken. Es sei schwerer, aber auf die Dauer unmöglich, auf dem kommunistischen Teil der Gewerkschaftsmitglieder Erziehungsarbeit zu leisten. Die Kommunisten seien auf den Gewerkschaftskongressen nicht ihrer zahlreichigen Bedeutung entsprechend vertreten, es sei aber nötig, der kommunistischen Kritik ein Ventil zu öffnen und auf den Kongressen mit diesen Kritikern zu diskutieren. Man solle sich an das Sozialistengesetz erinnern und an die Wirkungen denken, die es für die sozialistische Bewegung gehabt habe. Es sei verfehlt, mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung etwa ein Kommunistengesetz auszurichten.

Aufhäuser erwiderte dem seltsamen Verteidiger der gewerkschaftlichen Meinungsfreiheit, niemandem, der in den Gewerkschaften mit gutem gewerkschaftlichem Willen mitarbeitet, werde die Mitarbeit verwehrt. Die Gewerkschaften, die ihre Freiheit nach außen mit aller Energie verteidigen, brauchen auch Freiheit nach innen. Aber die Gewerkschaften müssen sich wehren gegen alle Versuche von Parteien — um welche Parteien es sich auch handeln möge! —, die Gewerkschaftsmitglieder oder die Gewerkschaften selbst zu deformieren. Die Abwehr von Bewertung, des Hineintragens nichtgewerkschaftlicher oder sogar gewerkschaftsfeindlicher Tendenzen in die Gewerkschaften — das sei lediglich der Sinn der gewerkschaftlichen Aktion gegen die Kommunisten.

*

Am Schluß der verhältnismäßig kurzen Vormittagsitzung wurden Aufhäuser, Stühr und Urban zu Kongreßvorsitzenden gewählt. In der Nachmittagsitzung erstatteten Aufhäuser und Stühr ihre Referate zum Geschäftsbericht.

Genosse Stühr läßt etwas aus:

Der AfA-Bund hat sich seit dem 2. AfA-Kongress in München außerordentlich günstig entwickelt und zählt heute rund 420 000 Mitglieder.

Die angeschlossenen Verbände haben nach der schweren Zeit der Inflation nunmehr auch die Testimonials wiederwunden. Wir hoffen auf der ganzen Linie eine Stabilisierung im Mitgliedsbestand, an einzelnen Stellen erfreulicherweise eine

starke Aufwärtsentwicklung durch Zugang neuer Mitglieder.

Die Zusammenarbeit mit den sozialisierten Spartenorganisationen,

dem ADGB und dem AfA-Bund, ist, wie auch in der letzten Berichtsperiode, außerordentlich gut gewesen. In der Gemeinschaftsarbeit der AfA-Verbände sind keine Schwierigkeiten entstanden, dagegen sind Neubungen zwischen einzelnen Arbeitergewerkschaften und unseren AfA-Organisationen bei der Abgrenzung der Werbegebiete nicht immer vermeidbar gewesen.

Durch die Entwicklung der sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung wurden an das AfA-Bundeskongress große Anforderungen gestellt. Mit der Errichtung der Wirtschaftspolitischen Abteilung zu Ende des Jahres 1925 wurde ein auf die gleiche Weise stark fühlbarer Mangel bestätigt. Mit der Verabsiedlung des Arbeitsgerichtsgesetzes mußte der AfA-Bund zur einheitlichen Ausleistung und Unterhaltung der Arbeiterschicht Siellung nehmen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war die Errichtung der Arbeitsrechtsspitze am 1. Februar dieses Jahres.

Der AfA-Bund verfügt über 845 Arbeiterschicht und 117 Landes- sowie 2 Reichsarbeiterschicht,

über 12 Vertreter und 10 Stellvertreter in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter, über etwa 280–300 Beamte und 150–160 Stellvertreter, ferner über 567 Vertrauens- und 137 Ersthilfemänner der Angestelltenversicherung.

Eingehende Darlegungen über die Entwicklung der Beitragssatzung der angeschlossenen Verbände und den augenblicklichen Personalbestand des Bundesbureaus geben einen interessanten Einblick in die Entwicklung des AfA-Bundes.

Kurz zusammengefaßt lagte Genosse Aufhäuser:

Die Berichtsperiode umfaßt die Zeit, in der nach der Auflösung der Wirtschaft gerufen wurde, gleichfalls aber auch die Zeit, in der jene Auflösung durchgeführt war. Trotz dieser völlig veränderten Situation enthalten die Denkschriften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände von 1924 und 1928 dieselben Argumente gegen die Höherentwicklung der Löhne und Gehälter. Der AfA-Bund hat sich insbesondere gegen die auch von der Bürgerblockregierung vertretene Aussöhnung gewandt, als würde die gute Konjunktur durch Lohnhöhungen gefährdet.

Die Auseinandersetzung über die Frage Konjunktur und Lohn war begleitet von einer Offensive des Unternehmens und des Reichsbauernpräsidenten gegen die gemeinsam wirtschaftlichen Verbände der Kommunen. Die Folge der über die Gemeinden verhängten Kapitalzuschlagsperiode war eine schwere Schädigung des Wohnungsbauens.

Die Preiserhöhungswelle steht im engsten Zusammenhang mit der Preisdictatur der Kartelle.

Die Gewerkschaften wollen die Kartell- und Konzernbildung nicht aufzuhalten, warnen aber vor der Illusion, als würde die organisierte kapitalistische Wirtschaft den Kampf um den wirtschaftlichen Sozialismus erleichtern. Staat, Arbeiter und Angestellte bedürfen des Einflusses in den Monopolverwaltungen; die Staatsgewalt muß sich um die Preisgestaltung kümmern. Die Mitwirkung der Gewerkschaften innerhalb der Monopolverwaltungen macht aber keineswegs die organisatorische Kraftentfaltung von draußen entbehrließ.

In der sozialpolitischen Gesetzgebung bezeichnete Aufhäuser die Einführung der unglichen Kündigungsfristen für Unternehmer und Angestellte, sowie die Anerkennung des Kollektivismus in den Gesetzen über die Arbeitsgerichte und über die Arbeitslosenversicherung als Fortschritt. Im kommenden Tarifvertragsrecht ist eine klare Definition des Begriffes einer tariffähigen Gewerkschaft zu fordern. Als dringend wird verlangt: eine Novelle für die rechtliche Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten und ein gleichlanger Schutz gegen die täglich zunehmende Ausbeutung der älteren Angestellten als Provisionsoberreiter, denen jede feste Entlohnung versagt wird.

In der Sozialversicherung tritt der AfA-Bund für einen großzügigen

Ausbau der Angestelltenversicherung

ein. Der Referent dankte insbesondere den sozialdemokratischen Ministern für ihre Einschlußkraft bei der Erhöhung der Sicherungspflichtgrenze. Die Vorarbeiten für das Reichsstaatvertragsrecht bedürfen der Beschleunigung, und der Reichstag sollte auch endlich den provisorischen Reichswirtschaftsrat durch einen endgültigen ablösen.

Bei Besprechung des Schlüttungswesens sollte man sich auch in der Kritik vor Überbelastungen schützen. Der im Reichstag von den Kommunisten gestellte Antrag auf

Aushebung des ganzen Schlüttungswesens wird vom AfA-Bund abgelehnt.

Der Volksstaat darf sich der Pflicht eines sozialpolitischen Schutzes in der Frage der Lohnentwicklung nicht entziehen. Die Reformen des Schlüttungswesens können aber nur in der Richtung gehen, daß die Schlüttungsbhörden zum Schutze der wirtschaftlichen Schächter, der Angestellten und Arbeiter, dienen; das Antragsrecht auf Verbindlichkeitserklärung kann deshalb nur den Gewerkschaften und nicht den Unternehmern zustehen. Das Arbeitschutzesgesetz muß die Sicherung des Achtkundertages sowie die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeitsaufsicht bringen.

Die Organisationen der Angestellten haben in den letzten Jahren mit Erfolg in der sozialen Gesetzgebung gearbeitet. Wenn indes

von 3½ Millionen Angestellten knapp 1 Million organisiert ist, so kann der Kongress an der Pflichtverlängerung einer Masse von Unorganisierten nicht achilos vorübergehen. Die sozialen Wahlen sind eins der Mittel, um die Gesamtheit der Berufsgruppen in Bewegung zu bringen. Die Untersuchungen des Kongresses über die veränderte Struktur der Bevölkerung und das Anwachsen der Angestellten müssen erneut Anlaß sein, dieser bedeutsamen Schicht Gestalt zu verschaffen. Der Kongress wird mit dazu beitragen, die Angestellten aufwärtszuführen, empor zur wirtschaftlichen und geistigen Freiheit.

*

Vom AfA-Bundeskongress wurde dem Kongress die folgende Entschließung zur Arbeitszeit vorgelegt, die am Abend nebst sechs anderen Entschließungen einstimmig angenommen wurde:

Die Nationalisierung der Betriebe hat zu einer ungeheuren Intensivierung der Arbeitsleistung der Angestellten geführt. Zum ersten Male sind von dieser Entwicklung auch Wirtschaftszweige und Betriebsteile erfaßt worden, die bisher die Tätigkeit der Technisierung nicht zu spüren beklagen. In den Büros der Industrie, des Handels und der Banken hat die Maschine ihren Einzug gehalten und die Tätigkeit der Angestellten grundlegend umgestaltet begonnen. Was von dem beschleunigten Arbeitszeittempo der neuartigen Maschinentechnik nicht erreicht wurde, erfüllt das gleiche Schicksal der verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft im Berufe der Reorganisations- und Abbaumaßnahmen.

Gegenüber diesem aus schärfster beschleunigten Ar-

fischer funktionierenden Unfallshuk für alle Arbeitnehmer eine erträgliche, gelegte Höchstarbeitszeit dringendes Gebot. Gestiegertes Arbeitstempo und lange Arbeitszeiten bedeuten Raubbau an dem wertvollsten Gut des deutschen Volkes, an der Arbeitskraft seines Arbeitnehmers.

Der Kampf um die Verkürzung des Arbeitszeit ist mehr denn je zum Kampf um die Lebensfähigkeit der Arbeitnehmerklasse geworden.

Die strikte Sicherung des Achtkundertages ist die grundlegende sozialpolitische Forderung der Gegenwart. Darüber hinaus muß den Angestellten Gelegenheit gegeben werden, durch weitere Verkürzung des Arbeitszeit am Wochenende eine möglichst lange, zusammenhängende Ruhezeit zu gewinnen, ohne die Wiederherstellung der Kräfte bis zum Arbeitsbeginn der neuen Woche unmöglich zu machen.

Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden darf keinesfalls eine Kürzung der Gehälter zur Folge haben.

Als erste Etappe auf dem Wege zur Sicherung der 48-Stunden-Woche fordert der AfA-Gewerkschaftskongress die sofortige bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommen. Die Grundlage für die Ratifizierung wird in Deutschland das Arbeitszeitgesetz bringen. Der Kongress lehnt die Bestimmungen über die Arbeitszeit, soweit sie Beurteilungsergebnisse des Reichswirtschaftsrates über den Entwurf darstellen, als vollkommen unzureichend ab. Er fordert vom Reichstag, im Arbeitschutzesrecht unter allen Umständen zu garantieren:

1. die strikte Durchführung des Achtkundertages;
2. die 48-Stunden-Woche;
3. die durch den Entwurf schwer bedrohte Sonntagsruhe;
4. den 8-Uhr-Schlafschluß.

Die Diskussion wurde von Fritz Croner mit einer klug formulierte, in großen Zügen umrissenen Darlegung der

AfA-Bundesforderungen an die Angestelltenversicherung

eröffnet. In erster Linie sollen die Renten erhöht werden. Die Gewährung einer Durchschnittsrente von 70 Mark monatlich ist keine Erfüllung der Versicherungsaufgaben, sondern eine Herausforderung der Versicherten. Es steht in schärfstem Gegensatz dazu, daß in vier Jahren bisher etwa eine Milliarde Mark Vermögen aufgeschlagen wurde. Die Beunruhigung unter den Angestellten wird um so größer, je mehr sich im Zusammenhang mit der Rationalisierung erweist, daß die Altersgrenze von 65 Jahren zu ernst liegt. Der AfA-Bund fordert Herabsetzung auf 60 Jahre. Weiterhin ist notwendig die Verkürzung der Wartezeit von 120 Beitragsmonaten auf die Hälfte. Dann ist zu fordern die Besteigung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht und die Erweiterung des Berufskatalogs. Schließlich wendet sich der AfA-Bund gegen das unzureichende Wahlrecht zur Angestelltenversicherung. Verwaltung. An die Stelle des heutigen indirekten muß das direkte Wahlrecht der Versicherten treten.

Fritz Schröder begründete ausführlich Forderungen zum Kündigungsschutz, zur Arbeitsvermittlung, zum Arbeitslosenschutz und zur Berufsausbildung. Kurt Heißig sprach zu wirtschaftlichen Fragen: zur Konjunkturbeobachtung, zum Lebenshaltungsindex und zum Kriegsanleihekandal. Als Vertreter der Internationalen Arbeitervereinigung führte Bernd Konorow temperamentvoll Beifall gegen die Willkür, mit der Künstler zu ihrem Schaden das eine Mal als „Arbeitnehmer“, das andere Mal als „Arbeitgeber“ behandelt werden. Nachdem noch ein Kollege aus dem Betriebe dem AfA-Vorstand den Dank und das Vertrauen der Kollegenschaft ausgesprochen hatte — vom Kongress lebhaft applaudiert — konnte Genosse Aufhäuser mit einem kurzen Schlußwort die Diskussion über den Geschäftsbericht und damit den Tagung geschlossen.

An dem Kongress nehmen 66 stimmberechtigte Delegierte und 132 nicht stimmberechtigte Verbandsvertreter teil.

Verbandstag der Maler

SPD Stuttgart, 1. Oktober.

Die 21. Generalversammlung des Verbandes der Maler wurde am Montag in Gegenwart von 84 Delegierten eröffnet. Der Vorsitzende Styrne hob in seiner Begrüßungsansprache das Anwachsen des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung hervor.

Die eigentlichen Beratungen begannen mit einer Ergänzung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden Styrne. Die Entwicklung des Verbandes ist außerordentlich günstig, obwohl die Wirtschaftslinie seit einigen Jahren viel zu wünschen übrig lässt. Ein großer Krebschaden im Gewerbe ist die viel zu große und immer noch ansteigende Zahl der kleinen Meister, die sich in der Lehrlingszüchterei und in der ungünstigen Wirtschaftslage auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Seit Jahren ist der Verband bemüht, auf die Regelung der Lehrlingsverhältnisse Einfluß zu gewinnen. Die Tätigkeit des Vorstandes im „Reichsausbau für Sachverleihung durch Anstrich“ richtet sich u. a. auch darauf, erhöhte Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Ein ausführliches Bild gab der Vorsitzender Styrne von der in diesem Jahrzehnt durchgeführten Erneuerung des Reichsstaatvertrags. Es gelang, einen einstimmig angenommenen Schiedsspruch zu erhalten, der die Löhne um 6,7 bis 8 Prozent erhöht. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit für ein Jahr. Wenn es dem Verband also auch diesmal wieder gelingt, ohne größere Kämpfe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sozialisch festzulegen, so ist das nicht zuletzt auf den Stand und den Einfluß der Organisation zurückzuführen. Auch die Internationale der Maler hat eine neue Stärke erfahren. Es sind heute 18 Länder dem Internationalem Sekretariat angeschlossen. Der Bildungsarbeitsverband wurde in vielseitiger Weise Rechnung getragen. Unter technisches Fachblatt der Maler genießt jetzt einen anerkannten guten Ruf.

Der Hauptförderer Heinrich eröffnete den Kassenbericht. Der Durchschnittsbeitrag betrug im Jahre 1927 pro Woche 88,5 Pf., in der ersten Hälfte dieses Jahres 91 Pf., davon 88,6 Pf. für die Hauptkasse, für den Hilfsbeitrag 2,4 Pf. Das Verbandsvermögen beträgt 2½ Millionen Mark. Um allen künftigen Anforderungen an den Verband gerecht werden zu können, ist die Stärkung der Verbandskraft durch Gewinnung neuer Mitglieder nötig.

Im Verlauf seines Berichts über den Maler stellt Marx fest, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei war, die stets mit allen Kräften die gewerkschaftlichen Forderungen vertreten habe. Die Gewerkschaftsbewegung habe daher nur ihre Pflicht getan. Dann wurde in die Diskussion eingetreten.

Berksammlungskalender

Mittwoch, 3. Oktober 1928.

Orienteer Blaumühle-Lindenau-Schleißheim, Schloß Lindenfels, Eintritt 50 Pfennig. Hähnlestraße, 20 Uhr.
Deutscher Baumwollkombinat, Delegierte, Volkshaus, 17 Uhr.

Lauensteins Regenerationspille sind das ideale Abführmittel. Postversand nach auswärts. Allein echt: König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17

Reichsbannertagung in Hannover

Antwort auf die kommunistischen Überfälle in Geesthacht

Lebhafte Aussprache zum Geschäftsbericht

Reichsbanner und Hindenburg

SPD Hannover, 1. Oktober.

Die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners wurde am Montagvormittag um 9 Uhr im Volkshaus eröffnet. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten fungierten: Hörsing, Reichstagsabgeordneter Schessel, Reichstagsabgeordneter Lemmer und Reichstagsabgeordneter Krone. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort: Haubach, Hamburg, der unter lebhafter Bewegung den hinterhältigen

Überfall der Kommunisten in Geesthacht

schilderte. Haubach schloß mit der Feststellung, daß die Geduld der Hamburger Kameraden, die sich seit Monaten die größte Zurückhaltung gegenüber den Provokationen der Kommunisten auferlegt hätten, jetzt zu Ende sei: „Hätten wir schon beim Gewerkschaftskongress uns aus der Ruhe bringen lassen, dann wäre die Jugendverbiegung nicht geprägt worden. Aber jetzt haben unsere Kameraden keine Lust mehr, sich niederzustehen und niederknäppeln zu lassen. Sie haben sich in Geesthacht gegenüber dem gemeinsamen Überfall nur zur Wehr gesetzt.“

Hörsing: „Wir sind empört über diese Vorgänge und danken den Hamburger Kameraden für ihre Langmut und ihre Geduld, aber auch für ihre Tat, endlich Ordnung zu schaffen.“ (Lebhafte Beifall)

Hörsing erstickt dann den

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes:

Unsere Kameraden haben überall großes und vorbildliches geleistet. Wir haben uns bemüht, bei den verschiedensten Fragen vor der Entscheidung mit den Gauvorständen Führung zu nehmen. Glänzend hat sich auch die Organisation des Reichsbanners in Auslande angemessen. Es gibt fast kein Land, wo nicht Ortsgruppen bestehen. In manchen fremden Ländern sind die Verfassungsfeiern besser und würdiger verlaufen als in manchen deutschen Schulen.

Um nicht Gefahr zu laufen, auf die Straße gezeigt zu werden, mußten wir uns ein eigenes Bündehaus kaufen. Unsere Presse hat sich glänzend entwidelt. Unsere Reichsbannerzeitung ist ein gutes Kampfmittel gegen die reaktionären Organisationen; deshalb können wir nicht lässig erscheinen, sondern müssen alle 8 Tage herauskommen. Von einem großen Aufzug anlässlich unseres 5jährigen Bestehens können wir absehen, weil wir für die nächstjährige Verfassungsfeier große Pläne haben. Die Unterstützungsakademie hat sich nicht bewährt, weil nicht überall die 10-Pfennig-Marke getroffen worden ist. Wir müssen ein Unterstützungswege so ausbauen, daß wir unseren Kameraden in der Stunde der Not auch helfen können. Ich halte es nicht für opportun, bei einer Organisation unserer Art öffentlich abzurechnen und unsere Karten aufzudecken. Wir sind gern einer Einladung nach Wien zum Schuh und gefolgt und deswegen von republikanischer Seite angegriffen worden.

Es scheint mir, daß wir einen Teil des Führers der republikanischen Parteien erst noch zu Republikanern erziehen müssen. (Sehr richtig!)

Wir sehen jetzt mit Schrecken zu unseren Brüdern nach Österreich. Was sich dort jetzt abspielt, ist ein Beweis der Unfähigkeit der jüngsten Regierung, das sind Vorbereitungen zum Bürgerkrieg. Möge es unseren Kameraden gelingen, Österreich vor dem Faschismus zu bewahren. Dem Kleinkaliber-Schützenwofen haben wir durch die Gründung der republikanischen Kleinkaliber-Schützenvereine ein Ende gemacht, obwohl wir deswegen von den Pazifisten aufs schwerste bekämpft wurden. Ich meine, es ist immer besser, sich mit einem Kleinkalibergewehr zur Wehr zu setzen, wenn man überfallen wird, als mit der „Menschheit“ oder dem „anderen Deutschland“ in der Hand. Das andere Deutschland ist einer der größten Schädlinge in der republikanischen Front. Solche Art von Pazifismus, wie sie im anderen Deutschland ständig betrieben wird, lehne ich persönlich mit aller Schärfe ab. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen und noch durch unsere Kameraden die Verfassungen der Pazifisten füllen zu lassen. Mit den Vorkämpfern der republikanischen Parteien haben wir sehr gut zusammengearbeitet. Man hat seinerzeit, als das Kabinett Marx kam, von uns gehört, Marx hinauzuschmeißen. Hunderte von Briefen habe ich bekommen, besonders auch von Jentzumsleuten. Eine solche politische Dummheit haben wir aber nicht gemacht. Dann kamen die blutigen Zwischenfälle in Wien und unser Sympathietelegramm an den Schuhbund. Die österreichische Regierung wurde mit Telegrammen aus Deutschland bombardiert, ich doch ja befleidigt zu fühlen, was sie zunächst nicht wollte. Schließlich erreichte Wiesenthaler Hergt es mit vieler Mühe und damit wurde dann ein Druck auf Marx ausgeübt. Der schriftliche Austritt von Marx erreichte uns erst vier Tage später, nachdem es schon in der Presse gestanden hatte.

Die Frage des Reichsreferats ist immer noch nicht gelöst. Ich glaube, daß Seeringer sie demnächst einer Lösung entgegenführen wird. Wir haben es nicht verstanden, daß

die Amnestie

in dem Maße und Umfang durchgeführt wurde, wie das der Fall war oder ist. Ich habe großes Verständnis für die schwierige Lage der Regierungsparteien, aber unsere Kameraden verstanden es nicht, daß Börner begnadigt wurden. Es ist unserer Kameraden unwürdig, wenn sie sich an dem kommunistischen Volksentscheid beteiligen. In Zukunft darf es auch nicht

mehr möglich sein, daß unsere Kameraden solche Aussprüche, wie in Holzminden, mit unterzeichnen. Man darf solche Fragen nicht von der lokalen, sondern muss sie von einer höheren politischen Warte aus betrachten. Aber letzten Endes muss gegenüber den Kritikern gezeigt werden, daß die Vorgänge in Holzminden den Sieg unserer Kameraden bedeuten. Wir dürfen nicht einfach fortbleiben, wenn die anderen da sind. Dann könnte jeder Regelclub mit einem schwärzlichen Röhren uns überall ausschieben. Hörsing schließt mit der Aufforderung, die republikanische Front zu stärken. (Lebhafte Beifall.)

Die Aussprache

In der dem Geschäftsbericht folgenden Debatte spricht zunächst Kamerad Dr. Eisner, Hamburg, der die Mitglieder der Demokratischen Partei auffordert, mehr als bisher sich aktiv im Reichsbanner zu betätigen. Senatspräsident Grohmann, Berlin, heißt fest, daß noch lange nicht genug für die Republikanisierung getan werde. Der Redner führt aus seiner Erfahrung eine ganze Anzahl von Beispielen an, die berechtigtes Aussehen erregen. Wenn es nicht anders werde, dann würde der republikanische Richterstand die Hilfe des Reichsbanners anstreben. Bei einer kleinen hannoverschen Regierung gebe es von Mund zu Mund der mittleren Beamten: Tretet dem Stahlhelm bei und nicht dem Reichsbanner, wenn euch eure Beförderung lieb ist.

Storck, Darmstadt: Das Reichsbanner ist nicht nur eine Abwehrorganisation, sondern hat positiv im Sinne der Republik zu wirken. Redner regte eine Aktion an zur Belebung der Lutherschen Flaggenverordnung. — Dr. v. Frankenberg, Braunschweig, nimmt scharf Stellung gegen die Verschärfung der Ortsgruppe Holzminden: Wir können in seinem Fall mit den Gegnern zusammengehen. — Schüninger, Berlin, spricht zur Personal- und Wehrpolitik und fordert energische Demokratisierung.

In der Nachmittagssitzung spricht zunächst Rehje, Bremen. Er stimmt Hörsing in bezug auf die Kritik an den Pazifisten zu. Die Bremer hätten eine Schornisch-Versammlung der Pazifisten in Bremen gerichtet und mußten sich dafür beschimpfen lassen. Das machen unsere Kameraden nicht mehr mit. — Venegk, Konstanz, spricht für den Einheitsstaat und wendet sich gegen die politische Zerrissenheit in Deutschland. Auch er fordert eine energische Demokratisierung, besonders der Justiz. — Krause, Dresden: Auch wir in Sachsen sind unbedingte Anhänger des Einheitsstaates. In eindringlichen Worten schlägt Redner die großen Schwierigkeiten, die der Reichsbannerarbeit in Sachsen besonders durch die politischen Parteien entstehen. — Göppert, Kassel, spricht dafür, daß die Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners in Berlin nicht am 11., sondern am 4. oder 18. August stattfindet, damit dann in den anderen Orten auch eine würdige Feier veranstaltet werden könne. — Leyen, Breslau: Wer dem Staat dienen will darf nicht neutral oder gar republikanisch sein, sondern muß mit ganzer Seele dem Staat dienen. Wir ehren Hindenburg als Menschen. Wir haben uns aber an seinem Epitaph in Breslau nicht beteiligt, weil wir wissen, daß der ganze Klüngel, der hinter ihm steht, reaktionär und republikanisch ist. — Schröder, Bremen, spricht ebenfalls in warmen Worten für die Demokratisierung der Verwaltung und schlägt die großen Schwierigkeiten, die republikanische Leitenden Beamten entstehen. — Eberbach, Saargebiet, überbringt die Grüße der Republikaner im Saargebiet: Der Vertrag hat zwar eine äußere Grenze geschaffen, aber die Herzen schlagen warm für die deutsche Republik.

Vorhender Lemmer bringt dem Kameraden des Saargebiets als Dolmetscher der Versammlung unter lebhaftem Beifall die Sympathien zum Ausdruck. — Lau, Hannover, wendet sich gegen das Vaterlandskreuzgerede einiger Redner: „Wenn wir die Republik erobern und demokratisieren wollen, dann müssen wir auch kleine Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen.“ — Es entspringt sich dann eine längere Debatte über die Frage, ob das Reichsbanner sich an

Empfänger für den Reichspräsidenten Hindenburg
beteiligen soll. — Büssow, Hindenburg, bringt dabei zum Ausdruck, daß das Reichsbanner in Oberösterreich sich läufig am Empfang des Reichspräsidenten beteiligt habe, um das Oberhaupt der deutschen Republik zu ehren. Wir haben dadurch erreicht, daß die schwarze-roten Gegner zurückgedrängt wurden. — Ladebed, Bielefeld, begründet einen Antrag, sich solange nicht an Hindenburgempfängen zu beteiligen, solange Hindenburg Ehrenmitglied des Stahlhelms sei. — Thrum, Görlich, wendet sich gegen den Antrag und schlägt den Erfolg des Reichsbanners beim Hindenburgempfang in Görlich, wo ebenfalls der Stahlhelm völlig an die Wand geworfen und hinterher noch ausgelöscht wurde.

— Hansen, Kiel, bestätigt dasselbe von Kiel und meint: „Wir können dem Reichspräsidenten gar nicht oft genug zeigen, daß wir da sind.“ — Stellungnahme, Berlin, warnt ebenfalls vor Annahme des Antrags. Ladebed: „Wir dürfen uns nicht durch solche Anträge binden. Das wäre eine staatspolitische Dummheit.“ — Raloff, Hannover, beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

In seinem Schluswort besagt sich Hörsing in einigen Sätzen mit General v. Schoenach, dessen Name in der Debatte

eine Rolle gespielt hat und der durch seine gegenwärtige Arbeit der Republik nicht gut diene, sondern sich in Gegenzug zur republikanischen Front bringe. Hörsing wendet sich schließlich gegen den Bielefelder Antrag wegen der Hindenburgempfänge und beruft ihn zurückzurufen.

Der Antrag wird zurückgezogen. Dabei gibt es einen kleinen erreichten Zwischenfall. Ladebed, Bielefeld, erklärt, daß Dr. Eisner, Hamburg, ihm gesagt habe, die anwesenden Demokraten würden den Saal verlassen, wenn er den Antrag nicht zulässt. Vorhender Lemmer legt durch eine geschickte Erklärung diesen kleinen Zwischenfall schnell bei und stellt ausdrücklich fest, daß er für seine Person niemand beansprucht habe, eine Erklärung abzugeben. Auch andere demokratische Kameraden treben dies durch Zwischenrufe zu erkennen.

Höltermann, Magdeburg, gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwendlend 240 Teilnehmer, davon 14 Mitglieder des Bundesvorstandes, 29 Gaue, 111 Mitglieder des Reichsausschusses und 186 Delegierte. Höltermann gibt dem Wunsch der Mandatsprüfungskommission Zusprud, daß in Zukunft die Delegierten auch ihre Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und einer Gewerkschaft nachzuweisen haben. — Um 7 Uhr verlädt sich die Generalsversammlung auf Dienstag.

Steuerkalender für Oktober 1928

Ausgaben | Aufbewahren

Zeit	Steuerart	Datum	Bemerkungen
1.	Collationensteuer	Dimonat Vorjahr 31. März	Seit nur Bildfläche, die lt. Steuerbefreiung erbrachte Collationensteuer ab geboten werden
1.	Militärwahlzettelsteuer	Dimonat	Beitrag ergibt sich aus dem Betriebe über Rentenbankgründungsbauten neuer Art (heute, landwirtschaftlichen Grundstücken)
1.	Erwerbsteuer und Vermögenssteuer	Stadt Steuerbehörden	1. IV für die Einheit
1.	Steuerabgabe vom Anteilsschein	Dimonat	angleich Einreibung der Steuerabgabe über die Steuerabgabe für September 1928
1.	Steuern anderer (Vollzugssteuer)	Stadt Steuerbehörden	von den Eigentümern bestimmter Grundstücke; Erlöse ab Gebot nicht gedrängt aber beim Zeitablauf bestimmt wiederholen für weitere 12 Monate zu entrichten
1.	Veranlagungssteuer für sonstige Betriebsverluste	Steuerbehörde 4. November 1928	für die erste Septemberhälfte, wenn nichts anderes vereinbart
10.	Einkommensteuer	Dimonat	1. der zuletzt festgestellte Jahre ist verjährkt, letzter ist ein anderer Termin festgesetzt. Der Betrieb gilt nicht für Steuerabgabe, die Hauptabgabe besteht aus Land- und Forstwirtschaft bestehen
10.	Abverkaufssteuer	Dimonat 1. September 1928	wie vorstehend *
10.	Umsatzerlöse	Dimonat	Veranlagung in Vorabstetzung für Juli/September 1928; 2. Lage Schöntal
10.	Veräußerungssteuer	Dimonat 1. September 1928	Entziehung bei Anmeldung von Steuerabgaben bis zum Abrechnungsabschluß über Abrechnungsverlusten ausstellen und nach dem Abrechnungsabschluß für September 1928 und für das 3. Quartal 1928
10.	Veräußerungssteuer und Gewinnabnahme	Dimonat	Stellungnahme der Haushälften, Kaufaufnahmen und Veräußerungen
10.	Nachrichtungen über die ausstehenden Abrechnungen	Dimonat	regl. Punkte der vorliegenden Abrechnungen 4. entsprechendes Jahr
15.	Grundsteuer	Stadt Steuerbehörden	Veranlagung für Oktober/November 1928, 1. der Betrieb beginnt C des Grundsteuer-Befreiung für 1927
15.	Stichsteuer, Julier, u. Sozialsteuer	Stadt Steuerbehörden	1. des Jahresbeginns
15.	Stichsteuer	Stadt Steuerbehörden	für gemeinschaftlichen Betrieb Verbrauchserlösen über unterteilt und bezogenes Alter innerhalb drei Jahren nach Empfang zu besteuern
20.	Veranlagungssteuer für handlige Betriebsverluste	Steuerbehörde 4. November 1928	für die erste Oktoberhälfte wenn nichts anderes vereinbart
20.	Steuerschulden vom Anteilsschein	Dimonat	für Abrechnungen im Zeitraum vom 1.-15. Oktober 1928 unter 1. 10. Nov. anrechnen und am 1. November 1928 abzuführen zu werden
20.	Personenstands- und Zeitabrechnungssteuer	Dimonat	Nach dem Betrieb zur Abrechnung der Eltern u. Verlobten durch die Grundsteuerbehörden an die Stadt Steuerbehörden

Collationensteuer. Am dem Steuer-Jahresende für 1928 ist letztmals die Collationensteuer mit zu entrichten werden. Sie ist nur noch abzuführen wenn früher abzuführende vorhanden sind; ein besonderer Termin kommt nicht mehr in Frage.

Bei nicht registrierter Nutzung kann am 1. November 1928 überfällig zu zahlen.

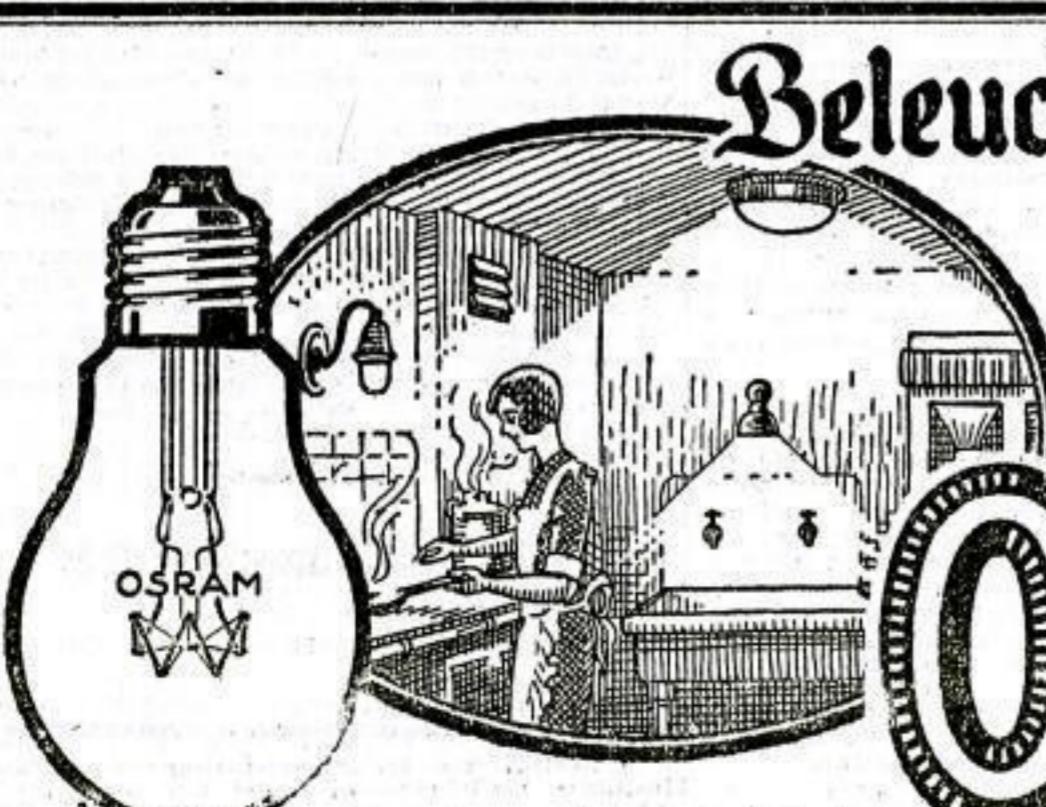
Beleuchte Dein Heim besser!

Raume im Licht!

Die Küche ist einer der wichtigsten Räume des Haushaltes und erfordert darum die beste Beleuchtung.

Auch über bessere Küchenbeleuchtung geben die Osram-Dienststellen, bad Elektrizitätswerk und sonstige Elektrofachgeschäfte sofortiges Rat und Gutachten.

OSRAM



Sächsische Angelegenheiten

Ein bedauerlicher Fall

Der Volksstaat kündigt Enthüllungen an, die er aus einer Druckschrift des früheren Ministerialrats und jetzigen Oberverwaltungsrats Dr. Rudolf Künster entnehmen will. Der Volksstaat hat auch schon den üblichen Erfolg; wie bei jeder dieser Gelegenheiten, was es gilt, der Sozialdemokratie eins auszuwischen, haben die Leipziger Neuesten Nachrichten den Volksstaat nachgedruckt.

Den angekündigten Enthüllungen liegen folgende Tatsachen zugrunde: Künster ist vor einigen Monaten aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten, weil er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Verwaltungs- und Polizeibeamten Dresdens auf einen Beschluss des Vorstandes dieser Arbeitsgemeinschaft eine Versammlung angeheizt hatte, die sich mit der Verwaltungsreform beschäftigen sollte. Daraus entstanden Differenzen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zogen sich einmütig — bei einer Stimmenthaltung — hinter Künster, was die Differenzen noch verschärft. Der Bezirksvorstand von Alsfaden erklärte das Verhalten Künsters für „außerordentlich parteischädigend und unparteigemäßigt“. Darauf verlangte Künster die Einziehung eines Schiedsgerichts, was aber der Parteivorstand ablehnte, weil der statutenmäßige vorgeschriebene Termin verstrichen sei. Künster zürzte sich in seiner Parteileitung so geträumt, daß er aus der Partei austrat. Zur Begründung seines Austritts schickte Künster an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft eine Druckschrift, in der er ausschließlich die Entstehung der Differenzen und den Verlauf des Verfahrens schilderte. Ein Exemplar dieser Druckschrift ist dem Volksstaat in die Hände gefallen, der darüber folgende Notiz brachte:

„Ich hatte gering des Unsinns und der Rechtsbeugung...“

Das ist ein Satz aus einer umfangreichen Schrift, die der jetzige Oberverwaltungsrat Rudolf Künster zur Begründung seines Austritts aus der Sozialdemokratischen Partei verfaßt hat.

Künster war früher im Ministerium des Innern und wurde von da ins Oberverwaltungsgericht versetzt. Er gehörte äußerlich zu dem radikalen Flügel der Partei; denn er kam von den Unabhängigen, konnte sich aber mit Edel nicht vertragen.

Die Schrift Künsters enthält allerhand Erstaunliches und Interessantes, so daß wir in den nächsten Tagen einiges daraus wiedergeben werden.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten schrieben zu der Notiz des Volksstaates:

„Dr. Künster kam seinerzeit von Bremen nach Sachsen als einer der Radikalisten und rückte unter der Reichenbach-Regierung zum Ministerialrat in der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern auf. Von der Koalitionsregierung wurde er fallschärfstig und an das Oberverwaltungsgericht versetzt. Damals schrieb die Leipziger Volkszeitung, daß mit dieser Verziehung wieder ein aufrichtiger Republikaner festgestellt worden sei. Man wird gespannt sein dürfen, ob die Leipziger Volkszeitung nunmehr ihr Urteil über Künster aufrechterhalten wird.“

Der sachliche Grund, aus dem die Differenzen entstanden sind, die zu Künsters Austritt führten, ist eine ganz unbedeutende Kleinigkeit, wie sie sich tausendfach in der Parteorganisation ergeben. Dass eine solche Kleinigkeit in diesem Falle zum Austritt eines Genossen aus der Partei führt, der gerade in dem Streitfalle im Austritt seiner Genossen für die Partei arbeitete, ist tiefschädlich. Den Austritt aus der Partei müssen wir entschieden verurteilen. Künster hätte den im Parteistatut vorgesehenen Weg gehen und der Parteilieg zu Entscheidung in der Sache anstreben müssen. Das erfordert die Parteidisziplin, ohne die keine Parteigemeinschaft denkbar ist. Das weiß natürlich auch Künster. Wenn er trotzdem aus der Kampfgemeinschaft der Sozialdemokratie aussteigt, so wird man zum Verständnis dieses Schritts mehr gefühlsmäßigen als intellektuellen Gründen nachspüren müssen. Wer allerdings die näheren Umstände dieser Affäre kennt, der muß sich nicht, daß der feinfühlige und hochgebildete Mensch den Strafantrag dieses Verfahrens nicht gewahrsah, was denen schlichtlich auch ein anderer erlegen wäre.

Zu der hämischen Anzupfung der Leipziger Neuesten Nachrichten sei gesagt, daß wir selbstverständlich auch heute noch Künster als aufrichtigen Republikaner schätzen. Künster wurde 1923 von der sozialistischen Regierung von Gera, wo er Stadtrat war, in das sächsische Ministerium berufen, wo er als Stadtrat war, in das sächsische Ministerium berufen, wo er mit ausgezeichnetem Sachkenntnis und absoluter Zuverlässigkeit Polizei- und Gemeindeangelegenheiten bearbeitete. Nachdem 1924 die Heldt-Koalition gebildet worden war, wollte Künster aus dem Ministerium ausscheiden. Er ersuchte aber die zuständigen Parteinstanzen um eine Erklärung darüber, ob sie sein Ausscheiden billigen oder kein Verbleib im Ministerium für richtig halten. Die Parteinstanzen entschieden, Künster möchte auf seinem Posten ausharren. Das ist Künster, obwohl er von der Heldt-Koalition gehegt und von den Dreidrittzigsten mit Dred beworben wurde. Später wurde Künster zum Oberverwaltungsrat „befördert“, um ihn so faltzustellen. Künster ist Idealist. Er verfügt über reiches Wissen und umfassende Erfahrungen. Dabei ist Künster ein beobachtender Mensch, der sich nicht vordängt und seine Kräfte zur Verfügung stellt, wenn er gebraucht wurde, wobei er stets ehrig hemmlich war, der sozialistischen Bewegung zu dienen. Dass die Partei einen solchen Mann unter solchen Umständen verliert, ist ein bedauerlicher Fall.

Die Verwaltungsreformer in der Regierung

Das sächsische Gesamtministerium hat sich am Freitag zum ersten Male mit den Einzelheiten der Verwaltungsreform beschäftigt. Herausgekommen ist bei dieser „Beschäftigung“ nichts. Man hat sich unterhalten über die Möglichkeiten der Herabsetzung der Abgeordnetenzahl. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Verfassung werden 96 Abgeordnete gewählt; je nach der Wahlbeteiligung entfällt auf 24 000 bis 26 000 Wähler ein Abgeordneter. Die Regierungsmänner haben erwogen, ob man nicht die Verfassung ändern und auf 30 000 Wähler einen Abgeordneten wählen sollte. Weiter wurde die Verminderung der Zahl der Ministerien besprochen und dann noch der vom Innenministerium vorgeschlagene Abbau der Kreishauptmannschaften. Das hohe Ministerium beschloß sich die ganze Sache noch einmal reißlich zu überlegen und daher keinen Beschluss zu fassen. Es ist noch nicht entschieden, wann die nächste Sitzung der erleuchteten Verwaltungsreformer sein wird, man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß trotz aller reißlicher Überlegung und nach Abschluß dieses schwierigen Denkprozesses das hohe Gesamtkabinett sich wieder mit der Sache beschäftigen wird. Man hofft auch, in der nächsten Sitzung einen Schritt weiter zu kommen mit der Lösung der schwierigen Probleme, ob sich aber diese Hoffnung erfüllen wird, wagt niemand zu behaupten.

Das Dementi der Staatskanzlei

Wir berichteten am Sonnabend, daß die Regierung die Richtigkeit unserer Veröffentlichung über die Expressionsversuche in der Polizei bestreitet. Am gleichen Tage hat die Regierung durch ihre Nachrichtenstelle eine entsprechende Erklärung in der Staatszeitung veröffentlicht. Nach dieser Erklärung ist nicht Kühn, wie wir angenommen hatten, sondern der Ministerialbeamte Siewers, zur Zeit in England auf Urlaub, so daß die Regierung zu den Angriffen auf diesen Beamten nicht Stellung nehmen könne. Dass die verantwortliche Regierung sagen würde, die Kritiker haben recht, hat niemand erwartet.

Für den Sechs-Uhr-Ladenabschluß

Das Meißner Stadtparlament nahm in seiner letzten Sitzung nach lebhafter Aussprache einen sozialdemokratischen Antrag an, der vom Rat verlangt, 1. bei der Reichsregierung auf gesetzliche Festlegung des Sechs-Uhr-Ladenabschlusses hinzuwirken, 2. durch den Rat Verhandlungen mit dem Ziele einer örtlichen Festlegung des Sechs-Uhr-Ladenabschlusses mit den bestehenden Organisationen einzuleiten, 3. auf strikte Durchführung der bestehenden Geschäftsstunden einzuleiten, 4. ein Ortsgesetz vorzulegen, monach an den Jahrmarkts-sonntagen und am drittletzten Sonntag vor Weihnachten die Läden nicht mehr geöffnet werden dürfen.

Löbau. Ein Ebertgedenkstein. Am Sonntag wurde hier unter großer Beteiligung, bei der auch zahlreiche Reichsbannergruppen vertreten waren, ein schlichter Ebertgedenkstein mit dem Medaillonbildnis Eberts enthüllt. Die Weiherede hielt Rebatauer Genosse Bomhadt.

Bischofswerda. Nach fünfmonatiger Ehe Selbstmord. Der Güterbodenarbeiter Max Heyde in Bischofswerda hat sich, um seinem Leben ein Ende zu machen, vor einem Güterzug geworfen. Dem Lebensmüden wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Der Getötete hatte erst vor fünf Wochen geheiratet.

Meißen. Im Streit erstickt. In der Nacht zum Sonnabend waren mehrere Arbeiter in einer Gastwirtschaft in Streit geraten, zwei von ihnen gingen dann miteinander über die Elbbrücke heim. Mitten auf der Brücke wurden die beiden

von einigen anderen Arbeitern eingeholt, die den Streit aus der Gastwirtschaft forschten, der zu Tätschleitern ausartete. Dabei zog der 22 Jahre alte Gastwirt Lindner sein Messer und stach den 29 Jahre alten Arbeiter Winter in den Leib. Der Getroffene starb auf der Stelle, der Täter wurde verhaftet.

Plauen. Beim Aufspringen auf einen fahrenden Zug tödlich verunglückt. Auf dem Bahnhof in Plauen verunglückte bei Plauen ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Bahnbeamte Werner Meyer, der nach Plauen zurückfahrt wollte, auf den bereits fahrenden Zug aufgesprungen. Er stieg aber wieder ab und wurde überfahren. In schwer verletztem Zustand wurde er ins Krankenhaus nach Plauen gebracht, wo er verschieden ist.

Zwickau. Das tödliche Auto. Ein Geschäftsmann fuhr mit seinem Auto an einen Leitungsmaul der Straßenbahn. Er erlitt dabei einen Schädelbruch, an dem er sofort starb.

Syrac. Starke Besuch der Höhlen. Trotz des strömenden Regens haben am Gründonnerstag über 700 Besucher die Syrauer Tropfsteinhöhlen besichtigt.

Pegau. Eine Schieherei bei einer Festnahme. Ein Arbeiter geriet mit einem Polizisten in Dissonanz, wobei der Arbeiter den Beamten in den Leib trat. Der Mann wurde verhaftet, doch setzte er seiner Abführung heftigen Widerstand entgegen. Da sich der Beamte bedroht fühlte, machte er von seiner Schußwaffe Gebrauch und verletzte den Arbeiter am Arm und am Unterleib. Der Arbeiter und der Beamte wurden ins Krankenhaus gebracht.

Der neue Arbeitskampf im Westen

Schwereisenarbeiter fordern höheren Lohn

Am Mittwoch lobbten für die sogenannte nordwestliche Gruppe der deutschen Schwerisenindustrie, die Betriebe von Düsseldorf bis Hamm umfassend, Schlüsselverhandlungen stattfinden. Die Metallarbeitergewerkschaften haben vor einigen Tagen den Lohntarif zum Oktober-Ende gekündigt und verlangen für alle Arbeiter über 21 Jahre 15 Pfennig Stundenlohn erhöhung. Damit ist der Kampf um die Neuregelung eines der bedeutungsvollsten Tarifverträge ausgebrochen, dem

weit mehr als 200 000 Arbeiter

unterliegen. Besonders bedeutungsvoll ist dieser Tarifvertrag, ob nicht nur der hohe Zahl von Beteiligten auf Seiten der Arbeiter wegen, sondern vor allem auch im Hinblick auf die geringe Zahl der beteiligten Unternehmer. Das Großkapital der sogenannten Eisen erzeugenden Industrie ist angegriffen — und sieht sich mit ganzer Macht zur Wehr.

Es ist von allgemeinem Interesse, mit welchen Mitteln diese Gegenwehr erfolgt. An erster Stelle ist der zuständige Arbeitgeberverband aufgetreten, nachdem die Oberschicht schon vorher entsprechend „unterrichtet“ worden war. Am 26. September tagte diese Organisation. Die nach der Tagung ausgegebene Mitteilung an die Presse verriet, daß

„die Verechligung einer neuen Lohnforderung in keiner Weise auerkannt“

wurde, „daß nach Lage der Dinge eine Lohnerhöhung in keiner Weise in Frage kommen könne“. Es wurde zwar in den von der jeweiligen Seite ausgeschendeten Veröffentlichungen in der Presse ausgetragen, daß durch den Schiedsentscheid vom 15. Dezember 1927 der Stundenlohn der Facharbeiter nur von 78 auf 80 Pfennig und der Lohn der Hilfsarbeiter nur von 59 auf 60 Pfennig erhöht wurde. Damit ist das Elendsniveau der Schwerisenarbeiter-Tarilstöhne für jeden Menschen mit sozialem Verständnis klar genug gekennzeichnet und der 1- und 2-Pfennigsteuerabzug vom Vorjahr nicht weniger. Die Unternehmer behaupten aber, daß die tatsächlichen Verdienste der Arbeiter, auf die es allgemein kommt (also nicht alle!), im Durchschnitt der Gesamtbelegschaften der Hütten-Industrie und weiterverarbeitenden Industrie um mehr als 25 Prozent über den Tarilstöhnen liegen“. Nach dieser Unternehmensangabe, die eher zu hoch als zu niedrig ist, verdienen also die Schwerarbeiter der Schwerisenindustrie unter den besonders teuren Lebensverhältnissen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes effektive Stundenlöhne

von durchschnittlich höchstens einer Mark für Facharbeiter und

75 Pfennig für Hilfsarbeiter.

Es gehört wahrscheinlich ein besonders trockenes Maß von Unternehmern, Universalität dazu, diese Löhne für ausreichend zu erklären. Die Universalität wird noch dadurch übersteigert, daß wieder, wie schon im Vorjahr, die Lohnangaben für einzelne Spitzenverdiener (besonders lange arbeitende oder besonders hoch qualifizierte Arbeiter) zur Täuschung der Oberschicht der bürgerlichen Presse aufgestellt wurden.

*

Die Schwerisenherren haben sich aber nicht damit begnügt, frischweg die jetzigen Löhne als ausreichend zu erklären, so haben sich auch um den „Nachweis“ bemüht, daß die geforderte — und jede! — Lohnerhöhung „untatigbar“ sei. Die vorhin erwähnte Versammlung des Arbeitgeberverbandes vom 26. September hat die Auswirkungen der gewerkschaftlichen Lohnforderungen für die gesamte nordwestliche Gruppe auf rund 100 Millionen Mark pro Jahr“ beziffert. Um selben Tage veröffentlichte die deutsch-nationale Berliner Börsezeitung aber einen offenbar aus dem Unternehmerlager stammenden Artikel, in dem die Lohn-Mehrzuwendungen für viel weitergehende Forderungen als für die von den Gewerkschaften eingerichteten worden sind. Für Forderungen, die in der kommunistischen Presse aufgestellt worden waren, ebenfalls auf 100 Millionen Mark taxiert wurden.

Augenscheinlich haben die Unternehmer Söldlinge vergessen, ihre Berechnung zu ändern, nachdem die Gewerkschaften vorlagen.

Der aber, es kam ihnen weniger darauf an, die Oberschicht annähernd richtig zu unterrichten, als mit einer möglichst hohen und leicht einprägsamen Zahl zu blühen!

Im übrigen ist es natürlich, daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften — wenn und soweit sie durchgelebt werden — die Lohnsumme erhöhen und die Prüfung, ob sie „untragbar“ sind, ist aus manchen Gründen geboten. Insbesondere deshalb,

weil die Unternehmer mit Preissteigerungen drohen

und nun selbst die Frankfurter Zeitung es unternimmt, die Gewerkschaften vor einer Welle von Lohnserhöhungen“ zu warnen. Die Unternehmer entfalten eine regelrechte Offensive in der bürgerlichen Presse, um ihre Ablehnung der Lohnserhöhungen zu rechtfertigen. Einen solchen, die ganze Serie kennzeichnenden Offensiv-Artikel veröffentlichte die Deutsche Bergwerkszeitung am Sonnabend. Sie verbreitete sich in diesem Artikel zu den kommenden Hüttenwerksabschlüssen“ und versicherte, daß eine Besserung der Erträge gegenüber dem Vorjahr nicht zu erwarten ist.“ Ja: „Nur die Rücksicht auf die Aktionäre dürfte die Werke veranlassen, die bisherigen Dividenden beizubehalten.“

Es paßt nicht schlecht dazu, daß einen Tag später die Frankfurter Zeitung melden konnte, die Gutehoffnungshütte werde ihre Dividende von 6 auf 7 Prozent erhöhen. (Die Gutehoffnungshütte ist eine der großen Schwerisen-firmen, die die Bergwerkszeitung in ihren Pessimismus einbezogen hatte.) Noch

— Industrielle drohen mit Preiserhöhungen

interessanter ist es vielleicht, daß die Bergwerkszeitung in dem erwähnten Artikel „schonend“ darauft vorbereitet, daß für die Schwerisen-firmen „eine außerordentlich vorsichtige Bilanzierung, vor allem eine fürsorgliche Abrechnungs- und Rückstellungs-politik nicht zu umgehen“ sein werde. Das heißt, der Bilanzschwund wird systematisch fortgesetzt, damit ohne „Beinträchtigung“ durch die Steuerbehörden und die „Begehrlichkeit“ der Arbeiterschaft die sogenannte Selbstfinanzierung der Schwerisen-industrie, die Finanzierung ihrer Erweiterungsanlagen aus den nunmehr fließenden Profiten ungefähr vor sich gehen kann. Und damit soll dann die Öffentlichkeit glauben, daß man den Schwerisenarbeitern keine Lohnserhöhung bewilligen kann!

Die Unternehmerblätter verwiesen außerdem auf die angedachte züdläufige Eisenkonjunktur. Die von den Interessenten veröffentlichten Produktionsziffern scheinen diese Behauptung zu bestätigen. Dagegen stehen aber die Eisenmarktberichte aller bürgerlichen Zeitungen. So behauptete die Kölnische Zeitung am 27. September: „Seit Anfang September ist auf fast allen Märkten wieder eine rege Kauf-tätigkeit des Inlands wahrzunehmen. Die in den Frühjahr- und Sommermonaten angehäuften Lagerbestände gehen eben zu Neige, weshalb Ergänzungen und Neueindellungen unablässlich sind.“

Auf jeden Fall kann im Augenblick die Gesamtlage der Eisen-industrie als befriedigend bezeichnet werden.“

Vom Eisenexport markt meldete die Kölnische Zeitung gleichzeitig: „Im September war der Ausfuhrmarkt sehr und wird vorläufig sehr bleibend.“ Es ist ja zuviel der Ironie, daß auch die Bergwerkszeitung erst am vergangenen Freitag berichtet hat: es sei „die Abschlußtätigkeit wieder reger geworden.“

Aber die Preise! Die bürgerliche Presse wird nicht müde, festzuhalten, daß es den Eisenwerken schlecht geht. Dabei ist zum Beispiel Stabeisen im Inland vom Januar bis zum September von 184 auf 141 Mt. pro Tonne verteuert worden und der „Weltmarktpreis“ für die Tonne Stabeisen ist in derselben Zeit „fast aufgegangen“.

von 97 auf 122 Mt. gestiegen.

Diese Entwicklung hat schon die unabhängigen Zeitungen und Wirtschaftszeitungen veranlaßt, eine Ermäßigung der Inlandspreise zu fordern und — wenn die Unternehmer widerstreben — einen Abbau der Eisenzölle. Eine Lohnserhöhung aber müßte trotzdem zu Preissteigerungen führen? Begreife das, wer kann?

Die Kölnische Volkszeitung, die im Falle von großer Lohn-sämpfen, an denen viele christliche Arbeiter beteiligt sind, auch schon mal die sonst geschuldete Rücksichtnahme auf die Zentrums-pakisten außer acht lassen darf, hat erst am 18. September festgestellt, daß der deutschen Schwerisen-industrie seit Mai, seit Abgeltung aller Neubelastungen durch Lohnserhöhungen, folgende Steigerungen der Durchschnittslerde für jede abgesetzte Tonne zuteil geworden sind:

Kornfeuer	2,70 Mt.
Stabeisen	8,20 Mt.
Bandseisen	6,70 Mt.
Grobblech	5,30 Mt.
Mittelblech	2,80 Mt.

Seit diese Berechnung gemacht wurde, sind aber die Ausfuhrpreise weiter gestiegen! Das Plus für die Schwerisen-industriellen wurde also noch größer!

Trotzdem muß eine Lohnserhöhung zu neuen Preissteigerungen im Inlande führen?

Ach nein, die Sache ist einfach genug! So lange die Eisenpreise im Auslande so niedrig waren, daß die inländischen Preise um mehr als den Zollbetrag höher lagen als die Auslandspreise, war trotz allen Schutzes durch die Internationale Rohstahlgemeinschaft eine weitere Erh



Der Rat auf der Reclamstraße

Der Rat hat beschlossen, aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam in Leipzig die Rathausstraße in Leipzig-Nordstadt in Reclamstraße (Anton Philipp Reclam, geb. am 28. Juni 1807 in Leipzig, gest. am 5. Januar 1886 in Leipzig, gründete am 1. Oktober 1828 hier die Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam, bekannt durch Reclams Universal-Bibliothek) umzunennen. Die neue Bezeichnung tritt am 1. Januar 1928 in Kraft.

Es liegt uns fern, Herrn Philipp Reclam verlogshändlerischen Verdienste schmälen zu wollen, müssen aber doch sagen, daß sich der Rat hier in kleinen Dingen groß erweist. Wie anders bei dem Beschlusse der Stadtverordnetenmehrheit, den Augustusplatz in Karl-Marx-Platz umzubenennen. Allerdings hat Reclam einen verdienstvollen und erfolgreichen Handel eröffnet, und Karl Marx „nur“ die Gesellschaftswissenschaft und ihre Forschungsprinzipien auf eine höhere Stufe gehoben. Dafür hat der Rat kein Verständnis. Zwar weiß er, daß Marx heute auch von den best blüherlichen Soziologen nach allen Regeln der Kunst bellaut wird, und daß die von ihm der Gesellschaftswissenschaft in die Hand gegebenen Forschungsprinzipien sich zu einem außerordentlich fruchtbaren Faktor der Gesellschaftsdurchleuchtung entwickelt haben. Über Marx war Sozialist, er und Engels waren sogar die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Das ist wahrlich Grund genug, ihn öffentlich ebenso zu ächten, wie man ihn insgeheim ausplündert. Einem so verdienstvollen Sozialisten heute die Ehre zuteil werden zu lassen, die man einem königlichen Landesvertreter vor 88 Jahren (1840) erwies, das ist natürlich von einem Rat, der auf die „gute alte Zeit“ stets noch mit trauerumränderten Augen zurückblickt, nicht zu erwarten. Iwar braucht nach dem Wahlspruch des alten Philipp vom Hause Reclam keine Reklame. Aber der Rat denkt anders. Händlerverdiente stehen ihm über der Verdienste Marx'. Kein Wunder. Der Rat schaut tückisch, Marx großes Vermächtnis aber wird nur den in seinen Bann ziehen, der keinen Blick vorwärts richtet. Das kann man von den im Alter erstarnten Vertretern einer alten Weltordnung nicht erwarten. Doch die rückende Nemesis wird solches nicht ungestraft lassen. Die marxistischen Räte der Stadt Leipzig werden in nicht allzuferner Zeit auf das längst und wohlerdiente Ultimatum gefestigt sein und dafür sich nicht zuletzt gerade bei dem zu bedanken haben, dessen Lebensarbeit anzuerkennen sie ablehnen. Marx war es, der die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der heutigen Gesellschaftsordnung in die breiten Massen der Bevölkerung hineingetragen hat, die jetzt beginnt, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen und daher drauf und dran ist, den Rat der Stadt Leipzig heimzuscheiden. Mit uns zieht die neue Zeit.

Sozialpädagogisches Frauenseminar

Wie aus einer ausführlichen Anzeige der Montagnummer (1. Oktober 1928) unseres Blattes zu erkennen ist, finden auch in diesem Wintersemester wieder Vorlesungen am Sozialpädagogischen Frauenseminar statt. Für Frauen aller Berufe und Stände werden Vorlesungen abgehalten über Fragen aus der Psychologie, der Pädagogik, der Philosophie und Geschichte. Für Mütter werden besonders Kurse abgehalten, die beitragen sollen, Fragen der Erziehung des Schulkindes zu klären. Es wird ferner eine besondere Arbeitsgemeinschaft für ehrenamtliche Helfer und Helferinnen in der Wohlfahrtspflege stattfinden. In dieser Arbeitsgemeinschaft werden Fragen aus der Praxis der wohlfahrtspflegerischen Arbeit erörtert werden. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß alle Kurse gemeinsam eröffnet werden durch einen Vortrag von Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer. Sie spricht über das Thema „Die besonderen Aufgaben der Frau in der gegenwärtigen Kultur“. Prospekte und Eintrittskarten in der Konzert des Sozialpädagogischen Frauenseminars, Königstraße 20. Wir verweisen auf die gestrige Anzeige.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig

Nach dem 38. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 16. bis 22. September 1928 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 9. bis 15. September 1928, davon 96 Knaben und 97 Mädchen. 50 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Totgeborene wurden 7 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 16. bis 22. September 135 Personen, darunter 17 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 71 männliche und 64 weibliche Personen. Von den Todessäulen entfielen auf Krebs 1, Ruhe 1, Tuberkulose 10, Krebs 23, Gehirnentzündung 17, Herzkrankheiten 15, Lungenentzündung 8, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 2, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 1, Kindbettfeber 2, Alterschwäche 6, übrige natürliche Todesursachen 40. 4 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 5 endeten durch Selbstmord.

Bier Klippenschleifer im Leipziger Zoo

Als im vergangenen Sommer Spießböcke und Sömmerringozellen, Geparden und Wüstenschnäuse, mehrere Hyänen, vier neue Warasus und einige Horntränen aus Westafrika im Leipziger Zoologischen Garten eintrafen, verbargen sich in einer Astante einige Tiere, die wie Murmeltiere aussahen. Sie kamen auf die kleine Küßgasse des Affenhauses, und wer nicht sofort acht hat, geht noch heute wie an ein paar kaninchenähnlichen Nagern vorüber, die sich auf einen Ast gesetzt haben. Indes handelt es sich um eine der interessantesten Tierarten. Es sind Klippenschleifer, in diesem Fall schwarzköpfige. Die unscheinbaren, furchtlosen Gestalten sind in Wirklichkeit Haltung, und zwar sind es „die kleinste und stärksten aller sechs lebenden“. An ihren Zehen — vorn vier, hinten drei — sitzen Hüftchen; nur an der hinteren Innenseite steht eine Krall. Abweichend ist auch ihr Gebiß. Der Schwanz ist fast gänzlich verschwunden. Die kruppigen Gestalten, die zuweilen den Eindruck machen, als seien sie auf ihrem Sitz versteinert, leben einsame, wilde, steinige Steppen- und Wüstengebiete. Dort hausen sie herdenweise. Den Hellen beherrschen sie meisterhaft. Wenn es sein muß, klettern sie an senkrechten Wänden auf und abspringen drei bis fünf Meter weit und klettern an 10 Meter hohen Schrotten hinauf, erst allein, dann springend herab. Wahrscheinlich vermögen sie sich mit ihren Sohlenglocken anzusaugen. Stohl die Sonne am Himmel, dann liegen die faulen Wichte reihenweise

Ausstellung „Die richtige Ernährung“

Was ist Ernährung?

„Das wichtigste ist, daß die Kost abwechslungsreich gestaltet wird mit starker Betonung der frischen pflanzlichen Nahrungsmittel.“

aus der Spruchsammlung der Ausstellung.

Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden hat dieses Mal im Ringmehnhaus eine organisch aufgebaute Ausstellung zustandegebracht. Das sei vornehmlich anerkannt. Das Museum bemüht sich redlich, die wissenschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiete der Ernährung und des Stoffwechsels, angefangen mit der Voit-Rubnerischen Formel, die die täglich für den Menschen erforderliche Menge an Eiweiß, Fett und Kohlenwasserstoffen mechanistisch festlegen wollte, über die Gesetze von der Erhaltung der Kraft und des Stoffes bis zu der Lehre von den Ergänzungsmitteln oder Vitaminen, praktisch auszuwerten. Über gewisse Vorstufen soll der einzelne zielgerichtet zu der Überzeugung gelangen, wie er sich richtig zu ernähren hat, um über Jahre hinaus, ja das ganze Leben lang am Leib und Seelen gesund zu bleiben. Ein herrliches Ziel, durchaus erstrebenswert!

Unter den Schlussmodellen und Tafeln der Ausstellung ist allerdings eine Gegenüberstellung vergessen worden: das Lohnverhältnis des deutschen Arbeiters zu den Durchschnittspreisen der lebenswichtigsten Nahrungsmittel. Wollte ich aber diesen Gedanken gleich weiter spinnen, so würde es bedeuten, ohne sachliche Darstellung ein Werturteil zu fällen und diesen Vorwurf will ich auf mich nicht laden.

auf Felsgesimsen. Naht aber die geringste Gefahr, dann schlagen die Bachen an; ein Bluff, und die Schar flüchtet zur sicheren Burg, wo sie gemeinsam mit Mangusten und Echten leben. Richtig mutter werden sie erst nachts. Dann schleben sie ihre spitzen Köpfe aus den Spalten, sichern mit den runden Ohren und trampeln auf die Weide. Gefangen werden sie in Arabien von den Beduinen, und zwar meist in Gruben.

Mitgliederversammlungen der S.P.D. Groß-Leipzig

9. Oktober
Deutsches Haus, Lindenau
20 Uhr
11. Oktober, Albertgarten, Osten
20 Uhr

Genosse Reinhardt, Bern,
Vorsitzender der Schweizer Sozialdemokratie spricht über

Arbeiterschaft und Völkerbund

Die Stellungnahme der Arbeiterschaft zum Völkerbund bedarf dringend einer Klärung. Wir erwarten deshalb, daß bei dieser wichtigen Tagesordnung unsere Mitglieder zahlreich erscheinen

„Bo-Ho“

Neulich war ich so glücklich, ein kleines Heft ins Haus gekauft zu bekommen. Es nennt sich „Bo-Ho Gesundheitsheft“. Ganz umfassend und ohne die Verpflichtung, irgend etwas zu kaufen, nur mit der Bitte, es an Bekannte freundlich weiterzugeben; aber wer wird sich von so einem Schatz trennen, wenn er ihn einmal hat? Kaufen aber wird man, nämlich Bo-Ho, Bo-Ho-Fluid, Bo-Ho-Komposition, Bo-Ho-Tascheninhalt — jeden Pfennig wird man sparen, um ihn für diese Dinge auszugeben, wenn man das Heftchen gründlich studiert hat.

Schon im Vorwort gewinnt der Herausgeber, das Bo-Ho-Sanitäts-Werk Hamburg, unter volles Vertrauen durch eine Reihe goldener Worte: „Die Unwissenheit ist die Wurzel allen Übelns“, nämlich die Unwissenheit auf „Gesundheitstechnischem“, heißtet, ferner „Das Vertrauen, die Achtung und Liebe der Kinder wird erschüttert, sobald sie merken, daß die Eltern in Wirklichkeit nichts wissen und auch kein Mittel haben, das ihnen im Notfalle Hilfe bringen kann“. Ganz anders ist es natürlich, wenn die Eltern Bo-Ho im Hause haben; dann wird die Heiligkeit des Familienlebens sofort konsolidiert.

„... aber um Krankheiten zu verhindern, muß ich erst unterrichtet werden, auf welche Weise sie entstehen.“ Diesen Unterricht nun, den die eigentlich dazu berufene Volksschule versäumt, erteilt eben dieses gelegnete Schriftchen, indem es auf circa 12 Seiten alles gibt, was man von der Medizin wissen muß. Die Mediziner muß man einfach bedauern, daß sie so dämlich sind, ihre kleinen Schätzchen und Wälzer durchzustudieren, wo es doch bloß darauf ankommt, zu wissen, wie und wann man Bo-Ho anwendet.

Und dies kleine Heftchen ist nicht nur klein, sondern auch so einleuchtend! Dass freie Atmung sehr wichtig für die Gesundheit ist, weiß man schließlich auch so; aber viele Kerle wissen, daß die Mundatmung auch die „unbedingt nötige und immerwährende Durchlüftung und Reinigung des Gehirns und der gesamten Kopfnerven behindert“? Niemand denkt daran, und doch ist es so offenbar, daß die Nasenhörner der direktesten Weg ins Gehirn sind! Man braucht nur eine Stichnadel hinzulegen, und man sieht, daß sie geradeaus ins Gehirn weist. Auch richtig laufen muß man, damit sich nicht „ganz anders geartete giftige Gase entwickeln“, die dann „durch den Mund, teilweise auch durch die Gastrische Höhle nach den Kopfnerven und dem Gehirn hindringen und giftig wirken können“. Besonders anschaulich und überzeugend wird auch geschildert, wie ein Alkoholrausch entsteht:

Zuerst wird der Magen selbst so berauscht, daß er den Magenmund nicht mehr sich schlängeln kann, und dann entweicht der giftige Dunst durch die Speiseröhre zum Mund nach oben zu den Kopfnerven und zum Gehirn, das er auch in den Zustand der Bewußtheit versetzt“. Die Berufsmediziner stellen sich das alles viel komplizierter vor. Sie lowe die Patienten wird es auch interessieren, daß die „Gastrische Höhle sich vom Mund gabelförmig nach der Nase und den Ohren schlängelt“, ein verwinkeltes Verhältnis, das ihre heimliche Wirkung begreiflich erscheinen läßt.

So geht es in echt „volkstümlicher“ Weise weiter, und wer durch diese „Gesundheitshefte“ aufgewältigt ist, wird auf kein anderes Heilmittel mehr hereinfallen als auf „Bo-Ho“.

Das Bo-Ho-Fluid ist „an und für sich stark konzentrierter, hocharomatischer, tropischer, flüssiger, salziger Geschmack der japanischen (man kann also nicht hören, es ist „nicht weit her“) Bo-Ho-Spezial-Pfefferminze“. Also heilebe kein gewöhnliches Pfefferminzöl! Und es ist garantiert „trocken, kein, alkohol, gift, wasser- und säurefrei“; jeder sieht ein, daß es dann gegen beinahe alles helfen muß. Und das tut es auch. Es hilft bei akademischen, nervösen, fibrotischen, rheumatischen und gichtischen Beschwerden und Schmerzen, bei Verschwellungen, Verstauchungen, Quetschungen, Hautverlebungen und Haarausfall, aber auch zur Wiederherstellung der trüben, fehlenden Kopf-, Hals-, und Brustbeschwerden, Rumpf-, Unterleibs-, Verdauungsbeschwerden, Hämorrhoiden, Zahnschmerz, Blähungen, Stuhldurchfall und Durchfall, kurz sag bei allen Leiden außer bei Schwinden und Krebs; aber ich glaube, das ist nur falsche Verschwindenheit des Bo-Ho-Sanitäts-Werks Hamburg, denn warum sollte es da nicht auch helfen? Man schmiert und spricht es in Mund, Nase, Ohren, kurz in sämtliche Löcher, die man hat, oben unten, hinten und vorne, man schmiert es auf die Haut, wäscht sich und schwitzt damit, atmet es ein und läßt es auf Zister.

Auch Tiere heißt man natürlich nur mit Bo-Ho, und sie blicken einen dann erfreut und dankbar an. Aber bei Tieren hat das eine Grenze, und zwar eine sehr glückliche; denn ausgerechnet das, was wir als Ungeziefer bezeichnen, wie Milben, Läuse und Dengleichen, ist nicht dankbar für Bo-Ho, sondern krepiert davon.

Also geht hin und kaufst „Bo-Ho“; denn es steht geschrieben (bei Sirach 38, 4): „Der Herr läßt die Heilmittel aus der Erde wachsen, und ein Vernünftiger verachtet sie nicht.“ Karl.

Also: „Warum müssen wir essen?“ So lautet die Überschrift über der ersten Stufe auf dem Wege zur Erkenntnis.

In unserem Organismus vollzieht sich dauernd ein Auf- und Abbau von Zellen und Zellkomplexen oder Geweben. Die Aufnahme von chemischen Stoffen, die zur Aufrechterhaltung dieser sinnvollen Vorgänge notwendig sind, heißt Ernährung. Die Bahnen, die die aufgenommenen Nahrungsmittel in unserem Körper eingesogen, sind von der modernen Wissenschaft zu einem großen Teil klar gelegt und in der Ausstellung an der Hand eines geschickten Bildmaterials veranschaulicht. Diese Vorgänge, „wie alles sich zum Ganzen webt und eins in dem anderen wirkt und lebt“, bezeichnen wir als den Stoffwechsel.

Die Ernährung aber, vom Standpunkte unseres Willens oder Bewußtheits gesehen, ist der aktive Teil des Stoffwechsels. Alles, was nach der Aufnahme der Nahrung sich mit ihr in unserem Organismus abspielt, ist ehemals Gesehen unterworfen, entzieht sich aber unserer Willkür. Dieser passive Teil des Stoffwechsels ist nichtsdestotrotz eng gebunden an den ersten, mit anderen Worten, durch die Möglichkeit, unsere Nahrungsmittel und vor allem ihre Zusammensetzung frei bestimmen zu können, sind wir in der Lage, das Schicksal des Gesamtstoffwechsels in günstigem oder ungünstigem Sinne zu beeinflussen. Das zu wissen, ist wohl wichtig!

Es lohnt nun mehr zu erfahren, in welchen mannigfaltigen Verhältnissen die Nährstoffe in den Nahrungsmitteln gemischt sind. Darauf sei morgen berichtet.

R. Solowetschik

Wichtig für alle Jugendgruppen

Fahrepreisermäßigung 1929.

Nachstehende Mitteilungen sind genau zu beachten:
Die im Jahre 1928 ausgegebenen weißen Karten versiegen mit dem 31. Dezember 1928 ihre Gültigkeit. Für das Jahr 1929 werden neue Bescheinigungen (hellblaue Karten) ausgestellt. Antrag ist an den Landesausschuß der Jugendverbände, Dresden, zu richten. Deutlich bestehende Gruppen teilen Antrag an den Ortsausschuß der Jugendverbände, Leipzig, Jugendheim Mitte, Töpferstraße, ein. Nach den neuen Tarifbestimmungen der Reichsbahn ist bei jeder Fahrt neben dem Lichtbildführerausweis noch die hellblaue Bescheinigung mitzubringen. Allen größeren Verbänden und Gruppen wird daher empfohlen, mehrere hellblaue Karten zu bestellen.

Antragsformulare für 1929 liegen dem Sachsischen Jugendführer, Oktoberheft, bei. Nur örtlich bestehende Gruppen entnehmen die Formulare beim Ortsausschuß Leipzig. Die Vordrücke sind bis zum 10. November 1928 einzureichen. Die Gebühren betragen 50 Pfennig für die hellblaue Karte und 25 Pfennig für jeden neu bestellten Lichtbildführerausweis. Alle Anträge werden nach der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet; bei verzögert eingehenden Anträgen besteht keine Gewähr, daß die Gruppen rechtzeitig in den Besitz der neuen Bescheinigung gelangen.

Lichtbildführerausweise behalten weiter ihre Gültigkeit. Es ist aber notwendig, daß die Inhaber der Ausweise namentlich aufgeführt werden, damit Führerausweise, deren Inhaber nicht mehr für die Gruppe tätig ist, für ungültig erklärt werden können. Entsprechende Vermerke können auf dem Antragsformular angebracht werden.

Gruppen der Leibesübung treibenden Verbände erhalten besondere Vordrücke und Anweisungen von ihren Spitzenverbänden. Ortsausschuß Leipzig der Jugendverbände.

Gebäudebranderlösersicherungsbeiträge. Für die Gebäudeversicherungen werden ab 1. Oktober 1928 Beiträge von 1 Pfennig für die Einheit erhoben. Die Beiträge sind in der Zeit vom 1. bis mit 15. Oktober 1928 an die Zahlstellen zu entrichten. Es wird gebeten, bei der Zahlung das Quittungsblatt vorzulegen.

Wo ruft die Pflicht?

Mitgliedertag

Donnerstag, den 4. Oktober, pünktlich 19 Uhr, im Sekretariat, Tauchaer Straße, Probevorführung von Filmen, anschließend Sitzung.

Funktionäre.

Stüdz. Donnerstag, den 4. Oktober, 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Gasthof.

Einzeichnungslisten zum Kursus liegen beim Genossen Otto Schmidt aus Beginn 9. Oktober.

Wahren. Dienstag, den 2. Oktober, erscheinen. Mittwoch, den 3. Oktober, Sitzung in der Bibliothek.

Vollmarsdorf, Neustadt und Neuschönfeld. Sämtliche Funktionäre besuchen am Mittwoch, den 3. Oktober, den Vortrag über Sozialversicherungen im Angerhöfchen. Beginn 19.30 Uhr.

Anger. Morgen Mittwoch, 20 Uhr: Wichtige Versammlung im Angerhöfchen.

Frauen

Markstädt. Donnerstag, den 4. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus Vortrag der Genossin Strobel über Unfreiwillige Mutterschaft.

Anmeldungen zur Jugendweihe 1929.

Alle Anmeldungen zur Jugendweihe erfolgen bei den Elternratsobligenten für die weibliche Schule. Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen melden an folgende Adressen:

Friedrich Priezel, Leipzig 6, Elisenstraße 69.

U. Fischer, Leipzig 6, Kreuzstraße 28.

Erich Leibhold, Thonberg, Reiselestraße 6.

Otto Hennig, Frohsanger Straße 34, III.

Georg Thierfelder, Kleinschöna, Antonienstraße 32, III.

Karl Großmann, Ennitzsch, Bernburger Straße 28.

Elternräte und Mitglieder der Schulausschüsse der ländlichen Bezirke.

Der Beginn der Schulungsabende ist nunmehr festgelegt. Sie beginnen alle 20 Uhr und zwar:

5. Arbeitsgemeinschaft Donnerstag, 4. Oktober, im Gasthof Rößeldorf.

6. Arbeitsgemeinschaft Freitag, 19. Oktober, in der Zentralhalle, Galathal.

7. Arbeitsgemeinschaft Montag, 22. Oktober, im Schwarzen Ross, Lieberwölkisch.

8. Arbeitsgemeinschaft Donnerstag, 27. September, in der Uhlandshof, Engelsdorf, Hauptstraße. Referent ist Genoss Erich Wartsch.

Elternratszentrale für die weibliche Schule. SPD Groß-Leipzig. Jungsozialisten.

Gohlis. Mittwoch, 20 Uhr, im Heim, Genoss Willi Richter: Der Weltbund der Jugend. Gäste willkommen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Alt-Leipzig, Süd und Nord. Alle kommen bei schönem Wetter, 15 Uhr, auf die Sachsenwiese. Wir spielen mit den Zwölfaudern.

Leutzsch. Morgen Mittwoch, treffen sich die Kinder, welche mit nach Magdeburg fahren, 6 Uhr an der Schule. Fahrpreis beträgt 1 Mk. Nachmittags von 17 bis 19 Uhr sind die Jungfassen in der Schule. Die Roten Fasen von 17 bis 19 Uhr auf dem Sportplatz zum Sport für Herbstfest. Alle Roten Fasen müssen da sein.

Sprechst.

Morgen und Freitag, 19.30 Uhr, Probe für die Oktoberfeier in der Schule, Pestalozzistraße. 4. Neue Teilnehmer werden noch angenommen.

Mitglieder-Veranstaltungen

Eutritsch. Die Einzeichnungslisten für den Bezirkskursus Schönau, Beginn 11. Oktober, und für die Zentralkurse Fuchs und Graf liegen bis zum 9. Oktober bzw. 29. Oktober in der Zeitungssäle beim Genossen Herzog, Wilhelmstraße, und beim Ortsvereinsvorsitzenden aus.

Unfälle in Leipzig

Zusammenstoß. Am Montag stießen auf dem Hauptbahnhofplatz gegen 15 Uhr ein großer Mannschaftstransportwagen der Reichswehr und ein Lastkraftwagen der Molkerei Schubert zusammen. Es dauerte eine ganze Zeit, ehe beide Wagen wieder auseinanderkamen. Während der Wagen der Reichswehr unversehrt blieb, wurde am anderen Wagen der Kotflügel und das Trittbrett stark beschädigt. Obwohl der Wagen der Reichswehr voll besetzt war, wurden Personen nicht verletzt.

Tödlich überschritten. Gestern nachmittag gegen 12.30 Uhr ist in der Lindenstraße der 15 Jahre alte Sattlerlehrling Gustav Egon Wuttig beim Überschreiten der Straße von einem Personenkraftwagen überfahren worden. Er wurde mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Hier ist er gestorben.

Von der Straßenbahn angefahren. Am Fleischerplatz ist gestern gegen 18 Uhr ein 63 Jahre alter Oberlehrer beim Überqueren der Fahrbahn von einem Triebwagen der Straßenbahn angefahren und umgerissen worden. Er erlitt eine Kopfverletzung mit Gehirnverschüttung und wurde nach seiner Wohnung gebracht.

An die Kinder der Jugendweihe

Freunde der weiblichen Schule!

Am Sonntag, dem 7. Oktober 1928, veranstaltet der vorbereitende Ausschuss für eine gemeinsame Jugendweihe auf dem Sportplatz des Arbeiterturnvereins Leipzig-Schleußig (Kirchdamm) ein Festfest. Geplant sind: Ansprache, Lieder, Vorführungen, Spiele, Kampftanz. Unteren für die Jugendweißenden sind unentzettelbar! Näheres durch die Jugendweißlehrer und Elternräte. Eintritt ist frei! Beginn 16 Uhr.

Zur Eröffnung des Circus Krone wird uns berichtet: Tausend fleißige Hände regen sich, um die gewaltige Feststadt für das Krone-Unternehmen auf dem Messegelände für die heutige Eröffnungs-Vorstellung rechtzeitig fertigzustellen. — Morgen Mittwoch, finden zwei Vorstellungen, 15 Uhr und 20 Uhr, statt. Auch die Nachmittagsvorstellungen bieten das volle Programm; Kinder unter 12 Jahren zahlen nachmittags nur die Hälfte. Von Beginn des Einlasses, 14 Uhr, bzw. 19 Uhr, konzertiert Kroones Tonkünstler-Orchester.

Die Leipziger Woche. Der Leipziger Verkehrsverein veranstaltet Ende Oktober eine sogenannte "Leipziger Woche". In einigen Leipziger Tageszeitungen ist neben den Deutschen Turnern, dem Turn-Sängergau und dem Deutschen Sängerbund auch der Deutsche Arbeiter-Sängerbund als Mitwirkende angegeben. Wir erklären, daß wir mit dieser Angabe nichts zu tun haben, diese vielmehr durch eine Person ohne Auftrag von uns erfolgt ist.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig.

Der Gauvorstand. J. A. Paul Bachler.

Graphisch Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Alle SPD-Mitglieder treffen sich am 5. Oktober, 19.30 Uhr, bei Welzmann, Rossmarktstraße, zu einer wichtigen Sitzung. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Fleischverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 3. Oktober, an der Freibank I Nr. 3651 bis 5000 und Nr. 1 bis 850; an der Freibank II Nr. 4101 bis 4250 und Nr. 1 bis 1650. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

Aus der Umgebung

Der Mord bei Lützen

Zu unserem gestrigen Bericht über den Raubmord an Gastwirt Otto Winter aus Niedersfeld ist noch folgendes nachzutragen: Winter war am Sonnabendnachmittag zu den Herrenrennen nach Leipzig gefahren und hatte bei der Helmfecht in der Lützschener Sternburg-Brauerei gleich seine Geldbörse mit erledigt. Da er kurz nach 20 Uhr den Gasthof an der Halleschen Straße verließ, und da der Täter nur etwa eine halbe Wegstunde von diesem Gasthof entfernt in der Nähe der alten "Salz"-Straße liegt, muß der Mord gegen 21 Uhr verübt worden sein. Trost des heftigen Regens, der in der Nacht zum Sonntag niedergegangen ist, sonnte die Polizei noch deutlich etwa fünfzehn Meter nördlich der Stelle, an der Winter lag, im Gras des Feldtrains die Knie-Eindrücke des Mörders erkennen. Dessen Personalien sind noch immer nicht bekannt, wenngleich verschiedene Spuren verfolgt werden. Die Annahme, daß ein politischer Mord vorliegt, hat nur wenig Wahrscheinlichkeit für sich und wird auch von den Angehörigen Winters nicht geteilt. Viel eher dürfte es sich, wie wir bereits gestern vermuteten, um einen bloßen Raubmord handeln, allenfalls noch um die Tat eines Wildbieders.

Es war in Niedersfeld allgemein bekannt, daß der Gastwirt regelmäßig die Leipziger Herrenrennen besuchte und auch stets mit gutem, beinahe habhaftem Erfolg wettegte. Er kam infolgedessen immer mit einer wohlgefüllten Brieftasche nach Hause zurück, wobei er seit Jahren den gleichen Weg benutzte. Falls also tatsächlich Raubmord vorliegt, muß der Täter mit den Gepllogenheiten Winters sehr gut vertraut gewesen sein und ihn an der für die Tat günstigsten Stelle, einer Wegzurück bei der alten Salzstraße erwartet haben. Obwohl es recht dunkel war, wird der von Lützschener herkommende Gastwirt im Lichterglanz des Verschiebedrehbahnhofes verhältnismäßig gut zu erkennen gewesen sein. Der Mörder hat denn auch, wie die Obduktion der Leiche ergab, „bröllös“ getroffen: nicht weniger als funfundzwanzig Schrotkörner haben ihr Ziel erreicht, wobei über sechzig die Brust durchschlugen und Herz, Lunge, Leber und Magen zerissen, die übrigen drangen meist in den Kopf, wo sie im Gehirn stecken blieben. Der Tod muß daher sofort eintreten sein, so daß eine etwa drei Viertel Kilometer entfernt aufgefundenen Blutspur kaum mit der Tat etwas zu tun haben dürfte. Entdeckt wurde Winter durch einen gleichnamigen, aber nicht verwandten Fleischermeister aus Lützen, der Sonntag früh kurz nach 6 Uhr mit seinem Lieferwagen den Tatort passierte. Der Unterliegungsbehörde liegt viel daran, alle diesenken Kraftfahrer oder Fußgänger und Geschäftsführer zu vernichten, die in der Nacht zum 30. September die Straße Leipzig-Niedersfeld oder Lützen-Niedersfeld passiert haben.

Von der Zwenkauer Konsumgenossenschaft

Am 28. September 1928 tagte die Vertreterversammlung des Konsumvereins zu Zwenkau. Sie war von 114 Vertretern besucht. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genoss Beyer, eröffnete und leitete die Versammlung. Eingangs gedachte er des am 2. Juli verstorbene Führers der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Heinrich Kaufmann. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des verdienten Führers von den Mäzen.

Den Geschäftsbericht über das 34. Geschäftsjahr erstellte Geschäftsführer Lehmann in ausführlicher Weise. In der Berichtszeit ist die Genossenschaft wieder ein gut sick vorwärtsgekommen. Der Umsatz erhöhte sich um 21 Prozent, von 1.300.800 auf 1.576.118 Mark. Bis auf eine Vertriebsstelle haben alle Läden Steigerungen aufzuweisen. Besonders gut entwidmet haben die beiden Spezialläden für Textil- und Schuhwaren. Die Bäckerei erreichte einen Umsatz von 807.330 Mark, das sind 23 Prozent mehr als im Vorjahr. Am 19. September bestand die Bäckerei 25 Jahre. Sie hat in dieser Zeit ununterbrochen preisbildend gewirkt und sich zu einem, für unseren Bezirk maßgebenden Betrieb entwickelt. Von besonderen Jubiläumsfeierlichkeiten will man jetzt absehen; sie sollen verbunden werden mit der Feier des 25-jährigen Bestehens der Genossenschaft im nächsten Jahrhundert, wo ein großes genossenschaftliches Volksfest für alle Mitglieder abgehalten wird. Der neue Produktionsbetrieb, die Fleischerei, kann in den wenig Monaten seit Aufnahme des Betriebes schon 91.230 Mark Umsatz nachweisen. Das ist gewiß ein Zeichen für die Entwicklungsfähigkeit dieses Betriebes. Der Erfolg der Monate Juli, August läßt für 1928/29 einen Umsatz von 300.000 Mark erhoffen. Die Mitgliederzahl stieg um rund 10 Prozent auf 3052. Zur Zeit hat die Genossenschaft 17 Vertriebsstellen. Die 13. bis 17. wurden in den Monaten Januar und Mai eröffnet und versprechen eine gute Entwicklung. Der Sparflaschenverkauf war sehr rege. Die Einsparungen erhöhten sich um 36.7 Prozent. Bei Verbreitung der Bilanz konnte der Referent auf den guten finanziellen Stand der Genossenschaft hinweisen. Von den geläufigen Waren eingängen summieren 33 Prozent von der Großmarktausgebaute deutscher Konsumvereine. In großzügiger Weise griff die Genossenschaft zur Förderung der Notlage weiter Mitgliedertreize ein. Bei Stress, Ausperrung, Krankheit und Arbeitslosigkeit wurde mehrere Wochen lang an die betroffenen Mitglieder pro Woche für 2 Mark unentgeltlich Lebensmittel verteilt. War das Berichtsjahr ein Jahr der Ausbreitung, so soll das laufende Jahr dem Aufbau gewidmet sein. Ein Teil der Grundfläche der Genossenschaft soll renoviert bzw. erweitert werden. Der Redner schloß seine Ansprüche mit einem Appell an alle Vertreter, auch fernherin zu helfen, die Genossenschaft vorwärts zu bringen.

Die Aussprache war sehr rege. Allen vorgebrachten Wünschen und Anregungen soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Anlaßend wurde die Bilanz einstimmig genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. In gleicher Weise erfolgt die Beschlusstafel über die Verteilung der Erträge. Sie wird auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates als Grundstock für eine zu bildende Sterbeunterstützung bestimmt. Die Sterbeunterstützung ordnungsläßig wird nach einigen geringfügigen Änderungen gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Bericht über die gesetzliche Revision, die am 8. und 9. August durch den Sekretär Böhm von dem Verband Sachsischer Konsumvereine vorgenommen wurde, kam zur Verlehung. Auch darin wird betont, daß die Finanzlage, so wie die Wirtschaftlichkeit und die Bewirtschaftung der Genossenschaft als gut zu bezeichnen sind. Am Schlus des 4 Stunden währenden Verhandlung dankte der Vorsitzende allen Vertretern für die in ihrer Wahlperiode geleistete Mitarbeit und gab gleichzeitig bekannt, daß die Neuwahl zur Vertreterversammlung innerhalb der nächsten 2 Monate stattfinden.

Bad Lausitz. Aus dem Stadtparlament. Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Stadtoberhaupt Hermann den erstmals an der Sitzung teilnehmenden neu gewählten Bürgermeister Ritsche und betonte, daß der verlorne Vertrauen der bürgerlichen Fraktion habe. Bürgermeister Ritsche ließ seinen Dank an die Stadtoberhaupten vom Blatt ab, aus demselben ist hervorgehoben, daß er vorsichtigt, sein Amt als Bürgermeister unparteiisch zum Wohle der Stadt zu führen. Die KPD-Fraktion erklärt durch Heinemann, daß sie Ritsche jedes Vertrauen abspreche. Gegen die beschlossenen Zustände zur Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von 125 Prozent hat der Stadtrat Einspruch bei der Gemeindelammer erhoben. Der Einspruch wird verlesen. Die Grundstücksanläufe von Fabrik, Fabrik und Hause sind vom Stadtrat getätigkt worden. Die Auflösungsurkunden werden bekanntgegeben. Den Hauptplatzläufen von Hennig und Heinze wird im Prinzip zugestimmt, doch soll über die Größe, je 800 Quadratmeter a. 2.300 Mark, erst nach Anlauf des Schneiderischen Grundstücks Beschlusstafel erfolgen. Das Kaufangebot des Galizischen Grundstücks, Roßlager Strasse, wird, weil keine Mittel vorhanden,

abgelehnt. Der Gaspreis für die Gemeinden Heinersdorf und Reichersdorf wird gegen die Stimmen der Linken auf 28 Pfennig pro Kubikmeter festgesetzt. Die Abgabe des Zentralverbands der Angestellten, einen Beschluss an den Reichstag zu richten wegen Einführung des 6-Uhr-Ladenstundes, wird von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Zum 5. Rathstag zum Ortsgeyz über die Anstellungs- und Rechtsverhältnisse der Beamten und Stellenanwärter der Stadtgemeinde Bad Lausitz beschließt die bürgerliche Mehrheit, die Straßeneigentümerschaft und eine Verwaltungsaufstelle ab 1. Oktober 1928 einzuziehen. Die Mittelbewilligung für die Reichsverkehrszählung wird einstimmig abgelehnt.

Lohnkampf in der Sägewarenbranche

Die Gesamtbetriebsräte und Funktionäre der Sägewarenbranche der Ortsgruppe Leipzig nahmen am 28. September in der großen Funktionärsversammlung zu dem Ergebnis der beim Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Lohnverhandlung Stellung.

Mit Entrüstung nahmen die Funktionäre als die berufenen Vertreter der Sägewarenarbeiterchaft von der mehr als knappen Lohnzulage Kenntnis. In Anbetracht der guten Gewerbsgeburten in der Industrie hätten die beschäftigten Sägewarenarbeiterinnen und Sägewarenarbeiter erwartet, daß die Herren Unternehmer auf Grund der andauernd fortstetenden Versteuerung der Lebenshaltung mehr Entgegenkommen zeigen würden. Dieses um so mehr, als immer versichert wurde, wenn sich die Firmen von dem Währungsverfall erholt hätten, würde man den berechtigten Forderungen der Sägewarenarbeiterchaft Rechnung tragen. Die Erfüllung dieser Versicherung ließen die Herren Unternehmer vermissen. Deshalb lehnen die Funktionäre die prozentige Zulage auf die ohnehin unzureichenden Löhne ab.

Die Funktionäre fordern jährlings eine Branchenversammlung für die Sägewarenbranche in Groß-Leipzig.

Die Funktionäre verpflichten sich, die Arbeiterschaft der Sägewarenbranche zur Versammlung zu bringen und die noch fernstehenden dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zuzuführen. Dies um so mehr, da sich die Lebenshaltung der Sägewarenarbeiterchaft nur durch eine gut organisierte Arbeiterschaft verbessern läßt.

Arbeitszeitüberschreitung im Friseurgewerbe

Vom Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haar-

gewerbes, Zweigverein Leipzig, erhalten wir folgende Aufzählung: In der letzten Zeit häufen sich die Klagen von Arbeitszeitüberschreitungen im Friseurgewerbe zu Leipzig. Wir haben gegen eine ganze Anzahl von Unternehmern schon Anzeige erstattet. Einen besonders krassen Fall von täglicher Arbeitszeitüberschreitung möchten wir nicht unterlassen, der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Es handelt sich um das Friseurgebäude von H. Haug, Gießerstraße. Dort ist es üblich, das Geschäft so lange offen zu halten, bis die Polizei eingreift. Herr Haug glaubt wahrscheinlich, unter der Maske der Arbeiterschönlichkeit — er plagt zum Beispiel bei Arbeiterveranstaltungen und hängt das Bild eines verstorbenen Arbeiters in seinem Geschäft an —, sein Personal desto mehr auszubauen können. Einen können wir allerdings nicht verstehen, daß trotz Anzeige eine Aenderung nicht eingeht. Unscheinend sind die vom Gericht verhängten Strafen so gering, daß sie nicht als Hemmung, sondern eher als Anreiz zur Weiterausbeutung auf die Geschäftsinhaber wirken.

Spiel, Sport, Körperpflege

Trotz Körperkultur und Katholizismus

Weite Kreise der katholischen Kirche stehen der modernen Körperkulturbewegung feindlich gegenüber; seit Jahrzehnten bekämpfen Pfarrer und Lehrkräfte, gestützt auf päpstliche Wünsche und bischöfliche Hirtenbriefe, die Körperkultur. Geistliches Mutterthum verkennt viefach in blinder Ablehnung den Bedeutungen des Leibes, übersieht völlig den günstigen Einfluß spiritueller Belebung auf die seelische Haltung des Menschen. Viele parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe zwischen Sozialdemokraten bzw. Arbeiterparteien einerseits und Vertretern des Katholizismus andererseits zeigen auch nach außen von der dogmatischen reaktionären Haltung der Kirche.

Die feiste Widerstand der die Körperkultur ablehnenden Geistlichkeit ist aber in den letzten Jahren wiederholt breite geschlagen worden. So ist die katholische Jugend-Turn-Organisation entstanden, und das Verhalten ausländischer Theologen (Geistliche haben als Wettkämpfer von sich reden gemacht) und anderes mehr dürfen als erste Zeichen einer allerdings noch fern liegenden Umstellung der gesamten Geistlichkeit der Leibesübungen gegenüber zu deuten sein. Ein neues Zeichen für die beginnende Einsicht in gewissen katholischen Kreisen ist die Herausgabe einer kleinen Schrift "Freiheit in der Liebe", die einen — ungenannten — katholischen Theologen zum Verfasser hat. Es wird darin nicht weniger als die Anerkennung der Kultuktur als eine auch in katholischen Sinne "sittliche" Lebensäußerung verlang

Amülliche Bekanntmachungen

Die Geschäftsräume der Verkehrsabteilung befinden sich ab Montag, den 8. Oktober 1928, in der König-Johann-Straße 19.

Infolge des Umlaufs sind die Geschäftsräume der Verkehrsabteilung am 5. und 6. Oktober für jeden Verkehr geschlossen.

Leipzig, den 30. September 1928.
Das Polizeipräsidium.

Der vom Polizeipräsidium Leipzig am 25. 2. 24 unter der Nummer 11211 auf den Namen

Friedrich Paul Gabig
ausgestellte Führerchein für Verkehrs-Maßl. Kl. 3b mit Nachtrag Kl. 2 ist abhanden gekommen.

Zur Verhütung von Missbrauch wird dieser Führerchein hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 1. Oktober 1928.
Das Polizeipräsidium.

Verkehrsabteilung.

Leihhaus-Bersteigerung.
Die nächste Bersteigerung beginnt am 3. Oktober 1928 mit Gold-, Silberlachsen, Juwelen und Tafelvitrinen aller Art.

Stellenangebote

Wir suchen für unsere Abtl. Kokillengießerei i. G. mehr. Stöchi.

Kokillengießer.

b. gut. Lohn. Led. werd. bevorzugt.
Angebote unter N. N. 5016 befördernd Rudolf Moosse. Nürnberg.

Grill's Schulmöbeln
2x die Woche gefüllt
Tauchaer Str. 42, III

Verkäufe

Auf Kredit
Damen-
Garderobe
mit kleiner Anspülz.
Scherbel

Markt 2
(Rathausseitl.)

Auch Teilzahlung
Schränke 65.- Betten
Küchen-Schlafkamm.
Schrank-Schränke,
Blau-Schmidel 7.
Geb. Lehr gute Nah-
maschine verkauft
Luitzschestr. 8.1, Hdg.

Puppenwagen
Teilzahlung. Gewand-
gläckchen, Puppenklin.

4. Tänzer, Tapezierer, Brühl 11

Achtung! Achtung!
Chaiselongues von 40 Mf. an

Cosa in Stoff von 125 Mf.,
Cosa in Plüsch v. 150 Mf. an

in eigener Werkstatt hergestellt.

Solide Arbeit. Leiste Garantie.
Auf Wunsch Zahlungsleichterung.
Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt.

4. Tänzer, Tapezierer, Brühl 11

Nähmaschinen

zu denbar günst. Zahlungsbedingungen

Köhler-Nähmaschinen GmbH.

Passage Specks Hof, Laden 41, Eingang

von der Nikolaistraße

Zwenkau Die Eintragsanträgen für das Volksschreiberamt liegen für die Stadt Zwenkau vom 3. bis 16. Oktober 1928 im Rathaus, Erdgeschoss, 31. 6. aus und zwar

vom 3. bis 9. Oktober 1928 von 8 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. mit Ausnahme der Mittagszeit von 1-2 Uhr, vom 10. bis 16. Oktober, von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends, mit Ausnahme der Mittagszeit von 1-2 Uhr, an den in diese Zeit fallenden Sonntagen an der gleichen Stelle von 9-12 Uhr mittags.

Die Stimmberechtigung erfolgt durch eigenhändige Eintragung in die ausgewählten Listen. Eintragungsberechtigt ist, wer an Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann. Zur Eintragung ist nur auszulassen: a) wer in die Stimmkartei eingetragen ist oder b) wer einen Eintragsauschein vorzeigen kann. Jeder Eintragungsberechtigte darf nur schließen, nicht etwa auch die Namen von Familienangehörigen oder anderen Personen in die Eintragslisten eintragen. Alle Sozialen der Eintragslisten sind vollständig und leserlich auszufüllen.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung der lädtischen Staatsanzeige vom 21. Sept. 1928 und §§ 76 ff. der Reichskimmlerordnung Besuch genommen.

Zwenkau, am 29. September 1928.
Der Stadtrat.

Obstbäume aller Art und Form sowie Beerensträucher und Rosen liefern zur Herbst- und Frühjahrszeitung bei billigen Preisen.

Hans Schmidt. Baumzuhause

Bielenhau Nr. 38, Oberfranken.

Gute Bewurzung, reelle Bedienung.

Preisliste auf Anfrage.

Kaufgesuche

Bandwürmer mit Kopf kauft stets

Paul Rähn, naturwissenschaftliches Institut

■ Gold, Silber, Brillant, Gebisse kauft Hans Dünkel

Promenadenstraße 25*

Diverses

Ihr Anzug wird „wie neu“ ge- reinigt u. gebügelt.

45.50,- Ubbol. u. Sut. frei. Volksguttagt. Reinigung „Udine“

L. Döllitz, Borsigstr. 5

Telephonist können Interessenten angenommen werden

Expedition der Leitzs. Volkszeitung.

Erkennen Sie die gewaltige Ersparnis?

Mk. 29.- kostet die Anfertigung eines modernen Mantels od. Anzuges mit sämtlichen Zutaten aus mitgebrachten Stoffen

Verarbeitung II 37.- Neueste Modelle und tadeloser Sitz!

Jakobstr. 6 Alten

Thüringen

Achtung! Achtung!

Chaiselongues von 40 Mf. an

Cosa in Stoff von 125 Mf.,

Cosa in Plüsch v. 150 Mf. an

in eigener Werkstatt hergestellt.

Solide Arbeit. Leiste Garantie.

Auf Wunsch Zahlungsleichterung.

Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt.

4. Tänzer, Tapezierer, Brühl 11

Nähmaschinen

zu denbar günst. Zahlungsbedingungen

Köhler-Nähmaschinen GmbH.

Passage Specks Hof, Laden 41, Eingang

von der Nikolaistraße

Der Klassenkampf

Marxistische Blätter

Eine neue Zeitschrift?

Jewohl! Eine neue Zeitschrift. Eine sozialistisch-marxistische Zeitschrift, die eine Lücke in der sozialistischen Literatur und Journalismus auffüllen soll.

Neben dem Innern der Arbeiterbewegung und von Sozialisten herausgegebenen theoretischen Zeitschriften soll „Der Klassenkampf“, unsere neue Zeitschrift, ein lebendiges Spiegelbild unseres gesamten heutigen Lebens geben, alle theoretischen, praktischen und taktischen Fragen, alle Geschichten und Vorfälle in Politik, Wirtschaft und Kultur vom sozialistisch-marxistischen Standpunkt durchleuchten und zur Klärung der Probleme, zur Weiterbildung und zur wirklichen Vertiefung des Wissens beitragen. „Der Klassenkampf“ wird zu allen inneren und außenpolitischen Ereignissen von Bedeutung Stellung nehmen im Sinne des Marxismus. „Der Klassenkampf“ wird sich jedoch nicht auf die geschichtliche Untersuchung beschränken, sondern er wird die politische Bedeutung der Ereignisse sowohl für den Einzelfall, als auch für bestimmte Gattete der politischen Bedeutung hervorheben.

Erscheint halbmonatlich in einem Umfang von 32 Seiten

Preis für 2 Heften monatlich 85 Pf.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei AG.

Abteilung Buchhandlung

Leipzig C1, Tauchaer Str. 19/21

VERPACKUNG UND HYGIENE



Auf dem Knetprozeß folgt die Verpackung, ohne daß bis dahin während des ganzen Fabrikationsvorganges eine Menschenhand mit der Margarine in Verbindung selbst erfolgt in den Rama-Werken auf automatischem Wege:

sinnreichen Konstruktionen vollziehen diese Wunderwerke moderner Technik das Formen, Schneiden, Wägen und Einschlagen der Margarine in das hygienische Doppelergament. So ist auch der Werdegang der Margarine VERA ein Bild peinlichster Sauberkeit, ein Muster neuzeitlicher Hygiene.

1tb
85P

Riesen-Auswahl

In geschmackv. garnierten Klappwagen von 18.- an Kinderwagen von 30.- an. Puppenwagen von 5.- an. Zustellung frei Haus. Puppenwagen werden bis Weihnachten unpeinlich aufbew. Bequeme Bezublung

Roßberg Rennstädter Steinweg 49

Leinenkunst und Spül-

Flüssigkeiten = Flüssigkeiten

Rutenkartoffeln Industrie

Rute 1.80 Mk.

gibt täglich ab

an der Leipzig-Zweinaundorfer Straße

Rittergut Zweinaundorf.

Ruten-Kartoffeln

Oberwälde blau

gibt täglich ab am Kugel

Rittergut Schönau.

Gummi-Klose

LEIPZIG-HAINSTR. 17-19.

Gummi-Strümpfe, Leib-
binden, Hüftgürtel, Brusthalter

in vollendeter Form bei größter Auswahl

Damengürtel und Binden

Separate Damenbedienung

Sie werden es nie bereuen!

[608] Nach dem Versuch von gewöhnlichem Kaffee hatte meine Frau früher immer Magenbeschwerden (nervöse Schmerzen). Seitdem sie aber nur Kaffee Hog trinkt, sind diese verschwunden. Als gräßiger Arbeiter muß auch ich konstatieren, daß ich seit ich Kaffee Hog getrunken, keine nervösen Erscheinungen mehr empfinde. Ich möchte daher allen denen, die eine Neigung zur Nervosität haben, empfehlen, Ihre Zulufth zum Kaffee Hog zu nehmen. Sie werden es nie bereuen!

[780] Ich bin herzlegend und habe vor etwa 10 Jahren das erste Mal Ihren coffeefreien Kaffee getrunken. Seitdem bin ich dem Kaffee Hog treu geblieben. Ich verfüge über einen ziemlich verwöhnten Gaumen. Ihr Kaffee Hog ist im wahrsten Sinne des Wortes ein vorzügliches Genussmittel und dabei noch meinen langjährigen Erfahrungen für Herz- und Nervenkrankheiten vollkommen unschädlich.

[780] Ich bin herzlegend und habe vor etwa 10 Jahren das erste Mal Ihren coffeefreien Kaffee getrunken. Seitdem bin ich dem Kaffee Hog treu geblieben. Ich verfüge über einen ziemlich verwöhnten Gaumen. Ihr Kaffee Hog ist im wahrsten Sinne des Wortes ein vorzügliches Genussmittel und dabei noch meinen langjährigen Erfahrungen für Herz- und Nervenkrankheiten vollkommen unschädlich.

[912] Ich trinke Kaffee Hog am Wohlgemach untermalte....

[912] Ich trinke Kaffee Hog am Wohlgemach untermalte....

[908] Keine nervösen

Erkrankungen mehr.

[309] Telle Ihnen mit, daß ich seit einiger Zeit nur noch Kaffee Hog benutze. Beim ersten Versuch war ich von der Wirkung sehr erstaunt, da er meiner ganzen Familie bekümmerlicher war als der übliche Bohnenkaffee und außerdem die Nerven beruhigte, sodass an manchen Abenden noch spät Kaffee Hog getrunken wird.

[309] Telle Ihnen mit, daß ich seit einiger Zeit nur noch Kaffee Hog benutze. Beim ersten Versuch war ich von der Wirkung sehr erstaunt, da er meiner ganzen Familie bekümmerlicher war als der übliche Bohnenkaffee und außerdem die Nerven beruhigte, sodass an manchen Abenden noch spät Kaffee Hog getrunken wird.

aus dem Archiv der Kaffee-Handels-Bruderschaft, Bremen

Eine notwendige Zwischenbilanz

Von Kurt Grohmann.

Als am 5. September die Mecklenburg-Strelitzsche Regierung in Verbindung mit dem Polizeipräsidenten Weiß und Kriminalkommissar Gennat die Öffentlichkeit wissen ließ, daß an der Mordschuld von Jakubowski seine Zweifel seien, hat die "Deutsche Liga für Menschenrechte" — wie wir sehen werden, mit Recht — auf das Unmögliches dieses sicherlich gut gemeinten Kommunikats hingewiesen. Sie hat die Offenlichkeit darauf hingewiesen, daß die Feststellung, Jakubowski sei der Mörder des kleinen Ewald Nogens gewesen, wenn auch unter Beihilfe des Fritz Nogens, ausschließlich auf Geständnisse der jetzt verhafteten Mitbeschuldigten beruhe, die unzweifelhaft ein Interesse daran haben, ihre Tat im mildernden Lichte erscheinen zu lassen. Die "Deutsche Liga für Menschenrechte" hatte sich dann am 10. September im Interesse der Klärung dieses Falles entschlossen, gegen den Oberstaatsanwalt Müller und den Landgerichtspräsidenten v. Buchla eine Anzeige wegen Verstücks des Amtsvergehens im Sinne des § 331 StGB richten.

In dieser Anzeige wurde geltend gemacht, daß durch das Kommunique der Neustrelitzschen Regierung vom 6. 9. 1928 der Verdacht nahe liege, daß die Entlassung von Fritz Nogens, Kreuzfeld und Blöcker im Mai d. J. durch den Oberstaatsanwalt Müller geeignet war, die Strafverfolgung zu verhindern.

Da die Entlassung aber nach einer Unterredung zwischen dem Landgerichtspräsidenten von Buchla, Oberstaatsanwalt Müller und dem früheren Minister Hustedt stattfand, so lag der Verdacht nahe, daß Herr von Buchla hierzu Beihilfe im Sinne des StGB geleistet habe. Die Oberstaatsanwaltschaft Neustrelitz hat es sich leicht gemacht, als sie in ihrer Antwort darauf hinwies, daß nach Ausschreibungen der Angeklagten, zumal diese als gewissenhafte und pflichttreue Beamte bekannt seien, die Beschuldigungen nicht auftreten können. Damit hat die Oberstaatsanwaltschaft ein Rezept für alle Angeklagten erfunden, dessen Befolgung allerdings katastrophale Folgen haben könnte. Die Staatsanwaltschaften könnten auf ein Minimum verringert werden, denn die Angeklagten, die auf Anfrage mitteilen, daß sie schuldig sind, werden — der Herr Staatsanwalt Dr. Bachmann verzeihe es uns — mit der Laterne zu suchen sein. Ein Wesentliches allein ist, daß der Staatsanwalt festgestellt hat, die in der Anzeige bezeichnete Unterredung habe stattgefunden.

Inzwischen ist die Voruntersuchung in dem neuen Verfahren Nogens und Genossen abgeschlossen worden. Die Hauptverhandlung dürfte im Januar erfolgen. Dem Beauftragten der "Liga für Menschenrechte", Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt hat man es allerdings aus sehr formaten Gründen verweigert, Akteninstanz in die Sache Nogens u. Gen. zu nehmen, und zwar, weil die von den Eltern eingerichtete Prozeßvollmacht noch nicht nachgeprüft werden konnte. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß diese Nachprüfung sehr leicht erfolgen könnte, einmal bei dem Verteidiger, Rechtsanwalt Koch, der so tapfer für die Unschuld Jakubowskis öffentlich eingetreten ist, und zweitens bei der "Liga für Menschenrechte", die die Vollmacht aus Dunajowka persönlich beschafft hat. Trotzdem hat man das Wiederaufnahmeverfahren seitens der "Liga für Menschenrechte" eingereicht. Dieses Wiederaufnahmeverfahren stützt sich im wesentlichen auf Momente, die bereits in der Offenlichkeit erörtert worden sind. Versuchen wir sie zusammenzufassen:

1. Jakubowski war nicht der Erzeuger des Kindes.
2. Jakubowski sprach nicht, wie das Gericht angenommen hat, gut deutsch, sondern nur gebrochen.
3. Die Zeitangaben zwischen Salinger und Neustrelitzer Zeit weichen ab.
4. Die Angaben des Zeugen Blöcker, daß er Ewald Nogens noch um 6 Uhr am Steine sahen hab, stimmen nicht.
5. Die Angaben von August Nogens sind unrichtig, da er ein Geständnis gemacht hat, daß er gelogen habe.
6. Der Belastungszeuge Hannes Nogens war geisteskrank. Nach einem Gutachten von Professor Schaffenburg ist seine Aussage der eines zweijährigen Kindes gleichzusehen.
7. Die angeblich gehörten Todeschreie rührten nicht von Ewald Nogens her.
8. Jakubowski ist im Gegenzak zur Annahme des Gerichts nicht in der Zeit von 7,30 bis 8,30 Uhr allein gewesen, sondern war in der Zeit bei Frau Mett.
9. Der Charakter von Jakubowski war ein anderer, wie ihn das Gericht anzunehmen beliebte.
10. Nach Angabe des Kriminalrats Gennat verfügte der Verurteilte über erhebliche Geldmittel, während nach dem Urteil die geringen Geldmittel ein Motiv zur Tat waren.
11. Das Geständnis von Fritz Nogens, der keine Mischuld zugab.

Ferner wird in dem Wiederaufnahmevertrag auf die Zeugenaussagen der Frau Nogens hingewiesen. Diese erhalten nach dem neusten Stande des Falles ganz besondere Bedeutung.

Einmal hat sie gesagt, daß sie dafür sorgen würde, daß Jakubowski nicht wieder hinausläme, denn ihm als Russen (seine Wirklichkeit war er Pole) würde man nicht soviel glauben wie ihr. Frau Nogens hat ferner gesagt, daß Jakubowski den kleinen Ewald Nogens, der ja nicht das Kind Jakubowskis war, nicht geliebt habe. Letzte Behauptung ist durch eine Anzahl von Zeugenaussagen widerlegt. Nach der neuesten Meldung hat jetzt die verwitwete Frau Nogens, jetzt Frau Röhler, die Beteiligung am Morde gestanden. Sie gestand, von den beabsichtigten Entmordung gewußt zu haben und ist verzweigt, um sie zu ermöglichen.

Unter diesen Gesichtspunkten sind ihre Zeugenaussagen ganz besonders zu werten. Sie hätte natürlich daran ein Interesse, daß Jakubowski niemals mehr herauskommen, weil sonst die Gefahr vorlag, daß ihre Mütterlichkeit aufgedeckt werden würde. Sie hat auch ferner daran ein Interesse, Jakubowski unter allen Umständen zu belästen. Logisch ergibt sich daraus, daß eine Täterschaft von Jakubowski ausgeschlossen ist, denn ohne Zweifel hätte Frau Nogens es nie riskiert, Jakubowski derartig zu belästen, wenn sie mit ihm unter einer Decke gestellt hätte. Jakubowski hat in den verschiedenen Stadien des Kampfes um seinen Kopf auf die Möglichkeit der Täterschaft von Blöcker und August Nogens, ja sogar des Hannes Nogens hingewiesen. An der Mischuld von Frau Nogens hat er wie seiner gedacht, denn sie ist in einer raffinierten Weise vorgegangen und einem solchen Nassfinsternis war der quittmütige, aber sicherlich unintelligenten Jakubowski nicht gewachsen.

Wir glauben, sagen zu dürfen, daß aus dem letzten Umstand sich die zwingende Notwendigkeit ergibt, daß nunmehr dem Wiederaufnahmeverfahren der Vorzug gegeben wird. Es ist auch die Hoffnung auszusprechen, daß der Rechtsausschuss des Reichstags die von der "Deutschen Liga für Menschenrechte" beantragte Verlängerung annimmt. Diese beweist, daß das Wiederaufnahmeverfahren nach dem Tode öffentlich stattfindet. Der Verstorbenen müßte durch einen Rechtsanwalt ersehen werden. Auf die Mängel des StPO, deren grundlegende Reformierung dringend notwendig ist, kann in dieser Verbindung nicht hingewiesen werden. Aber zur dringenden Würde der Behörden wird es in einem solchen Verfahren, das in immer steigendem Maße die Offenlichkeit interessiert, auch diese im Wiederaufnahmeverfahren zu gewährleisten. Es kann nicht angehen, daß nach den Grundfächern der alten StPO vorgegangen wird, wonach der Wiederaufnahmevertrag für einen Toten entweder abgewiesen wird oder Freisprechung erfolgt.

Neue Funde in Herkulamum. Die Grabungen, die jetzt auf der Stätte des alten Herkulamum in grohem Umfang durchgeführt werden, haben zur Freilegung eines umfangreichen Gebäudes geführt, das man das "Skelett-Haus" genannt hat. Das erste Stockwerk des Hauses, das bis zu einer Höhe von 16 Fuß ausgegraben ist, enthält einen wunderbaren Tempel, der mit Studi und kleinen Säulen verziert ist. Der Boden der Grabungen, Professor Mainzer, berichtet zuletzt über den Fund mehrerer vorzüglicher Kunstwerke, darunter einer herrlichen Bronzestatue des Merkur, und einer Venusstatue in weißem Marmor sowie vieler Werkzeuge aus Bronze und Terrakotta.

Der Prozeß Bergmann

Der "kindische" Staatsanwalt

SPD Berlin, 1. Oktober.

Im Berliner Vertragsprozeß Bergmann wurden am Montag noch einmal die Beziehungen des Berliner Staatsanwalts Jolener, der in diesem Prozeß auch als Verteidiger fungiert, zu Staatsanwaltschaftsrat Jacoby eingehend besprochen. Jolener wiederholte eine Sicht vor ihm gemacht, der Zeugung, daß Staatsanwaltschaftsrat Jacoby über Börsengeschäfte geradezu kindliche Absichten gehabt habe. Jolener will Jacoby wiederholte darauf aufmerksam gemacht haben, daß Jacobs Stellung Bergmann gegenüber vom disziplinarischen Standpunkt aus bedenklich sei. Bedenken, daß das Bergmannsche Unternehmen zusammenbrechen könnte, habe er. Jolener, nicht gehabt und auch Jacoby gegüber nie zum Ausdruck gebracht.

Es kommt dann die Frage der Sanierung des Bergmannschen Unternehmens zur Sprache. Jolener erklärt, er habe Bergmann im Herbst 1927 darauf hingewiesen, daß er doch nur einer Pleite mit Schreiber entgegenstehe. Bergmann habe diese Auffassung abgelehnt und behauptet, daß sein Unternehmen vollkommen liquide sei. Der gerichtliche Sachverständige Brand stellt fest, daß schon im Juli 1927 die Gläubiger eine Forderung von 2 Millionen Mark an das Bergmannsche Unternehmen hatten. Diese Angabe des Sachverständigen wird von Bergmann lebhaft bestritten. Er erklärt, daß u. a. sein Möbel Lager einen viel höheren Wert gehabt habe, als der Sachverständige es seinen Berechnungen zugrunde legt hätte. Die Abteilungsleiterin der Möbelabteilung habe ihm Bergmann, wiederholte erklärt, daß allein in seiner Möbelabteilung monatlich 25.000 Mark verdient worden seien.

Ein äußerst bezeichnendes Licht auf die Geschäftsmethoden

Bergmanns wirkt die Vernichtung des Angeklagten Salinger. Salinger hatte die Aufgabe, in Cafés und bei gelegentlichen Bekannten die für die Lombardscheine benötigten Unterschriften zu befragen. Für jede Unterschrift zahlte er 1,50 Mark. Ob seine Bekannten mit dem richtigen oder mit einem falschen Namen unterschrieben, war dabei ganz gleichgültig. Salinger selbst unterschrieb zahlreiche Lombardscheine und die dazugehörigen Wechsel teils mit seinem richtigen Namen Salinger, teils aber auch mit Gräfin. Die Anlage wirkt ihm deshalb Urkundenfälschung und Beihilfe zum Betrug vor. Die weiteren Aussagen Salingers ergeben, daß er die einzelnen Unterschriften für wirtschaftlich unwichtig hält, zumal Bergmann ihm gegenüber geäußert hätte, die Wechsel blieben bis zur Fälligkeit im Tresor liegen.

Der Angeklagte Bergmann erklärt, er habe Salinger eines Tages, nachdem er lange Zeit mit ihm nichts zu tun gehabt habe, auf der Straße getroffen. Salinger habe ihm um eine Mark angebotet. Er habe Salinger daraufhin mit in sein Bureau genommen, um ihn wieder wie früher bei sich arbeiten zu lassen.

Vorwährender: Sie sagten ihm also: „Anstatt daß ich Ihnen ein paar Mark bringe, unterschreiben Sie lieber ein paar Wechsel für mich.“ (Große Heiterkeit.)

Das Gericht erörtert dann u. a. noch die von Bergmann für den 30. Juni 1928 aufgestellte Bilanz, die mit einem Verlust von etwa 142.000 Mark abschloß. Auf den Hinweis, daß er diese Bilanz unterschrieben habe und dabei den Verlust hätte sehen müssen, antwortet Bergmann, daß er damals unterschrieben habe, ohne zu prüfen. Er habe es eilig gehabt, sei gedrängt worden und habe sich schließlich gesagt, daß es ja nicht sein Totenschein sein werde. Die Frage des Vorwährenden, ob er auch einen Schein unterschrieben hätte, monach er der größte Schwund sei, bejaht Bergmann unter allgemeiner Heiterkeit.

Wie es gemacht wird

Aus der Praxis eines Hauswirts

Das Haus Cranachstraße Nr. 8 gehört einer Frau Haubold. Der Vermieter dieses Hauses ist ihr Ehemann J. Haubold. In diesem Hause wurde am 1. November 1927 eine Hausmannswohnung frei. Herr Haubold suchte also einen Mieter und wollte Wohnung frei. Herr Haubold kostete soviel wie möglich, soviel wie möglich herabsetzen. Er fand er einen herzlichen Ausweg. Er ließ in diese Wohnung als Hauptmieter ein wohnungsberechtigtes Ehepaar ziehen. Dieses Ehepaar bekam aber nicht die ganze Wohnung, sondern nur Küche und eine Stube. Dafür verlangte er nur 7 Mark, das ist die Mietzinsteuer. Für den Rest der Miete sollte die Frau bei der Hauswirtin die Aufsicht befreien. Nun hatte Herr Haubold noch zwei Zimmer der Wohnung übrig. Für diese beiden Zimmer suchte nun er ebenfalls einen Mieter, der den Hausmannsposten mit übernehmen und außerdem in diese 2 Zimmer Gas, Elektrizität und Wasserleitung auf Kosten des Mieters legen mußte. Für diese zwei Zimmer verlangte er monatlich 40 Mark Miete. Im Bericht wurde festgelegt, daß, wenn der Mieter auszieht, die Neuansagen Eigenum des Hauswirts werden. Nach 3 Monaten zog der Mieter aus. Er nahm einen neuen herein und dieser mußte, da wahrscheinlich durch die Anlage von Wasser, Elektrizität und Gas der Wert der Zimmer gestiegen war, was dem Hauswirt nichts gelegen habe, 45 Mark Miete zahlen. Er hatte also jetzt aus der Wohnung, wenn wir den Wert der Aufsicht mit nur 30 Mark monatlich rechnen, eine Einnahme von 984 Mark jährlich, gegenüber 724 Mark früherer Miete. Durch diese Praktiken hatte er also einen Gewinn von 724 Mark jährlich. Dieser Mieter wuchs dann heraus und er bekam drei Strafanzeiche über zusammen 70 Mark. Dagegen hatte er gegen die Miete eine Entschädigung beantragt.

Vor dem Amtsgericht spielte Haubold die gekränkten Unschuld. Er behauptete, er hätte mit den Hauptmietern Sch. dieser Wohnung vereinbart, daß sie nur zwei Räume bekommen, die anderen zwei Sch. zur Unter Vermietung überlassen. Sch. braucht nur 7 Mark Mietzinsteuer zu zahlen und für den Rest der Miete leiste Frau Sch. Aufsichtsdienst. Außerdem bekommt Frau Sch. die Kosten und ab und zu Geschenke. Die anderen zwei Zimmer gingen das Wohnungsamt nichts an, da das doch ein reines Untermieterverhältnis sei. 45 Mark für zwei Zimmer wäre auch nicht zu hoch, zumal er sich beim Wohnungsmarkt erkundigt habe, wieviel er dafür verlangen könnte. Inspektor Marx vom Wohnungsamt habe ihm gesagt, der örtliche Preis für ein leeres Zimmer sei mit 40 Mark nicht zu hoch geschätzt. Aus purem Mitleid habe er dem Ehepaar Sch. die Miete erlassen.

Wollen wir dieses Mietverhältnis mal unter die Lupe nehmen.

Frau Sch. als Hauptmieterin müßte für die ganze Wohnung monatlich 22 Mark Miete zahlen. Sie bekommt also, da sie nur 7 Mark zahlt, 15 Mark erlassen. Wenn die Sch. nun die anderen zwei Zimmer selbst als Untermiete vermietet, könnte sie monatlich 45 Mark einkassieren. Von diesen 45 Mark den Rest der Gesamtmiete, 15 Mark, ab, bleiben 30 Mark Neingewinn. Dieses Geld bekommt aber nicht sie, sondern der Hauswirt. Also bekommt der Hauswirt erstens monatlich 30 Mark mehr Miete aus dieser Wohnung und außerdem verrichtet Frau Sch. vollständig für umsonst die Hausarbeit bei Haubolds, da sie angeblich die Miete abarbeitet. Schönes Missfeld!

Die ganze Sache, meinte der Staatsanwalt, sei ein Aufbau nach außen. Was da gemacht worden ist, sei ohne Wissen des Wohnungsmarktes geschehen. Dem Wohnungsmarkt sei hier, durch die Geschichte mit den Hauptmietern etwas vorgemacht worden. Er verzögerte deswegen die Bestrafung des Haubold.

Der Rechtsanwalt des Sch. war aber anderer Meinung und behauptete, Sch. wäre vollkommen in seinem Rechte. Gerade dieses Haus bringt jedes Jahr einen nennenswerten Verlust. Sicherlich müßte Sch. große Summen in das Haus stecken. Sch. Haubold Mietzinsteuer treibe, sei vollständig ausgeschlossen. Man sehe doch, in welch ondauernder Weise Sch. gegenüber den Sch. gehandelt habe. Keinen

wenig Miete verlangt er von ihnen. Nur die 7 Mark Mietzinsteuer. Man könne also demnach Haubold nicht verurteilen.

Der Einzelrichter dachte über diesen Punkt aber wesentlich anders. Er verurteilte Haubold wegen Raumwucher in zwei Fällen zu je 30 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Um diesen Fall sieht man, was für Praktiken Hauswirte anwenden, um die bestehende Zwangswirtschaft zu umgehen. Für einen Gewinn von jährlich 724 Mark kann man mit Leichtigkeit 60 Mark Strafe zahlen. Die bestehende Wohnung wird in gewinnstärker Absicht ausgenutzt. Es müßte ganz energisch zu greifen werden.

Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 3. Oktober.

15,00 Uhr: Für die Jugend. Das Schweinchen und andere Tiergeschichten von Felix Timmermann. Erzählt von Claude Allen. 16,30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunkorchester: Wilhelm Rettich. 17,15 Uhr: Arbeitsnachweis. 18,00 Uhr: Arbeitsmarktbüro des Landesarbeitsamts Sachsen. 18,20 Uhr: Wettervorhersage, Zeitangabe und Funkwerbenachrichten. 18,30-18,45 Uhr: Sektor Claude Grandier, Gertrud von Eyseren: Französisch für Fortgeschritten. (Deutsche Welle, Berlin.) 19,00 Uhr: Paul Weltheim, Berlin: "Was neue Kunst?" Dozent. 19,45 Uhr: Vortrag: "Die neuen Kunstrichtungen und was sie bedeuten". 19,50 Uhr: Prof. Dr. Fritz Rappahn, Dresden: "Von einer Irlandreise". Ill.: "Vom irischen Volk der Gegenwart". 20,00 Uhr: Das Volkslied der Auslanddeutschen. Mitwirkende: Maria Viecht (Sopran), Robert Bröll (Tenor), Paul Geissdorf (Klavier), Kurt Arnold Hindessen (Einleitung und Erläuterungen). 21,15 Uhr: Sondespield: "Somum". Ein Alt von August Strindberg. Spielleitung: Hans Peter Schmidel. Personen: Bischof, arabisches Mädchen, Eine Carlens, Poussin, ihr Geliebter, Peter Stanck, Guimard, Lieutenant bei den Juaven, Hans Jelle Gött. Musikalische Leitung: Wilhelm Rettich. Das Leipziger Rundfunkorchester. 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,15 Uhr: Nachtmusik. Leipziger Rundfunkorchester: Wilh. Rettich.

... der Duft frischgemahlenen Kathreinerkörner — ist allein schon ein Genuss!

Wird dann der Kathreiner richtig*) zubereitet, so entwickelt sich aus diesem Duft,



aus diesem Aroma.

der Kathreinergeschmack, jener gewisse „feine Kaffeegeschmack“, der so sehr beliebt ist.

*) Nach der Vorschrift, die auf jedem Paket abgedruckt ist.

Die Schwelgrube Alwine stillgelegt

Halle, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das Oberbergamt hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, da die getroffenen Einrichtungen zur Verbilligung der Aufgabe sich als ungerechtfertigt erwiesen, die sofortige Betriebsstillsetzung der Schwelerei anzuordnen. Diese Stilllegung ist auf das Eingreifen des preußischen Handelsministers Schreiber zurückzuführen, der gestern in Halle anordnete, daß gegen die beiden Direktoren und sämtliche Befürworterinnen Schwelerei selbst werden würden. Weilige Beziehungen gegen die Vollumfassungen des preußischen Bergaufsichtsbeamten, da die in der Grube Alwine verarbeiteten Braunkohlen hoher Schwefel enthalten, daß die Kohle zur Verbilligung ungeeignet ist.

Astronomisches im Oktober

Seit der Tag- und Nachgleiche hat sich die Sonne in ihrer scheinbaren Bewegung schon um 3 Grad vom Äquator entfernt, und von Tag zu Tag wird im Oktober ihr Tagebogen fürchter, ihre Mittagshöhe geringer. Die wichtigsten Zeitangaben für den scheinbaren Sonnenlauf im Oktober sind, berechnet für die geographische Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland, folgende: Sonnenaufgang am 1. Oktober 6.07 Uhr, am 15. Oktober 6.32 Uhr, am 31. Oktober 7.01 Uhr. Sonnenuntergang am 1. Oktober 17.43 Uhr, am 15. Oktober 17.11 Uhr, am 31. Oktober 16.37 Uhr. Mittagshöhe der Sonne am 1. Oktober 31 $\frac{1}{2}$ Grad, am 31. Oktober 23 $\frac{1}{2}$ Grad, entsprechend einer südlichen Abweichung von 13 $\frac{1}{2}$ Grad. Die Hauptphasen des Mondes beginnen am 6. Oktober mit dem leichten Viertel. Am 13. ist Neumond; am 21. steht unser Trabant im ersten Viertel und zeigt uns am 28. seine voll beleuchtete Scheibe. Er steht am 1. und am 30. des Monats in Erdnähe, am 17. Oktober in Erdferne.

Von den Planeten bleibt Merkur im Oktober wegen seiner großen Sonnenähnlichkeit unsichtbar. Er ist am 1. des Monats in Konjunktion mit Venus. Kann aber wegen seines tiefen Standes in der hellen Dämmerung auch bei dieser Gelegenheit mit bloßem Auge nicht wahrgenommen werden. Der sonnennahe Planet ist zunächst rechtsläufig in der Woge, wird am 12. stationär und steht dann der Sonne rasch entgegen, mit der er am 24. in untere Konjunktion kommt. Auch Venus ist rechtsläufig in der Woge, gelangt um die Monatsmitte in den Skorpion und steht Ende Oktober nördlich von dem Hauptstern dieses Tierkreisbildes, dem röthlichen Antares, der aber dann schon unsichtbar geworden ist. Wegen ihres niedrigen Standes ist Venus auch im Oktober nur erst kurze Zeit nach Sonnenuntergang als Abendstern sichtbar; eine Stunde später verschwindet sie selbst tief am Südwesthorizont und erst in zwei Monaten, nachdem sie den südlichsten Teil des Tierkreises durchlaufen haben wird, nimmt die Dauer ihrer Sichtbarkeit am Abend zu. Günstig dagegen wird jetzt die Gelegenheit zur Beobachtung des Mars. Er ist rechtsläufig in den Zwillingen und erreicht Ende Oktober den nördlichsten Teil des Tierkreises, so dass der jetzt schon auffallend röthliche Planet in den späteren Nachstunden hoch am Himmel steht. Er geht Anfang Oktober um 9.00 Uhr, zu Ende des Monats um 8.00 Uhr auf und ist in fortwährender Annäherung an die Erde begriffen, von der ihn freilich auch am Monatschluss noch ein Abstand von 110 Millionen Kilometern trennt. Sein scheinbarer Durchmesser wird bis dahin auf 12 Sekunden 6 Tertien angewachsen sein. Recht günstig steht der Jupiter, der gegenwärtig rechtsläufig im Widder ist und am 20. Oktober in Opposition zur Sonne gelangt. Er erreicht dann um Mitternacht seinen höchsten Stand am Himmel, geht bei Sonnenuntergang im Oktordosten auf und erst bei Sonnenaufgang unter. Bei seiner Opposition, zugleich seiner größten Annäherung an die Erde, beträgt sein scheinbarer Durchmesser 46 Sekunden 8 Tertien. Zur Beobachtung der von Tag zu Tag wechselnden Stellung seiner vier hellen Monde genügt schon ein ganz schwaches Fernrohr. Saturn steht wie seit langem in tiefer Stellung im Skorpion und geht Anfang Oktober um 20.30 Uhr, Ende des Monats um 18.45 Uhr unter. Uranus, der gegenwärtig rechtsläufig in den Fischen wenig östlich vom Frühlingspunkt ist, kann die ganze Nacht hindurch bis gegen 3.00 Uhr früh im Fernrohr beobachtet werden; Neptun, der fernste der Planeten, der noch auf Jahre hinaus in Bild des Löwen verweilen wird, geht gegen 2 Uhr auf, ist aber ein Objekt nur für starke Instrumente.

Der frühe Eintritt der Dunkelheit lässt uns am Abend auf der westlichen Hälfte des Himmels noch fast alle Sternbilder wiederfinden, die wir im September dort haben beobachten können. Im Westen und Nordwesten sind der Bootes mit dem röthlichen gelben Alkurus, die Nördliche Krone mit der hellen Gemma und die Schlange noch einige Zeit sichtbar; an sie schließen sich ostwärts der Herkules und der Schlangenträger an. Nördlich davon steht im Westen die als Sternbild ziemlich unscheinbare Leier, die aber durch ihren weißen Hauptstern Vega ihre Bedeutung erhält. Kurz nach Sonnenuntergang steht Vega noch fast im Zenit und fällt als hellster Stern des nördlichen Himmels sofort in die Augen. Dicht über der Leier, inmitten der Milchstraße, breitet sich der Schwan mit Deneb aus, er bildet ein großes Kreuz und ist damit ein Gegenstück zu dem berühmten Kreuz des Südens, das aber in Europa unsichtbar und erst in der Breite von Afrika sichtbar ist. In dem Gebiet südlich der Leier steht der Adler mit Ulair noch ziemlich hoch am Himmel und bleibt als letztes der sommerlichen Sternbilder bis zum Beginn des Winters am Westhimmel sichtbar. Gleich östlich vom Adler findet man leicht die

kleine, aber charakteristische Figur des Delphins und weit besser als während der Sommermonate mit ihrem nie ganz dunklen Himmel eine zweite kleine Figur: das Füllchen.

In der Gegend des Himmelspoles weilen jetzt der Kleine Bär, dessen Hauptstern der Polarstern ist, dann Cepheus, Drache, rechts oben die Cassiopeia und am Westhorizont der Große Bär. Das Gebiet südlich der einem großen Vierest des Pegasus eingeschlossenen ist, an dem sich der Andromeda anschließt. Südlich von Cassiopeia steht Perseus mit dem lichtveränderlichen Algol, und auch der Fuhrmann mit der hellen Kapella steigt hier im Nordosten jetzt wieder höher empor. Es ist die Himmelsektion, die sich zu Beginn des Winters über die nächtliche Erde spannt, und deren Konstellationen man deshalb als Wintersternbilder bezeichnet. Ihre Vorboten bilden gewissermaßen die Plejaden, die kleinen Sternwölfe im Bilde des Stiers, in der das bloße Auge sieben Sterne erkennen, deren hellster Altione heißt. Schön bei schwacher Vergrößerung erscheint man hier jedoch ein unentwirrbares Gewimmel von Gestirnen. Weiter nordöstlich folgt den Plejaden die Hauptgruppe des Stiers, die der Haden mit dem auffallenden röthlichen Aldebaran, einem Stern erster Größe. Südlich vom Stier, aber erst weit später, gegen Mitternacht, kommt auch schon der Orion, der Mittelpunkt der winterlichen Hemisphäre und das Glanzstück des gesamten Sternenhimmels, so hoch über den Horizont, dass man diese ganze aus-

losen und Wassermann steht und nur mit seinem nördlichsten Teil bei uns noch sichtbar ist. Komalhau ist unter den Sternen erster GröÙe der südlichste, der in unseren Breiten noch über den Horizont tritt; schon in Kopenhagen und Memel bleibt er unterhalb des Gesichtskreises.

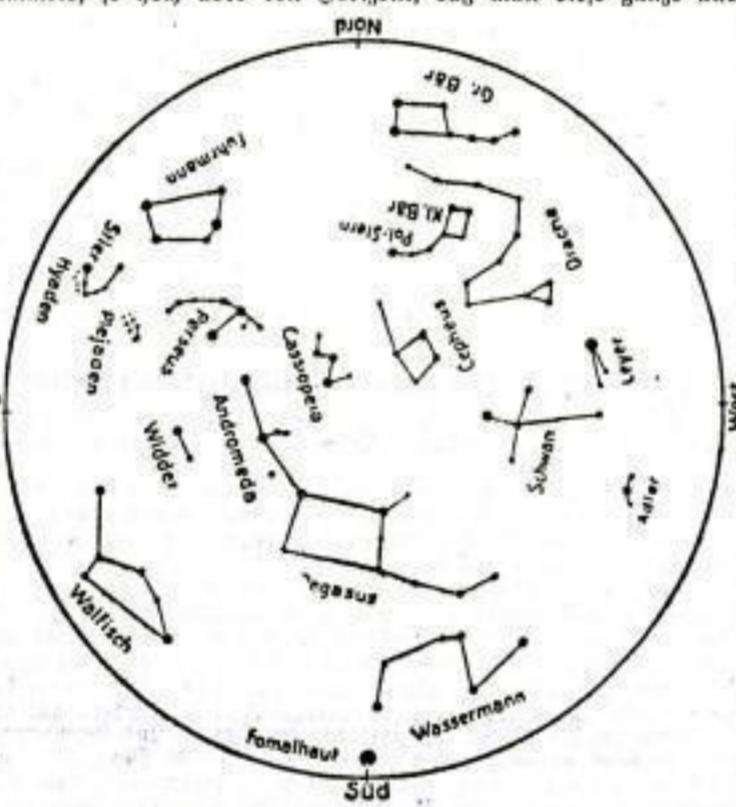
Ein Fabrikant wirft sein Geld fort

Das heißt, er hat nicht alles fortgeworfen. Aber doch wieder genug, um zu beweisen, dass es den alten echten Bürgerninn, der sich mitzuilen und wohlzutun nicht vergibt, noch gibt. Und man sollte ihm ein Denkmal setzen, dass die Erinnerung fortlebt an einen Freund der Armen und Bedrängten, der in seinem Reichum auch an die denkt, die da hungern. Um es kurz zu erzählen. In Augsburg hat ein Fabrikant vor einigen Tagen vom Fenster seines Hotels aus Geld, über das er nach den herzhaften Gelehrten zu verfügen hatte und das somit "sein" Geld war, unter die Vorübergehenden geworfen. Ein Reporter hat oder erfuhr den Vorfall, und weil es nicht alle Tage vorkommt, dass jemand sein Geld fortwirft, ist die Geschichte auch in die Berliner Blätter gekommen und von da in die Provinzprese. Und nun klingt das Lied vom braven Mann durch alle Winde. Wenngleich niemand genau weiß, wieviel Geld dieser seltsame Wohlthäter unter die Armen warf. Immerhin 50 oder 100 Mark können es gewesen sein. Möglicherweise dieser sonderbare Menschenfreund sogar 200 Mark dataneigte, um als ein wieder erstandener Hatur al Raschid in die Legendenpalte der Tagespresse einzutragen.

Ganz selten kommt einer auf den Gedanken, sich ein Vergnügen dadurch zu schaffen, dass er Geld, richtiges Geld, unter die Menschen wirft. Und dabei ist dies Vergnügen gar nicht mal so tollspielig. Denn für einen, der je jeden Tag seine 3-100 Mark Spesen machen kann, macht es gar nichts aus, wenn er mal einen gutgewechselten Hundertmarkstein unter die Armen wirft. Die müssen das Geld dann aus dem Dreck herauskrabben und dabei den Hintern so hoch strecken, wie ihn die Arbeiter im eigenen Betriebe mangels notwendiger Ertüchtigung wohl nie strecken würden. Überhaupt diese Arbeiter im eigenen Betriebe. Mit ihnen zahlt man sich natürlich um Pfennige. Und sieht sie auf die Straße, wenn sie unverschont werden.

Wohin würde man aber auch kommen, wenn man ihren Wünschen nachgäbe und sie besser entlohnen würde? Tausende würde das in einem Monat kosten und wird einem nicht mal gedacht. So ein kleiner Abenteuer jedoch, bei dem man das Geld aus dem Fenster schleift und sich dabei zanken, kostet möglicherweise einen Hundert und die ganze Presse feiert einen als Wohlthäter der Menschheit. Obendrauf hat man noch das Vergnügen, dass man sein Geld selbst ausgibt, während man die Löhne im Betrieb natürlich nur durch den Kassierer auszahlen lassen kann, weil es einfach nicht zu ertragen ist, den Menschen, die tagaus, tagaus ihre Knochen zur Fabrik schleppen, um die Arbeit zu tun, deren Früchte ein anderer ernnt, ins Gesicht zu sehen, wenn sie mit ihrem letzten Wochenlohn abziehen. Und ihnen mehr zieht? Wozu sollte man denn dann noch noch Fabrikant sein? und außerdem, wenn man den Arbeitern das aufzumachen lassen wollte, was ihnen zusteht. Über vielleicht gäbe es dann auch niemanden, der sich danach büdte, und keinen, der es als Ruhmesstat in die Zeitung setzte. Und das wäre doch schrecklich, nicht wahr, Herr Geldverschender?

Egri.



Der Sternhimmel im Oktober.

Anfang des Monats abends 11 Uhr; Mitte des Monats abends 10 Uhr; Ende des Monats abends 9 Uhr. Die Karte ist entnommen der Urania, Wissenschaft für Naturwissenschaft und Gesellschaftslehre, Jena. Über dem Kopf gehalten, Norden nach Norden, zeigt sie den Sternenhimmel zu den abgebildeten Zeiten.)

gedehnte Konfiguration mit allen ihren hellen Objekten schon überblitzen kann. Die kommenden Monate werden noch Gelegenheit geben, uns eingehender mit dem Orion zu beschäftigen.

Das Himmelsgebiet südlich vom Äquator zeigt uns in diesen Herbstwochen die aufsteigenden Bilder des Tierkreises. Steinbock, Wassermann und Fische führen aus niedrigen Himmelsbreiten bis zum Äquator empor, und der Widder leitet nach Nordosten zum Stier hin. Ganz tief am Südhorizont findet man im Oktober zwischen 21 und 22 Uhr noch einen hellen Stern erster Größe. Man trifft auf ihn, wenn man die beiden westlichen Sterne des Pegasus-Vierecks in der Richtung von Norden nach Süden durch das ganze Gebiet des Wassermanns hindurch bis hält an den Südhorizont verlängert. Es ist Komalhau im Bild der südlichen Fische, ein Sternbild, das südlich von Stein-

himmlerlich sitzt, zuverlässig und erforsreich mit Palenol-Schuh-Puder. Unangenehmer Geruch verschwindet sofort. Der Körper wird erfrischt und belebt. Einmal durchgeführt, und der Palenol-Schuh-Puder ist der Freund des Hauses.

Moderne Fußpflege

Der Winter „Blitz“ Fahrplan mit dem neuengesetzten 2-Klassen-Schienennetz erscheint Anfang Oktober im Verlage von M. & A. Josser, Dresden, und liegt in allen einschlägigen Geschäften und Bahnhofsbuchhandlungen aus. Der Blitz enthält auch die sächsischen Kraftwagenlinien und den böhmischen Grenzverkehr.

Soldat Suuren

661 Roman von Georg von der Brücke

Uebersetzung von 3. v. Spaeth, Berlin

Nichts gesprochen und nichts gefügt? — Aber es liegt wohl doch etwas vor, er will es nur nicht wahr haben, weil sie nicht schreibt. Vielleicht aber ist auch etwas Dummes geschehen, in Briefen gibt es leicht Missverständnisse, und wenn solche Missverständnisse erst tagelang herumtreiben, werden sie nicht kleiner davon.

So ist zum Beispiel in Lisas letztem Brief auch etwas, was mir nicht ganz gefällt. Es steht da: Wir wollen morgen eine Segelpartie machen auf der Wefer.

Was mir nicht gefällt, ist, dass ich nicht weiß, wer mitfährt. Es muss doch auch ein Mann dabei sein — und wer ist dieser, der die Kunst genießt, mit ihr im Boot zu fahren? Ich weiß, dass ich nur ein wenig eiferhaftig bin und finde es albern von mir. Mir scheint aber, dass ich es nicht ändern kann, denn da ist ganz deutlich zu lesen: Wir wollen morgen eine Segelpartie machen. — Dazu wird sie dann wohl ein helles Kleid tragen, etwa blau oder rot, gestreift oder mit Bändern. Ich — aber bin nicht dabei.

Ich sehe sie jetzt in einem hellblauen Kleide und ohne Hut einen Handlungssteg hinuntergehen, an dessen Ende sich ihr eine Männerhand entgegenstreckt. Sie ist widerlich hellbehaarig, diese Hand, und Lisa ergreift sie; lächelnd springt sie ins Boot, dessen großes Segel fällt auf diese Seite herüberwirkt. Der Mann? Was für ein Zuschausen hat der Mann? — Er hat das starke Gebiß eines Rüsselknabbers und entblößt seine weißen Zähne! ...

In diesem Augenblick schlägt ein Sausen an mein Ohr, ertönt ein scharfer Knall, und umwirbelt mich Kallstaub, so dass ich eine Sekunde meine Kameraden nicht sehen kann. Ich weiß nicht, was geschehen ist, obwohl viele Soldaten aufgesprungen sind und laute Worte austreiben. Danach aber erblicke ich Albering, der Schaf über den Misthaufen hinüberläuft.

„Was war das?“ frage ich.

„Geschossen hat einer!“ schreit jemand.

„Wer ist der Dümpe?“

„Dort in die Wand ist's gehauen — Herrgott!“

Ich drehe mich um und erblicke das Loch in der Stallwand.

Ganz nahe an meinem Ohr ist der Schuh vorbeigegangen, und nun kann ich mir erklären, weshalb es darin summt und brummt.

Da alle aufgestanden sind, springe auch ich auf. Es gibt einen Tumult; der Lieutenant kommt gerannt und schreit: „Wer war es? — Wer hat geschossen? — Melden!!“

Er blieb in die Runde. Man weiß auf die Gruppe jenseits vom Misthaufen. „Lauf vorzeigen“, befahl Brause.

Jetzt kommt es heraus, denn beim vierten Gewehr, das er untersucht, nicht er- und befiehlt dem Unteroffizier vom Dienst:

„Führen Sie den Mann ab.“

Der Lieutenant läuft entzückt und eilt davon. Der kleine Soldat, der dort dem Unteroffizier sehr widerwillig folgt, war der Schafträger. Er läuft seinen mächtig dicken Kopf hängen, sowie eine Hand, mit der er beim Reinigen in den Abzugbügel geworfen ist. Diese Hand baumelt ihm schwer und schlaff gegen die Hose, und das rautenförmige Faltenmuster in seinem roten Raden, dessen wegen er von seiner Gruppe Karo-König genannt wird, hat sich ganz aus der Halsbinde herausgezogen. Da zieht er hin, Karo-König, und ein Schwanz von Fliegen folgt ihm noch wie ein großer Kamel!

„Kloß von einem Rekruten! Nicht mal entladen kann er vom Reinigen!“

„Aber auf Kameraden losbrennen, der Dickkopf!“

„Haut ihm den Schädel voll, dem Karo-König!“

Es ist alles gut gegangen, denkt ich und sehe mich wieder auf meine Briefe. Es kommt mir gar nicht in den Sinn, dass Karo-König mich hätte treffen können, ich muss sogar lächeln über den Klammer gegen die Lehmmauer, drehe mich abermals um, das Schuhloch zu betrachten, und stecke den Finger hinein. Schließlich legt ich mein Auge daran, um zu sehen, wozu sich die kleine Biene verkraxt hat und erkenne drinnen im Stall den Kürbis eines Pferdevelopses.

Albering, dem ich es mitteile, nickt zerstreut und murmelt:

„Ein Hottipferd.“

Dann knirscht die Brieftasche Lisas unter meiner Hose, und sofort fällt mir wieder das große weiße Segel ein, welches schwante, als sie ins Boot sprang. Doch jetzt, meine Erfahrung scheint mit dem Bündnis fortgeschritten zu sein. Tagesgenug zeigt logisch ein neues Bedenken in mir auf: Wird dieser Mann — ob er Rüsselzähne hat oder nicht — wird er auch ein richtiger Seemann

sein, dem man Vertrauen schenken kann? — Wird er das Fahrrad kennen oder wenigstens verstehen, ein Segelboot zu lenken? —

— Ich traue es ihm nicht zu, obwohl ich ihn nie gesehen habe. Nein, Lisa, dein Leidenschaft ist ungeheuer! — Und nun erhebt sich eine starke Welle, und der Mann am Steuer ist unfähig oder versteht — zwei Schritte vor ihm losgetrennt, rutscht hinauf auf dem Boden des Schiffes hin und her, in das Wellen hineinschwappen beginnen — diese behaarte rauhe Männerhand zittert sehr. Plötzlich aber läuft sie das Steuer fahren, die Mädchen freilich auf, und der Steuermann stützt sich, eine dritte Glöckle schwinger auf, und der Steuermann stützt sich, eine dritte Glöckle schwinger, vorwärts ins Boot, völlig betrunken, und brummt wie ein Got Verlassener:

„Läßt fahren dahin — läßt fahren dahin.“

Dann zieht der Kiel in einer Schlinge fest, das Segel schwingt ins Boot, und wobei die Wellen stürzen von beiden Seiten hämmern auf das Boot, wobei die Bogen beschreien, die sich unerhörte wild schütteln und stehenbleiben, stehenbleiben und hämmern. Lisa aber — mein Gott! — verschwunden. Eben noch sah ich sie unter jener Wellenkrönung, die kleinen Hände gegen die Knie gestemmt. Wer jetzt —

„Nach auf, Suuren“, sagt Albering.

Er ist zurückgekommen zu mir. Ich blinke mich um, der Platz um den Düngehaufen ist leer. Der Kamerad drückt mir meine Briefe in die Hand, welche zuckt. Wir gehen. Obwohl er mich ansieht, lächelt er seinen Rücken an — es ist doch zu verrückt, solche Gedanken zu haben.

Wir kommen zu den Zelten, Gefreiter Destricks, unser neuer Gruppenführer, erwartet uns mit sorgenvollem Gesicht. Er ist ein kleiner Mannchen, von dem die Soldaten behaupten, er sei aus Versetzen Gefreiter geworden. Sie achten ihn nicht, weil er nicht durchsetzt, sondern im Gegenteil alle möglichen Arbeiten, die seine Gruppe liegen lässt, selber in Ordnung bringt. Sein faltiges Gesicht blüht dann vorwurfsvoll, aber sein kleiner, zwirnschnäuziger Mund bleibt geschlossen.

Jetzt steht er also da, trummeleinig und mit der dicken Schläfenbinde an der Schulter und flüstert:

„Beinahe toxisch geschossen hat er euch.“

„Du hättest um uns geweint, Albering“, sagt Albering und stellt sein Gewehr in die Pyramide. „Und um den alten eßigen Albering eine Träne zerbiss — hättest du nicht?“

„Mach euch fertig.“ sagt der Gefreite und sieht sein Geschworeng in Bewegung, „wie sind schon die letzten.“

(Fortsetzung folgt.)

Fewilleton

Der komische Vatermörder

Dass die Norweger gerne Lügengeächte erzählen oder schwärmende Unternehmungen betreiben, hat Henrik Ibsen ja nun Landeskunst in „Peer Gynt“ nachgezeigt. Der vor 20 Jahren, vor Vollendung seines Werkgütes, verstorbenen irische Dichter John Millington Synge hat in seinem Stück vom Helden des Westerlands (was sich auf die Westküste der irischen Insel bezieht) keinen Irlandern liebhaft ähnliches angeichtet. Sicherlich, denn es war, das sagen seine eigenen Worte, geradezu vernarrt in die Sitten und Gebräuche seiner Heimat; er war vernarrt wie ein Philologe in die Mundart ihrer Bauern und Fischer, ein etwas altertümliches Englisch mit teilschen und gälischen Sprachbrocken untermischt, reich an Urtit, aber auch reich an absonderlichen Kulturschätzchen. Die deutschen Uebersetzer müssten uns diese sprachlichen Reize natürlich schuldig bleiben. Was sie aber von groteskem Humor vermittelten konnten, rechtzeitig durchaus die Übernahme auf deutsche Bühnen, bei der Reinhardt tückisch in Berlin den wunderbaren Russen Sololoß als alten irischen Bauer aufzubieten hatte, während der Spielwart Siebel hier in Engels einen lustigen, aber natürlich nicht ebenbürtigen Vertreter hatte.

Das Sonntagsopublikum bei der zweiten Aufführung, sowohl es überhaupt bei offenbar mangelndem Interesse für das irische Landproletariat (oder auch für die mißwürdigen Schauspieler) erschienen war, pfiff ebensoviel wie es klatschte. Es schien im Gegenzug zu dem, was man mit über die Premiere berichtet, den irischen Volkscharakter zu mißbilligen und sich in der irischen Annahme, der Dichter wolle ihn als reitlos vorbildlich hinstellen, dagegen zu wehren. Man muß wohl zugeben, daß Synes Stil, welches anscheinlich noch einen für uns total ungeniebaren symbolistischen Sinn (junges Irland schlägt das alte tot, aber doch nicht ganz tot) haben soll, für harmlose Mitteleuropäer ein bißchen befreundlich ist. Synes einfache Bauern und Fischer haben an Gewalttat, die manchmal auch richtig schändlich sein können, eine wahnsinnig diebische Freude, da sie in der Polizei, die solche Taten verfolgt, wohl damals nur den Repräsentanten der seltsam englischen Staatsmacht sahen und durch unerträglichen Druck in wilde Opposition getrieben, mit natürlicher Vorliebe für alles Abenteuer begabt, das Verbotene an und für sich schon für oppositionell und daher für rühmlich hielten.

Ein Bauernjunge also, der im Osten der Insel angeblich seinen Vater erschlagen hat, wird im Westen zum Volkshelden durch die Geschichte dieser glorreichen Tat. Er steigt sein Ansehen noch, indem er beim Volkstanz seine Tüchtigkeit auch in anderen körperlichen Übungen beweist. Er verliert seinen Ruhm erst, als der erschlagene Vater, ein phantastischer Wechsler und Trunkenbold, hinterher kommt, um ihn durchzuprallen. Da es ihm auch bei der zweiten Schlägerei nicht gelingt, die Hirnshale des alten Scheufals entzweizuplöken, der starke Sogn und der nunmehr unterwürfige Vater, ihr undankbares Publikum, das einmal enttäuscht, nach dem zweiten Scheinmord seinen obgesetzten Helden schon selbst der Polizei überließern wollte. Sie werden nun beide in ganz Irland ihre Geschichte erzählen und sich damit gute Tage machen. Unbedingt bin ich dafür, daß Pegeen Mike, die in den Hörnern Christophs verlebt war, ihn dann verraten hatte, aber zuletzt, nachdem sie ihrem abgelegten Trottelbrüder am eine Ohrringe hineingehauen hat, den mehrfach gescheiterten Vatermörder als immerhin einzigen Helden des Westerlands anerkennen muss, den beiden wirklich nachdrückt und nicht trüblündig stehen bleibt. Auch diese Sache muss nach unserem Gefühl völlig ausgehen. Denn wenn ich über einen Vatermord lachen soll, will ich doch ein romantisches Märchen nicht tragisch nehmen.

Das Drollige an der Sonntagsdemonstration war ja gerade, daß die Leute, die gepfifft haben, offenbar der Meinung Ausdruck geben wollten, das Erzählen alter Väter sei nicht eine bedingungslose lobenswerte Belehrung. Diese Meinung wurde ja natürlich vom Autor geteilt. Die aburde Begeisterung ländlicher irischer Phantasten für Schauergeschichten war eben das Thema seines Humors. Zum ethischen Ausgleich hat er aus seinem alten Süßer nicht nur ein tödlagswürdiges Schauspiel gemacht, sondern auch eine Art Zirkusclown mit einem Patentschädel, der überhaupt nicht zu zerpolzen geht. Man kann es nur vielleicht uns rationalistischen Mitteleuropäern nicht ohne weiteres zumuten, das Durcheinanderlaufen von Schauergrösse und Liebeslyrik ganz gutwillig in uns aufzunehmen. Deshalb hätte ich an Siebels Stelle die Liebeslyrik der beiden jungen Leute wesentlich mehr zusammengehängt und auch ihren Handel darstellerisch in eine ausgemachte groteske Beleuchtung geschoben. Was, gleichgültig ob der Rest es so gemeint hat, für uns das Richtige wäre. In dem neuen Ottolar Banning hatte der Spielwart einen netten Naturburschen, dessen offenbar norddeutsches Phlegma auch recht lustig und fröhlig aufflackern kann. Anita Redlich bringt es in golden Rollen noch nicht fertig, die Stadtame ganz auszuziehen. Nicht nur ihre Hände waren zu bloß, auch ihre Sprechweise verriet ein bißchen die Sommerfrischlerin im bürgerlichen Milieu. Aber Wen gab mit rechter Fertig ein abischemisches Weibsbild, während Schlageter sich als Brautigamströtel in einer sehr diskreten Komik hielt, die auch im Sinne des Ganzen ein paar Ullichter noch hätte dazu bekommen müssen.

hr.

Opernabende

In Haleys „Jüdin“ am Donnerstag kamen Hubert Neuers Qualitäten zu schöner Geltung, sein Eleazar ist eine seiner besten Rollen, die er auch darstellerisch durchaus zutreffend bewältigt. Neben ihm sang und spielte, ganz geflossen, alles von dramatischem und gefangenem Leben erfüllt, Maria Janowska als Recha. Danach meint man erfreut, daß einige glänzende Akzente ihrer leichten Zeit auf ungünstigen Umständen beruhen, sie selber aber ihrer ungebrochenen künstlerischen Kraft sicher ist. Osterkamps Kardinal schien leicht unter der Witterung zu leiden; Lissmann Leopold war nicht nur in der Liebe, sondern auch im Singen vorstellig; Mildred Thiele, stimmlich loser und reinlich, hat noch immer die Armbewegungen einer Marionette; einen trefflichen Beamten gab Otto Salzmann. Die notwendigerweise an den rechten Stellen stark gekürzte Oper könnte getrost auch noch um die beiden nichtsgängenden Tänzen gebracht werden.

Beim „Troubadour“, Vorstellung für das WZ am Freitag, wäre vieles zu schreiben, über die üblichen Striche, die in Lunas Arie vom Kloster, im Kriegerchor, in der Stretta des Troubadours alle archetypischen und dramatischen Absichten Verbis zerstören. Wir erwarten, daß man sich einmal des Troubadours ernsthaft annimmt. Was man hört und sieht, ist von der wahren Gestalt weit entfernt, obwohl Kapellmeister Braun die Aufführung mit Sorgfalt und rhythmischer Schärfe leitet. Die programatische Einleitungsszene kommt nicht recht zur Geltung, Hans Müller hat keinen italienischen Stil. Unter den vier Hauptpersonen die heute ist jetzt die Zigeunerin der Kramerbürgau, stimmt alle Anforderungen der gewaltigen Partie erfüllend. (Was das Spiel anlangt: bei uns wird oft und allzugehn in der Erregung zusammengebrochen, niedergestutzt; das erhöht die Wirkung nicht.) Dann Horands Luna, der noch differenzierter singen mühte, und mit ihm zusammen die stilmetaphysisch überlegene Kläre Schultheiß. Jährels Mauricio hat gewiß die Stimmmittel für die Partie, aber seine Anwendung davon macht wenig froh. Alles wird armstark gelungen, alles ist aufgetragen, es fehlt an Kultur, es fehlt an Weiterlernen. Trost alledem und trost der verbotenen Ideenlosigkeit der Kostüme: die meisten deutschen Troubadour-Aufführungen sind bestimmt noch schlechter, und auch in

unserer Oper habe ich vor einigen Jahren das Werk in einer Verfaßung gesehen, der gegenüber die heutige Darbietung einen ziemlichen Fortschritt bedeutet.

Am Sonnabend gastierte Helene Wildbrunn von der Wiener Staatsoper als Warneras Jolde. In der Beziehungsvorstellung vorallem: kein Geschrei, alles flüssig, kein Geheimnis, alles loser und liebend, frei im Anzug. Ich hörte, daß sie unfangs in der Weltküste weniger überzeugend war. Vielleicht hat sie damals das ungewöhnliche Opernhaus beeinträchtigt. Auch die darstellerische Behandlung ist bemerkenswert sympathisch, belebt, auf die beliebten Großaufnahmetechniken verzichtend. In diesem Fache hat Ernst Reubert fast alles von ihr zu lernen, der meist rostet wie eine der toxischen Figuren vom Petershof in der Petersstraße. Die rabiaten unmenschlichen Anstrengungen der Partie überwand Reuberts Stimme bestens, obwohl er im letzten Akt durch die rauhen hervorgehobenen Töne das Mitteld mit sich meiste, das der Figur verlost bleiben muß. Wann endlich beginnt hier das erlösende Streichen? Aber während man Shakespeare und Goethe auf der Bühne zusammentreibt, das es eine schmerzende garstige Art hat, wacht man über dem rediglisten Monologe als ginge das Germanentum zugrunde, wenn einer seiner Monologe fehlt.

Endlich, am Sonntag, Eugen d'Alberts verlaßte Operette von den „Toten Augen“. Mit Spielders hervorragendem Kreuz, mit Weinerts noch unreinem Galba, der eindrucksvollen Maria von Magdalena der Kramerbürgau, der Ariane von Wolf Trummer, gestern neu, die ihre Schuldigkeit tat, ohne gerade in dieser Rolle vorläufig zu fehlern, und dem ersten Auftritt von Anita Miller, die von einer jugoslawischen Staatsoper zu uns getragen ist, gut ausgesehen, vielerlei genügte, himmlisch leise vieles verpriest, obgleich am ersten Abend die Ausregelmäßigkeit fehlte. Die blendende Höhe klingt oft schrill und scharf; ob sie, ohne das Volumen zu beeinträchtigen, weicher werden kann, müssen wir abwarten, für ein Debüt in einer so unangenehmen schmalzigen Oper war die Leistung respektabel.

Vier Opernabende: zwei dauernde Werke, Tristan und Troubadour, polare Gegenläufe, Gipfelwerke der Gattung; ein alles autes Eisen, spak, das es noch immer hält, Haleys Meisterwerk; eine unoriginale Musik, die auf den schlechten Geschmack rechnet, d'Alberts Arbeit. Der Reiz in allen ausgezeichnet, was also redet man von Opernfests? Die Interpretation am besten im Tristan, danach in der Jüdin, etwas abgespielt bei d'Albert, am weitesten vom Ziel im Troubadour. Verdi hält eben vieles aus, was andere umbringen würde.

H. W.

Kleine Chronik

Eine neue Kulturgeschichte Chinas. Seitdem China in den erfolgreichen Kampf um seine Befreiung von ausländischer Ausbeutung und Besiegung eingetreten ist, hat sich ein Strom von Büchern über den Markt ergossen, deren Zweck es zum großen Teil ist, im Ausland gegen Chinas Forderungen Stimmung zu machen und darum den Chinesen missamt seiner Kultur in ein möglichst schlechtes Licht zu sehen. Besonders in England, das seine Privilegien am vorzüglichsten verteidigt, ist die China- oder Chinesen- oder Antocha-Literatur hoch angewachsen; in Deutschland ist es darüber weniger schlimm, weil Konkurrenzgerichtsbarkeit und Konzessionen hier schon lange aufgegeben werden müssen und nicht die mindeste Ansicht zu ihrer Wiedergewinnung, also auch kein Interess an einer chinesenfeindlichen Haltung besteht. Von vereinzelten Unbehörbaren abgesehen, die noch immer von einer Wiederherstellung des einstigen Zustandes träumen, sind es in Deutschland vornehmlich die Missionare, die sich um die Schwarzmalerei chinesischer Kunden bemühen; denn ihre ganze Tätigkeit wird ja mit der Fiktion gerechtfertigt, daß die Chinesen ein des Christentums bedürftiges Halbsturzvölkchen seien. Immerhin gehen Berichte aus solchen Quellen auch in Deutschland recht häufig in die Tagespresse über, und es ist daher sehr dankenswert, wenn wirkliche und aufrichtige Kenner des Landes sich dagegen erheben und das europäische Publikum über Chinas Verhältnisse und die Berechtigung seiner Ansprüche aufklären, deren Erfüllung ja auch für die europäische Entwicklung und nicht zuletzt für den Kampf des Proletariats von großer nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. In Deutschland hat sich die größten Verdienste hierum Richard Wilhelm erworben, der Professor der Chinakunde an der Universität Frankfurt und Gründer und Leiter des dortigen China-Instituts, dessen seinerzeit auch an dieser Stelle besprochene Werke Die Seele Chinas und Ostasiens zum vorzüglichsten gehören, was über das heutige China geschrieben worden ist. Die historische Verbindung gibt diesen beiden Bänden seine eben erschienene Geschichte der chinesischen Kultur (München 1928, Beckmann), die gleich jenen zum Bestande einer jeden Volks-, Schul- und Arbeiterbibliothek gehören sollte. Auf eine Einleitung, die die benutzten Quellen analysiert — es macht die Arbeit besonders wertvoll, daß der Verfasser ganz auf chinesischem Material fußt und europäische Werke nur ergänzend heranzieht, obgleich kaum etwas Wichtiges dabei übergegangen worden ist — folgt eine scharf und klar herausgearbeitete Darstellung der kulturellen Entwicklung Chinas von den ältesten Anfängen bis zur chinesischen Revolution, mit der die Kulturgeschichte der Menschheit einmündet. Trotz des engen Raumes, auf dem das umgehbene Thema abgedeckt werden mußte, wird man kaum etwas wesentlichen vermissen; besonders erfreulich ist, daß auch die wirtschaftlichen Faktoren, deren Rolle in „Ostasien“ noch allzusehr in den Hintergrund trat, nach Gebühr gewürdigt werden und insbesondere die treibende Kraft der ganzen chinesischen Geschichte, das Agrarproblem, zu seinem Ende kommt. Die Chinaliteratur ist damit um ein Standardwerk reicher, das ein ganzes Geftell voll der herkömmlichen missionarischen und journalistischen Chinabücher aufwiegte.

Stiftung einer philatelistischen Bibliothek an die Deutsche Bücherei. Der Gründer und Sekretär des Fachzeitschriftenverlags Vogel in Pöhlitz, Thüringen, Herr C. G. Vogel, stiftete aus Anlaß seines 60. Geburtstages der Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei eine umfangreiche rund 3000 Bände umfassende philatelistische briefmarkenkundliche Fachbibliothek. Sie ist ein Ergebnis langjähriger Sammeltätigkeit des Inhabers des philatelistischen Verlages Hugo Kröger in Leipzig und vereinigt wertvolle Literatur alter und neuer Zeit auf diesem Gebiete.

Spielders Schauspielhaus. Ferdinand Brudners Schauspiel „Krankheit der Tugend“, das am kommenden Sonnabend als erster literarischer Abend der Winterpielzeit zur Erstaufführung kommt, wird von Fritz Biehweg in Szene gesetzt, ist in den Hauptrollen besetzt mit Peter Hirsch (Marie), Grete Doerrell (Desree), Annemarie Rosenthal (Irene), Hans Böhm (Frieder), Wolfgang Engels (Petrill), Fritz Christian Voehme (Ali), Herta Thiele (Lucy).

Altes Theater. Georg Kaiser, der binnen kurzem 50 Jahre alt wird, ist vom Rat der Stadt eingeladen worden, als Guest der Stadt Leipzig der Erstaufführung seines neuen Schauspiels „Die Tochter“ am Sonnabend, den 8. Oktober, beiwohnen.

Der Lehrsaal des Pythagoras. „Können Sie beweisen, daß beim rechtwinkligen Dreieck das Quadrat der Hypotenuse gleich der Summe der Quadrate der beiden Katheten ist?“ fragte der Lehrer einen Prüfling. — „Des Beweises braucht es gar nicht,“ antwortete dieser prompt, „ich gebe es ohne weiteres zu.“

(Aus dem Englischen.)

Dienstag, 2. Oktober 1928

Puffer und Schraube

Humoreske von Panтелейmon Romanow.

Erster Bürger: Sie werden beschuldigt, auf dem Güterbahnhof am helllichten Tage einen Puffer gestohlen zu haben.

Zweiter: Was gestohlen?

Erster: Einen Puffer. Einen stählernen Teller zur Milderung des Stoßes an den Wagen.

Zweiter: Ja, das war.

Erster: Sie geben also den Diebstahl zu?

Zweiter: Warum soll ich nicht zugeben, was war?

Erster: Was treiben Sie überhaupt?

Zweiter: Immer das Gleiche.

Erster: Was heißt das Gleiche? Sagen Sie, was Sie treiben.

Zweiter: Nun, fischen.

Erster: Fischen! Und wozu haben Sie den Puffer gekauft?

Zweiter: Mit einem Stein ist es gar arg.

Erster: Was ist mit einem Stein arg?

Zweiter: Wir fischen von einem Kahn aus. Ohne Kahn ist es in unserer Ortschaft unmöglich.

Erster: Was hat der Kahn mit dem Puffer zu tun? Ich kann das nicht verstehen. Erklären Sie es mir näher... Vielleicht.

Zweiter (schnell): Wohin mit einem solchen Gentle? Aber da müßte man ein ganzes Schwein auf den Haken legen.

Erster: Was brauchen Sie also den Puffer?

Zweiter: Es ist viel handlicher. Bisher habe ich mich mit einem Stein geplagt und hatte immer zerstörte Hosen. Der Puffer ist platt und hält sich fest im Flußbett.

Erster: Was haben Sie früher getrieben?

Zweiter: Immer das Gleiche. Ich werde lieber einen Tag nicht essen, aber angeln muß ich.

Erster: Sind Sie vorbestraft?

Zweiter: Wie meinen Sie?

Erster: Hier habe ich eine ganze Liste Ihrer Vorstrafen. Haben Sie nicht auch eine Hohlschraube von den Schienen losgeschraubt?

Zweiter (schnell): Eine Schraube? Aber da hat mich Iwan Moskwin so in Fervor getrieben. Er hat mich soviel verleumdet, nicht einmal die Hälfte davon ist wahr. Er kommt zu uns immer wieder. Er hat gutes Fischen.

Erster: Was hat der Kahn mit dem Puffer zu tun? Ich kann das nicht verstehen.

Zweiter: Wieso gibt es keine Herren? Ich muß mich mit einem Stein plagen... Ich habe der Stute den ganzen Schwanz ausgerissen.

Erster: Was haben Sie mit dem Schwanz gemacht?

Zweiter: Nicht auf einmal. Ich brauche doch Angeschmäuse.

Erster: Und der Moskwin?

Zweiter: Das sage ich. Moskwin hat das beste Fischgerät und einen Unter.

Erster: Aus diesem Grunde plündern Sie das Staatsgu? Mit einer Schraube haben Sie begonnen und sind bis zum Puffer gekommen. Bald werden Sie ganze Wagen stehlen.

Zweiter: Wagen brauche ich nicht.

Erster: Sie brauchen nicht... Aber was Sie brauchen, das mauern Sie!

Zweiter: Wie, wann?

Erster: Was heißt das: wie, wann? Sie liegen manchmal unruhig. So wie der Puffer.

Erster: Und Sie haben von ihm Ruh?

Zweiter: Freilich. Ich fahre mit ihm schon einen Monat, und die Hosen sind ganz.

Erster: Jetzt verhalten Sie sich ruhig, ich muß das Protokoll aufnehmen.

Zweiter: U-nu-nu... verhält sich eine Weile ruhig, dann wiegt er den Kopf und lächelt. Als Gentle... Da müßte man ein ganzes Schwein auf den Haken legen...

Erster: Schön. Kein Heiligenschein hier, abgeschafft. Aber beim Fischen muß man eins haben. Ohne Gebet wird man nichts fangen... Vermerken Sie immerhin im Protokoll, daß ich ohne Puffer nicht auskommen kann. Überhaupt etwas Gutes und Schweres, daß es im Flußbett versteckt und die Hosen nicht zerreiße...

... Moskwin ist auch ein leidenschaftlicher Fischer. Jedesmal, da er zu uns kommt, verlangt er von den Kindern, sie sollen ihm frisch ausgeschlüpfte Insekten bringen, und zahlt gut...

Erster: Nun, hören Sie! Das Sie mir aber jetzt nicht liegen!

Sie werden mich nicht hintergehen, ich bin selbst ein Angler. Ich bin doch kein Dieb, ich brauche das Ding. Es liegt manchmal unruhig... so wie der Puffer.

Erster: Und Sie haben von ihm Ruh?

Zweiter: Freilich. Ich fahre mit ihm schon einen Monat, und die Hosen sind ganz.

Erster: Jetzt verhalten Sie sich ruhig, ich muß das Protokoll aufnehmen.

Zweiter: U-nu-nu... verhält sich eine Weile ruhig, dann wiegt er den Kopf und lächelt. Als Gentle... Da müßte man ein ganzes Schwein auf den Haken legen...

Erster: Was man mich verleumdet hat, wegen der Schraube; böse Abs